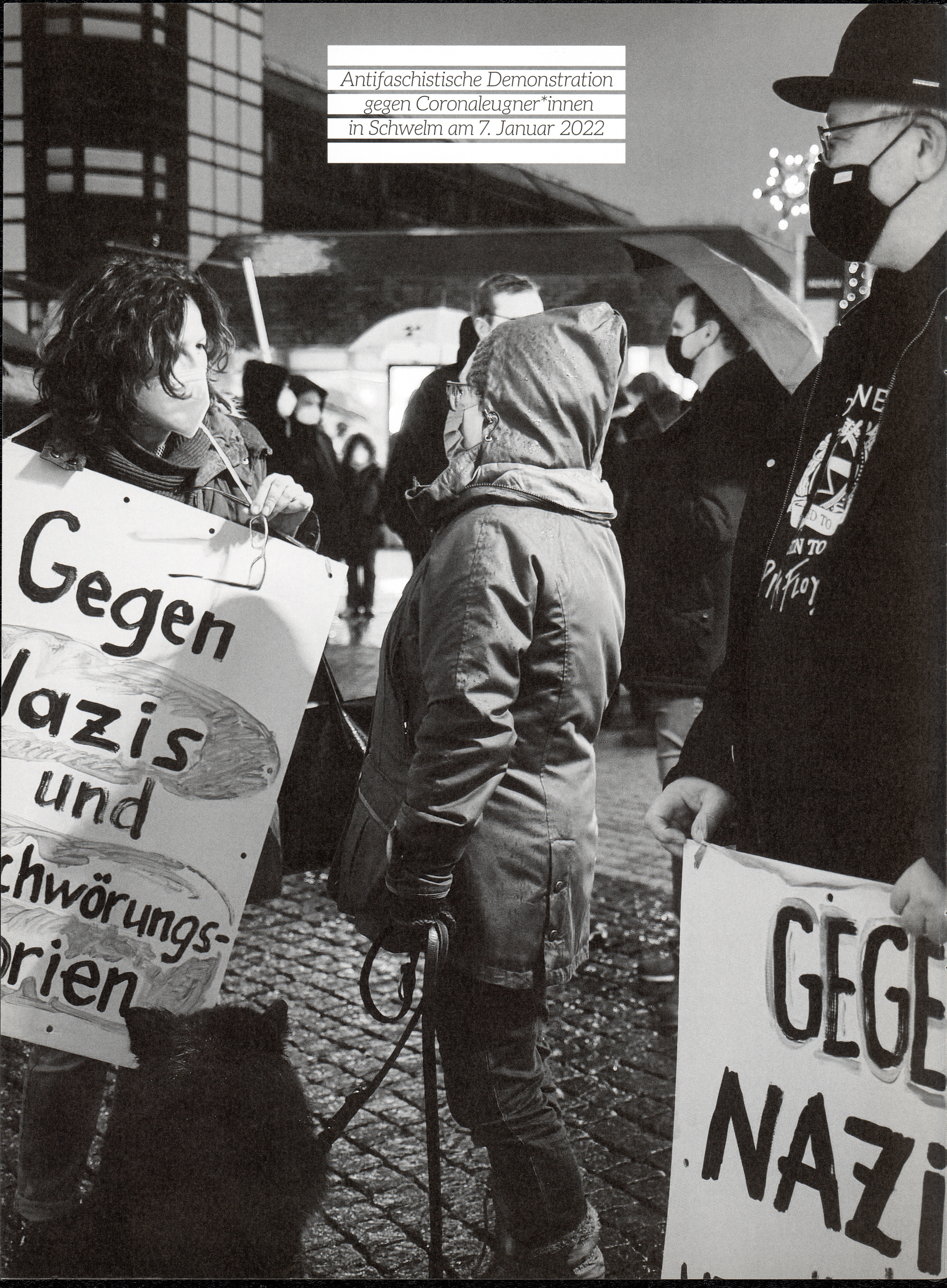
derrechterand

Das Antifaschistische Magazin

Ausgabe 194 Januar / Februar 2022 33. Jahrgang 3,50 Euro

#Betriebsratswahl

Sozial geht nie mit Rechtsradikalen



Antifaschistische Demonstration
gegen Coronaleugner*innen
in Schwelm am 7. Januar 2022

Gegen
Nazis
und
chwörungs-
orien
GEGE
NAZI
PINK FLOYD

Intro

Liebe Leser*innen,
wir wünschen allen ein erfolgreiches, gesundes Jahr und haben als gute Vorsätze ein paar Neuerungen im Heft umgesetzt. Im Intro erklären wir künftig die Gründe für den Schwerpunkt und die Texte im Heft. Geht doch jeder Ausgabe in der Redaktion eine intensive Diskussion voraus, was wichtig und aktuell ist sowie was demnächst kommt. Wir hoffen auch, mit der neuen Gestaltung das Inhaltsverzeichnis lesbarer zu machen.

Nicht neu hingegen sind die Versuche der extremen Rechten zur politischen Einflussnahme in Politik und Gesellschaft. Dies gilt auch für die bundesweiten Betriebsratswahlen und Personalratswahlen in einigen Bundesländern zwischen März und Mai 2022. Nach Schätzungen des DGB werden in rund 28.000 Betrieben insgesamt etwa 180.000 Mandate vergeben – ähnlich viele wie bei Kommunalwahlen in Deutschland zusammen. Neben der Gestaltung von Arbeitsbedingungen obliegt es Betriebsräten auch, das politische Klima im Betrieb mitzugestalten. 2018 haben dabei rechte Betriebsratslisten versucht zu punkten, hatten bei ihren Bemühungen um Einflussnahme auf die Arbeitnehmer*innen jedoch nur überschaubaren Erfolg.

Während Tim Ackermann und Mark Haarfeld vom DGB-Bildungswerk in ihrem Text die Ergebnisse von 2018 Revue passieren lassen und die aktuelle Situation analysieren, beschäftigen sich das langjährige DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach sowie Thomas Fischer von der DGB-Bundesvorstandverwaltung mit Strategien gegenüber hohen Zustimmungswerten für die »Alternative für Deutschland« (AfD) in den Betrieben und dem Umgang mit rechten Betriebsratslisten. Der Politikwissenschaftler Richard Gebhardt bewertet die Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD und die Frage nach dem Spannungsfeld zwischen sozialpopulistischen Parolen und der neoliberalen Ausrichtung. In der Partei selbst streiten sich unterdessen Abgeordnete und Parteispitze um einen Ausweg aus der Passivität der AfD, nachdem sie ihren Bundesparteitag absagen musste und vergeblich versuchten, den Anti-Corona-Zug anzuführen. Wir werfen in dieser Ausgabe auch einen Blick auf die Minderheitengruppen der Partei, die ihr oft als Feigenblätter dienen: Homosexuelle, Frauen, Russlanddeutsche sowie Jüdinnen und Juden in der AfD.

Einfluss auf Politik und Gesellschaft will auch die AfD-nahe »Desiderius-Erasmus-Stiftung« nehmen. Und dafür will sie Geld – um genau zu sein sieben Millionen Euro. Wie dies im Bundestag verhindert werden kann, erläutert Charles Paresse in seinem Text.

Das aktuellste Thema sind die massenhaften Aufmärsche einer Mischszene, die sich gegen die Pandemie-Schutzmaßnahmen stellt. Wer ihre Akteur*innen sind und welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten es gibt, beschreiben unsere Autor*innen ausführlich. Dabei geht es auch um die Bedeutung der Anthroposophie und wie sich die Rolle ihrer Anhänger*innen bei den Protesten im vergangenen Jahr verändert hat.

Den Abschluss bildet der Themenkomplex Rechtsterrorismus. Mit dem Beitrag »Blinde Flecken. Unbekannte Orte des Rechtsterrorismus in Deutschland« von Barbara Manthe und Mark Mühlhaus schauen wir in die Geschichte rechten Terrors – mit dem Text über den Prozess in Tübingen wegen »Verbrechen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz« in die Gegenwart. Denn um die aktuelle Dimension rechten Terrors zu begreifen und ihn zu bekämpfen, bedarf es seiner geschichtlichen Einordnung.

Wir wünschen anregende Lektüre,
Eure Redaktion vom antifaschistischen Magazin

6
»Dauerhafte Grundströmung«
Die AfD-nahe »Desiderius-Erasmus-Stiftung« will Millionen an Steuergeldern. Der Bundestag entscheidet. Die Abgeordneten können Nein sagen
von Charles Paresse

11
Trittbrettfahrer der sozialen Frage
Gibt es eine »Arbeiterbewegung von rechts« und warum fühlen sich Arbeitnehmer*innen von der rechtsradikalen AfD angesprochen? Eine Spurensuche
von Annelie Buntenbach

38
»Deutschland verlassen«
»Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!« ist eine beliebte Parole der extremen Rechten. Nun wandern immer öfter Rechte und Verschwörungsideolog*innen aus.
von Lucius Teidelbaum

Das Titelbild zeigt eine Betriebsratsversammlung des Bergwerks West in Kamp-Lintfort – Foto: Roland Geisheimer / attenzione

Inhalt

8 Die Betriebsratswahlen 2022 und die extreme Rechte #ZentrumAutomobil
von Tim Ackermann und Mark Haarfeldt

10 »... krachend gescheitert.« #Interview
Sascha Schmidt sprach mit Thomas Fischer von der Bundesvorstandsverwaltung des DGB

14 Marktradikale und völkische Staatspolitik #Unsozial
von Richard Gebhardt

16 Verharren in Passivität #AfD
von Kai Budler

17 »Alternativa dlja Germanii« im Bundestag #Russlanddeutsche
von Lara Schultz

18 AfD: Heteronormativ statt homofeindlich #Homosexualität
von Tanja Gäbelein

21 Erfolglose Versuche der Selbstorganisation #AfDFrauen
von Kai Budler

22 Völkische Farce #Antisemitismus
von Tom Uhlig

24 8. Mai 2022 – Landtag in Schleswig-Holstein nazifrei? #Landtagswahl
von Thomas Radloff

26 Protestkonjunktur #Coronaleugner*innen
von Robert Andreasch, Toni Brandes und Marcel Hartwig

30 Individualistische Bewegung #kleinbürgerlich
von Andreas Speit

34 Ein Schicksalsjahr für die Anthroposophie #Coronapandemie
von Oliver Rautenberg

38 kurz & bündig

39 Von Waffen und Sprengversuchen #Prozess
von Lucius Teidelbaum

40 Unbekannte Orte des Rechtsterrorismus in Deutschland #TerrorGeschichte(n)
Text: Barbara Manthe Fotografien: Mark Mühlhaus

46 Rezensionen

#RechtsradikaleBildung

»Dauerhafte Grundströmung«

Die AfD-nahe »Desiderius-Erasmus-Stiftung« beantragte Ende 2021 beim Bundestag und der Bundesregierung einen Millionenbetrag für rechtsradikale politische Bildung. Ob sie das Geld bekommt, entscheiden demnächst die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Bundestags. Zur Zustimmung sind die Abgeordneten nicht gezwungen.

von Charles Paresse

»Lieber Helge Braun«, schrieb die Vorsitzende der rechtsradikalen »Desiderius-Erasmus-Stiftung« (DES), Erika Steinbach, an den Chef des Haushaltsausschusses des Bundestages. Er möge doch bitte ihren Antrag auf Förderung ihrer Stiftung an die Mitglieder des Gremiums weiterleiten. Sie verzichtete wahrscheinlich auch deswegen auf Förmlichkeit, da sie – heute parteilos, aber der AfD nahestehend – Braun noch aus alten Tagen kennt, als beide Mitglieder der hessischen CDU waren. Während Braun zuletzt Chef des Kanzleramts unter Angela Merkel war, hatte sich die frühere Funktionärin der deutschen »Vertriebenen«, Steinbach, immer mehr nach rechts gewandt und führt seit 2018 die parteinahe Stiftung.

Fast acht Millionen Euro

Für das Jahr 2022 hat die in Lübeck ansässige DES Ende 2021 beim Bundestag 7.854.000 Euro Steuergelder für künftige »gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit« beantragt. Bereits seit 2018 hat die 2015 gegründete AfD-nahe Stiftung regelmäßig versucht, Fördermittel aus dem Topf für die parteinahen Stiftungen zu beantragen – bislang erfolglos. Nach dem erneuten Einzug in den Bundestag sieht der als gemeinnützig anerkannte Verein nun seine Chance gekommen. Denn die Stiftung ist der Auffassung, dass sie durch den Wiedereinzug in das Bundesparlament nun »eine dauerhaft ins Gewicht fallende politische Grundströmung in der Bundesrepublik vertritt, die angemessen berücksichtigt werden« müsse. Die ihr nahestehende AfD sei in allen Landes- sowie unzähligen Kommunalparlamenten vertreten, und könne inzwischen auf eine bald zehnjährige Geschichte zurückblicken. Der »Gleichheitsgrundsatz«

Erika Steinbach (früher CDU) versucht Millionen Euro an Steuergeldern für die Rechtsradikalen zu organisieren

gebiete es dem Bund, »›alle dauerhaften, ins Gewicht fallenden politischen Grundströmungen in der Bundesrepublik Deutschland‹ angemessen zu berücksichtigen«, nun also neben den Stiftungen der CDU (Konrad-Adenauer-Stiftung), CSU (Hanns-Seidel-Stiftung), FDP (Friedrich-Naumann-Stiftung), Grünen (Heinrich-Böll-Stiftung) und Linken (Rosa-Luxemburg-Stiftung) auch die DES. Die anderen parteinahen Stiftungen hätten 1998 in Auslegung eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 1986 miteinander vereinbart, dass dafür ein zweimaliger Einzug in den Bundestag – davon einer in Fraktionsstärke – ausreiche, um als förderwürdig zu gelten. Das habe die – von der rechtsradikalen AfD »rechtlich und tatsächlich« unabhängige – DES mit dem Ergebnis der Partei bei der Bundestagswahl 2021 erreicht. Unabhängig meint hier nicht etwa eine politische Distanz, sondern bedeutet schlicht, »dass Führungspositionen in der Stiftung und in der ihr nahestehenden Partei nicht in einer Hand vereinigt sind und dass die Mitglieder der leitenden Stiftungsorgane nicht vornehmlich aus in hervorgehobener Stellung aktiv tätigen Parteimitgliedern bestehen«, wie die DES in ihrem Antrag an Regierung und Bundestag betont. Acht der elf Vorstandsmitglieder seien mit Stand Januar 2021 ohne entsprechende Funktionen, nur drei seien Abgeordnete beziehungsweise in einem Landesvorstand aktiv. Um die Ansprüche noch einmal zu unterfüttern und ihnen Nachdruck zu verleihen, wies Steinbach in ihrem Schreiben darauf hin, dass sie davon ausgehe, dass sich die Mitglieder des nach der Bundestagswahl »neu zusammengesetzten Haushaltsausschusses am Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1986 und den bislang geübten Grundsätzen zur Förderung politischer Stiftungen bei der Behandlung unseres Antrags orientieren« – also nicht von der bisherigen Verabredung zwischen den bisher geförderten Stiftungen, die weder durch ein Gesetz noch eine Verordnung oder ein Urteil fixiert ist, abweichen.

Rechte Bildung

Die gut 7,85 Millionen Euro für das Jahr 2022 sollen zur Finanzierung von Angeboten rechter politischer Bildung dienen. Bereits seit fünf Jahren veranstaltet die DES entsprechende Seminare, bisher spendenfinanziert. Das ist eine weitere nötige Voraussetzung, um eines Tages in den Genuss von Steuergeld für die Arbeit zu kommen. Damit soll das Angebot ausgebaut werden: »Wir planen (…) die Durchführung von Tagungen, Kolloquien und Ausstellungen, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie die Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung vor allem auf dem Gebiet der Bildungsforschung. Der Zuschuss soll auch dazu dienen, zeitgeschichtlich bedeutsame Archivalien von deutschen Parlamentariern aus Bundestag, Landtagen und in Einzelfällen aus Kommunalparlamenten zu archivieren und der Politischen Wissenschaft und Historikern zugänglich zu machen.«

Seminare, Bücher, Tagungen

Gebraucht werde das Geld für ein Büro in Berlin, Personal- und Veranstaltungskosten, schreibt die Stiftung. Für 2022 seien hunderte Abend-, Halbtages-, Ganztages-, Zweitages- und Dreitagesseminare geplant. Außerdem zwei Kongresse und sonstige Veranstaltungen, wie Tagungen, Online-Seminare oder Ausstellungen. Zudem sollen eine wissenschaftliche Buchreihe und weitere Publikationen erstellt werden. Zusammengerechnet fast 2,7 Millionen Euro für die Veranstaltungen. Mehr als eine halbe Million sind für Möbel, Computer, Kantine und die Erstausstattung der Bibliothek veranschlagt. Für 60 Personalstellen plus Aushilfen und Praktikant*innen hat die DES etwas mehr als 3,5 Millionen Euro eingeplant.

Entscheidung

In den letzten Monaten entbrannte eine Debatte um die AfD-Stiftung und die mögliche Förderung. Unter anderem durch eine TV-Sendung zu dem Thema von Moderator Jan Böhmermann erreichte die Kritik an der Stiftung breite Kreise der Öffentlichkeit. Die »Bildungsstätte Anne Frank« (BAF) und die »Otto-Brenner-Stiftung« legten ausführliche Recherchen und Analysen vor und befeuerten so die Debatte. Ergänzend veröffentlichte die BAF ein Papier von Volker Beck »für ein Wehrhafte-Demokratie-Gesetz«, um »politische Bildung und die der politischen Stiftungen gesetzlich (zu) regeln«. Darin macht der frühere Grünen-Politiker den Inlandsgeheimdienst »Verfassungsschutz« zum Schiedsrichter darüber, was politische Bildung darf. Mit einem Stiftungsgesetz solle die bisher de facto ungeregelte Förderung klarer bestimmt werden, so die Verfechter*innen der Idee – und auf diesem Wege die AfD-Stiftung aus der Förderung herausgehalten werden.

Die Idee eines Stiftungsgesetzes stieß auf vergleichsweise breite Zustimmung – von Konservativen bis zu Linken. Eine solche Regelung wäre aus grundsätzlich demokratischen Überlegungen begrüßenswert. Denn die Finanzierung der parteinahen Stiftungen wird seit Jahrzehnten aufgrund ihrer Intransparenz und ihrer teilweisen Willkürlichkeit von unterschiedlichen Seiten kritisiert. Doch völlig unklar bleibt, wie ein solches Gesetz das in der Debatte betonte Ziel – die Verhinderung der Finanzierung der AfD-Stiftung – sinnvoll realisieren soll. Auch wenn einzelne Landesverbände oder am Ende die gesamte Partei vom Verfassungsschutz beobachtet würden, hieße das noch lange nicht, dass auch die organisatorisch von ihr unabhängige Stiftung unter Beobachtung stünde. Zudem müsste die DES nicht nur beobachtet, sondern der Verdacht auf ihre Verfassungsfeindlichkeit bestätigt werden. Ob und wann ein Gesetz beschlossen würde, ist ebenso unklar, wie die Frage, ob damit überhaupt gelänge, was geplant ist. Darüber hinaus bliebe auch offen, ob eine solche Regelung und ihre Anwendung auf die Stiftung vor Gericht Bestand hätten. Zudem öffnet ein solches Gesetz Tür und Tor, auch andere unter Druck zu setzen. Ein Stiftungsgesetz bliebe somit ein unkalkulierbares Risiko mit eventuell eingeschränktem Nutzen.

Einfach mal Nein sagen

Die Entscheidung über den nun erneut eingereichten Antrag auf Finanzierung der DES werden die Abgeordneten des Haushaltsausschusses treffen. Der setzt sich – gemäß der Stärke der Fraktionen im Parlament – aus Abgeordneten aller im Bundestag vertretenen Parteien zusammen. Eine deutliche Mehrheit aus den demokratischen Parteien steht hier der AfD gegenüber. Den Abgeordneten steht es frei, der AfD-Stiftung kein Geld zuzuweisen. Eine solche Entscheidung würde zwar sicherlich durch die DES später juristisch vor Gericht angefochten werden – wahrscheinlich auch mit Erfolg. Doch eine gerichtliche Entscheidung würde aller Voraussicht nach Jahre dauern und der Gesellschaft Zeit verschaffen. Zeit, in der die rechtsradikale Stiftung keine Bildungs- und Forschungsarbeit mit Steuergeld machen kann. Zeit, um die AfD zu bekämpfen und wieder aus den Parlamenten zu werfen, sodass sie keinen Anspruch mehr auf Förderung hätte.

#ZentrumAutomobil

Die Betriebsratswahlen 2022 und die extreme Rechte

von Tim Ackermann und Mark Haarfeldt

Zentru
DIE ALTERNATIV

Bei den Betriebsratswahlen (BR-Wahlen) von März bis Mai 2022 ist mit einer koordinierten Teilnahme extrem rechter Betriebsratslisten zu rechnen. »Zentrum Automobil e. V.« (ZA) versucht, mit einem Bündnis eine organisierte Basis in den Betrieben zu schaffen. Hintergrund dieser Entwicklung ist die seit Jahren zu beobachtende überdurchschnittliche Zustimmung zur »Alternative für Deutschland« (AfD) bei Wahlen von einerseits Gewerkschafter*innen und andererseits Arbeiter*innen sowie Angestellten. Die Wahlerfolge in diesen Milieus führten zu einem Bedeutungszuwachs der sozialen Frage innerhalb der AfD. Insbesondere Björn Höcke und die offen völkisch-nationalistischen Teile der AfD forcieren eine sozialpopulistische Demagogie und präsentieren sich verbal als »Anwalt der Arbeiter und Sozial-Schwachen«, um abhängig Beschäftigte sowie Prekarisierte für die AfD zu gewinnen. Die Agitation erfolgt mit einer rechten sozialpopulistischen Demagogie sowie einem völkischen »Antikapitalismus«, der sich gegen Gewerkschaften, Kapital und Globalisierung richtet. Dabei stellen die Gewerkschaften des DGB den zentralen Gegner dar.

Die Kampagne »Werde Betriebsrat«

Der gestiegene Einfluss der AfD unter abhängig Beschäftigten hat neu-rechte Akteur*innen bereits bei den BR-Wahlen 2018 animiert, dieser Zielgruppe eine organisatorische Form zu geben. Über die Aufstellung eigener Betriebsratslisten und die Wahl von extrem rechten Betriebsratsmitgliedern sollte eine eigene Machtbasis in den Betrieben geschaffen werden. In diesem Kontext ging die Betriebsratsliste ZA aus dem Daimler-Werk im baden-württembergischen Untertürkheim auf einen offensiven Expansionskurs. Dort ist sie bereits seit 2009 aktiv und stellte seit der Wahl 2014 vier Betriebsräte. Aushängeschild dieser Liste ist Gründungsmitglied Oliver Hilburger, der fast zwanzig Jahre Gitarrist der 2010 aufgelösten neonazistischen Band »Noie Werte« war. Sein Beitrittsantrag in die AfD wurde 2015 abgelehnt, da er der Partei zu weit rechts stand. Das Betriebsratsgremium des Daimler-Werkes in Untertürkheim hielt in einer Stellungnahme vor der BR-Wahl 2018 fest, dass »fast der komplette Zentrum-Vorstand« aus Personen besteht, die »sich in der Vergangenheit rechtsextremistisch oder neonazistisch betätigt haben sollen«.

Im Dezember 2017 rief ZA die Kampagne »Werde Betriebsrat – Patrioten schützen Arbeitsplätze« ins Leben. Die Kampagne wurde von einem breiten Spektrum der extremen Rechten unterstützt. Neben Kampagnenwerbung bei PEGIDA in Dresden sowie in Videos der »Identitären Bewegung« unterstützten auch der neu-rechte Thinktank »Institut für Staatspolitik« sowie Teile der AfD die Bemühungen von ZA. Vor allem das »Compact«-Magazin von Jürgen Elsässer und der Verein »Ein Prozent für unser Land« halfen dabei, die Kampagne zu koordinieren und führten die Zusammenarbeit nach der Wahl 2018 weiter fort (s. drr Nr. 171). Die Kampagne wurde mit relativ hohem Aufwand betrieben und durch umfangreiches, professionell aufgemachtes Kampagnenmaterial beworben. Neben einer Homepage mit Werbespots wurden eine Zeitung, diverse Flugblätter sowie ein »Leitfaden zur Betriebsratswahl« produziert.

Überschaubare Erfolge

Während die Berichterstattung diverser Medien teilweise die Selbstdarstellung der extrem rechten Akteure aufgriff und man den Eindruck bekommen konnte, dass ein Großangriff von rechts auf die Basis der Gewerkschaften des DGB bevorstehe, blieben die großen Erfolge aus. Es gelang »Zentrum Automobil« in lediglich neun Betrieben Kandidat*innenlisten für die Betriebsratswahlen aufzustellen und 20 Mandate in acht Betrieben zu gewinnen. Bei knapp 80.000 Betriebsratsmandaten allein im Organisationsbereich der IG Metall ein quantitativ äußerst überschaubares Ergebnis. Das beste Ergebnis wurde in Untertürkheim mit 13,6 Prozent erzielt. So gelang es der Gruppe um Hilburger mit sozialer Demagogie und betrieblicher »Kümmerer-Strategie«, sechs Mandate (bei 186 Kandidat*innen) zu erringen und zumindest eine kleine personelle Basis zu schaffen.

Beachtenswert ist jedoch, dass sowohl in Untertürkheim als auch in anderen Betrieben, in denen rechte Betriebsratslisten angetreten sind, deren Mandate nicht auf Kosten der IG Metall-Listen gingen. Trotz gestiegener Wahlbeteiligungen konnte die IG Metall die Zahl ihrer Betriebsratsmandate mindestens halten, teilweise auch ausbauen. Die Zugewinne der rechten Listen gingen auf Kosten »christlicher« oder unabhängiger Betriebsratslisten. Dass die Erfolge der AfD unter Arbeiter*innen sich nicht in den Betrieben widerspiegeln, lässt vermuten, dass abhängig Beschäftigte, deren Lebens- und Arbeits-

Kundgebung der AfD am 1. Mai 2018 in Eisenach

verhältnisse direkt von Entscheidungen von Betriebsräten berührt werden, (noch) nicht zu diesen schwer kalkulierbaren Experimenten bereit sind. Zudem verweist es darauf, dass die Betriebspolitik der IG Metall und ihrer lokalen Betriebsräte durchaus Zustimmung bei den Beschäftigten findet und diese als legitime sowie wirkmächtige Organe der eigenen Interessenvertretung angesehen werden. Allerdings konnte ZA in weiteren Werken Fuß fassen und damit neue »Brückenköpfe« bilden.

Betriebs- und Bündnispolitik

In diesen Betrieben bemüht sich ZA seit 2018 darum, eine »Kümmerer-Politik« ähnlich wie in Untertürkheim zu etablieren. Öffentlich sind jedoch fast ausschließlich Oliver Hilburger und die Betriebsratsarbeit in Untertürkheim wahrnehmbar. Hierbei ist insbesondere das reißerisch aufgemachte Doku-Drama »Der Vertrauensmann« zu erwähnen. Darin wird versucht, zwei wegen anhaltender rassistischer Beleidigungen eines Kollegen mit Migrationshintergrund gekündigte Beschäftigte aus Untertürkheim wahrheitswidrig als Opfer einer Verschwörung der IG Metall darzustellen. In weiteren Imagevideos bemüht sich ZA, ihrer Markierung als »extrem rechts« durch eine offensive Darstellung von Diversität entgegenzutreten.

In jüngster Zeit hat sich ZA dem Kampf gegen den klimagerechten Umbau der Automobilindustrie gewidmet. So konnte Hilburger bei der »Konferenz gegen den Klimawahn« des »Compact«-Magazins im November 2019 in Magdeburg unter dem Titel »Wie der Krieg gegen das Auto unsere Arbeitsplätze gefährdet« seine klima- und industriepolitischen Positionen ausbreiten. Dabei begreift er die Klimapolitik sowie die angestrebte Mobilitätswende als eine gezielte Verschwörung zur De-Industrialisierung Deutschlands. Die in diesem Kontext von ZA ins Leben gerufene Kampagne »Alternativer Dieselprotest« verlief sich jedoch bereits nach wenigen Aktionen.

Ein weiteres Thema stellte zuletzt die Leugnung der Gefahren der COVID-19-Pandemie und der Kampf gegen die Maßnahmen zu deren Eindämmung dar. Hier wandte sich ZA neuen Bündnispartner*innen wie den extrem rechten »Freien Sachsen« und »Querdenkern« zu. Hilburger diskutiert in virtuellen Formaten auch die Aktionsform des »Generalstreiks«, ähnlich wie es Protagonist*innen im »Querdenker«-Milieu seit Herbst 2021 betreiben.

Die Betriebsratswahl 2022

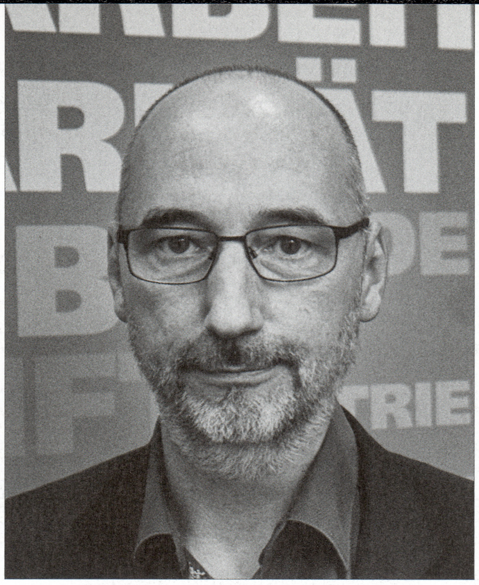
Bei der anstehenden BR-Wahl von März bis Mai 2022 ist zu erwarten, dass »Zentrum Automobil« zusammen mit Bündnispartner*innen versuchen wird, in weiteren Betrieben sowie Branchen Mandate zu erlangen. Die bisher veröffentlichten Werbevideos greifen die Gewerkschaften des DGB massiv an und fordern bundesweit Interessierte aller Branchen auf, sich bei ZA zwecks Unterstützung zu melden. Ungünstig für ZA ist derzeit der Konflikt mit Teilen der AfD. Ein generelles Ausschlussverfahren für Mitglieder von »Zentrum Automobil« aus der AfD führt dazu, dass bei den jetzigen Betriebsratswahlen keine strukturelle Unterstützung seitens der Partei zu erwarten ist. Einzelne AfD-Mitglieder, wie der Bundestagsabgeordnete Dirk Spaniel aus Stuttgart und die Thüringer Björn Höcke oder Jürgen Pohl unterstützen die rechte Liste jedoch weiterhin. Die Unterstützung durch die offen völkisch-nationalistischen Teile der AfD dürfte jedoch der einzige Versuch der Partei bleiben, bei den BR-Wahlen an Einfluss in den Betrieben zu gewinnen. Die Arbeitnehmerorganisationen der AfD – »Arbeitnehmer in der AfD« (AidA) und »Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer« (AVA) – haben schon 2018 eine kaum wahrnehmbare Rolle gespielt und seitdem weiter an Bedeutung verloren. Auch die von dem ehemaligen Gewerkschafter und Mitglied des Europäischen Parlaments, Guido Reil, für 2019 angekündigte Gründung einer AfD-Gewerkschaft brachte keine erkennbaren Organisationsbestrebungen hervor. Einzig der den ostdeutschen AfD-Landesverbänden nahestehende Arbeitnehmerverband (ALARM) ist durch ihren Vorsitzenden und AfD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Pohl gelegentlich öffentlich sichtbar. Jedoch scheint ALARM im Wesentlichen aus seinem Vorsitzenden zu bestehen.

Derzeit lässt sich nicht absehen, ob ZA und seine Bündnispartner*innen bei den BR-Wahlen 2022 ein größerer Wurf als vor vier Jahren gelingt. Sinnbildlich gesprochen sitzt man derzeit jedoch vor einer dunklen Höhle, in der man zwar nichts sieht, in der es aber raschelt. Ob bei der BR-Wahl dann ein Löwe, ein Wildschwein oder eine Maus aus der Höhle herauskommt, bleibt abzuwarten. Zu begrüßen wäre es, wenn die vor der letzten BR-Wahl erfolgte unkritische mediale Übernahme der Selbstdarstellung und Selbstüberhöhung von ZA vor dieser Wahl ausbleiben würde, um nicht erneut den von den Rechten geschaffenen Mythos zu reproduzieren und die Bedeutung des Angriffs von rechts auf die Gewerkschaften des DGB zu überhöhen.

Dennoch gilt: Auch wenn die bisherigen Erfolge der extremen Rechten in diesem Feld sehr überschaubar geblieben sind, stellen die rechten Betriebsräte, die Entwicklung einer spezifischen rechten Ansprache für abhängig Beschäftigte sowie die Entstehung einer organisierten rechten Betriebspolitik qualitativ neue Herausforderungen für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften dar. Die kommende BR-Wahl wird richtungsweisend dafür sein, ob die extreme Rechte es schaffen kann, sich eine betrieblich-soziale Basis aufzubauen und diese über Betriebsratsmandate zu vertreten, oder ob die DGB-Gewerkschaften ihre Hegemoniestellung in Bezug auf die authentische Interessenvertretung der Belegschaften aufrechterhalten werden.

#Betriebsratswahlen

»In der Gesamtschau sind die Rechten also krachend gescheitert.«



Wie bei den Betriebsratswahlen 2018 könnten die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) bei den anstehenden Wahlen erneut mit rechten Betriebsratslisten konfrontiert sein. Über die damit verbundenen Herausforderungen sprach Sascha Schmidt für »der rechte rand« mit Thomas Fischer von der Bundesvorstandsverwaltung des DGB.

drr: Vor vier Jahren wurde im Vorfeld der Wahlen medial viel über die rechten Listen berichtet. Es entstand der Eindruck, die extreme Rechte bekomme – nach dem Einzug der AfD in die Parlamente – auch in den Betrieben eine starke Vertretung. Wie bewertest du die damalige Debatte?

Thomas Fischer: Ich sehe die Debatte ambivalent. Sie hat einerseits sehr deutlich auf die Gefahren hingewiesen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben sich dem Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus verschrieben. Rechte haben in Betriebsräten nichts verloren. Dafür werden wir auch weiterhin eintreten. Andererseits wurde das Thema rechte Listen medial ziemlich überstrapaziert – auch wenn man sich ansieht, wie mager am Ende deren Abschneiden war. Gerade mal 20 Mandate konnten diese Listen gewinnen. Das sind 0,01 Prozent der geschätzten 180.000 Betriebsrät*innen, die insgesamt gewählt wurden. In der Gesamtschau sind die Rechten also krachend gescheitert.

Schauen wir in die wenigen Betriebe, wo diese Listen erfolgreich angetreten sind. Was ist geblieben von ihren großen Versprechungen?

Abgesehen von großspurigen Ankündigungen ist da nichts gekommen. Uns ist kein Beispiel einer von Rechten verhandelten Betriebsvereinbarung bekannt, die das Leben für die Kolleg*innen im Betrieb besser gemacht hätte. Wie auch? Mit ewiggestriger, nationalistischer Phrasendrescherei wollen die Rechten die Kolleg*innen für dumm verkaufen. Sie üben sich in Realitätsverweigerung, indem sie den Leuten vorgaukeln, die Uhr ließe sich zurückdrehen. In Wahrheit dreht sich die Welt aber immer schneller in einer global vernetzten Wirtschaft, durch den Fortschritt digitaler Technologien, durch die wenige Zeit, die uns für eine klimapolitische Wende bleibt. Diese großen Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation sind das beherrschende Thema in vielen Betrieben. Wir liefern konkrete Antworten auf die Frage, wie wir diesen Wandel so gestalten können, dass zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen und die Beschäftigten sichere Zukunftsperspektiven haben. Und genau diese Antworten bleiben die Rechten schuldig.

Gleichwohl besteht mit Blick auf die hohen Zustimmungen von Arbeiter*innen zur AfD ja weiterhin die Gefahr, dass sich das mal ändern könnte.

Viele Studien belegen, dass das Bewusstsein, selbst etwas bewegen zu können, der beste Schutz vor rechter Propaganda ist. Und genau dafür steht die Mitbestimmung. Betriebsräte bewegen etwas, indem sie die Interessen der Beschäftigten ernst nehmen und gegenüber dem Arbeitgeber vertreten. Damit stärken sie die Demokratie im Betrieb. Gute Betriebsratsarbeit ist über längere Sicht das beste Mittel gegen rechte Listen im Betrieb. Politische Bildung und Aufklärung ist für uns ein weiterer Schlüssel zum Erfolg. Seit dem Aufkommen der AfD haben wir unsere Anstrengungen weiter intensiviert. Wir investieren viel Zeit in die Analyse und Verbesserung unserer Unterstützungs- und Bildungsangebote. So bieten die gewerkschaftlichen Bildungsträger verstärkt Multiplikator*innenschulungen an und wir haben insbesondere die aufsuchende Bildungsarbeit in den Betrieben intensiviert. Als Beispiele erwähne ich die beiden Projekte VAU (»Vernetzung, Aufklärung, Unterstützung«) und DIAS (»Demokratie in der Arbeitswelt«) beim DGB-Bildungswerk. Darüber hinaus haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften gerade zwei groß angelegte Projekte gestartet. Zum einen das von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderte Netzwerk »Demokratisch ist man nicht allein. Trägernetzwerk politische Bildung in der Arbeitswelt«. Zum anderen das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales finanzierte Programm »Unsere Arbeit, unsere Vielfalt« zur Demokratieförderung in der Arbeitswelt, das bundesweit 33 Einzelprojekte umfasst, die vom DGB koordiniert werden und entweder in bestimmten Branchen oder in bestimmten Regionen tätig sind.

Welche Aktivitäten in den Betrieben erwartet ihr im Frühjahr von extrem rechter Seite und wie gehen die Gewerkschaften damit um, wenn sich solche Listen zur Wahl aufstellen?

Wir wollen für die Mitbestimmung begeistern, in dem wir positive Botschaften setzen. »Zusammen Arbeit gestalten« wird unser Motto für die Betriebsratswahlen im Frühjahr sein. Ja: Wir nehmen die rechten Listen sehr ernst, werden ihren Provokationen aber nicht auf den Leim gehen, indem wir ihren spalterischen Botschaften hinterherlaufen und zusätzliche Aufmerksamkeit verschaffen. Aus diesem Grund werden wir in der öffentlichen Kommunikation dem Thema keinen prominenten Platz einräumen. Das heißt aber keinesfalls, dass wir uns wegducken. Wir stehen für unsere demokratischen Überzeugungen ein und in den wenigen Betrieben, in denen rechte Listen antreten, stellen wir uns ihnen aktiv entgegen.

Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg!

MUT ZUR WAHRHEIT.
AFD
NATIONALISTISCH
RASSISTISCH
SOZIALCHAUVINISTISCH

Bei antifaschistischen Demonstrationen wird seit Bestehen der AfD nicht nur auf ihre rassistische und nationalistische Hetze hingewiesen, sondern auch auf ihren Sozialchauvinismus.

#Selbstbewusstsein

Trittbrettfahrer der sozialen Frage

Gibt es eine »Arbeiterbewegung von rechts« und warum fühlen sich Arbeitnehmer*innen von der rechtsradikalen AfD angesprochen? Eine Spurensuche.

von Annelie Buntenbach

Seit den ersten Wahlerfolgen der »Alternative für Deutschland« (AfD) finden sich auffällig viele Arbeitnehmer*innen unter ihren Wähler*innen, darunter auch Mitglieder der Gewerkschaften. Warum fühlen sich Arbeitnehmer*innen ausgerechnet von dieser Partei angesprochen? Sehen sie ihre Interessen etwa dort besonders gut vertreten und sind die »Antworten« der Partei auf die soziale Frage überzeugend? Existiert gar eine »Arbeiterbewegung von rechts«? Meine These: Nein, das ist die falsche Spur. Denn der Ausgangspunkt der AfD-Affinität von Arbeiter*innen ist nicht der Betrieb und ihre klassenspezifische Interessenlage, sondern rechte und extrem rechte Haltungen gerade von männlichen Arbeitnehmern. Die massive Verschiebung des gesellschaftlichen Koordinatenkreuzes nach rechts bewirkt, dass diese Haltungen und Einstellungen in den Betrieb wirken und sich jetzt manifestieren. Einfacher macht das die Lage nicht.

Kontinuitäten

Wenn Nazis und extreme Rechte über die soziale Frage sprechen, bleibt vieles von ihren Vorstellungen nebulös und widersprüchlich – aber eins ist glasklar: Selbstorganisierte Arbeiter*innen, die über ihre Angelegenheiten wenigstens mitbestimmen wollen, haben in dieser Vorstellungswelt keinen Platz. Ein Blick in die Geschichte zeigt: Die Nationalsozialisten haben alles getan, um selbstbewussten Arbeiter*innen das Kreuz und die Knochen zu brechen und ihre Organisationen zu zerschlagen. Im Betrieb galt in der Zeit des Nationalsozialismus das Prinzip von Führer und Gefolgschaft. Arbeiter*innen durften ohne Zustimmung des Arbeitgebers nicht einmal den Betrieb wechseln. Auch heute geht es Neonazis keineswegs um die Stärkung von Arbeiter*innenrechten, sondern sie inszenieren sich als »Kümmerer«. Das bietet zum Beispiel »Zentrum Automobil« (ZA) in Untertürkheim an. Dessen Vorsitzender Oliver Hilburger wirbt als Betriebsrat mit Erreichbarkeit in Form von Telefon samt Schnur und angeblich ideologiefreiem Paternalismus.

Themen der Rechten

Einen Eindruck davon, wie die AfD sich ihre Adressat*innen im Betrieb vorstellt, kann man beim AfD-Kreisverband Gifhorn gewinnen. Er wirbt unter der Überschrift »AfD lässt die Arbeiter nicht im Stich« mit einem Beratungstelefon. Dahin kann man sich wenden, werde im Betrieb zum Beispiel »Ökosozialismus verbreitet«, »Tugenden wie Fleiß und Pünktlichkeit diskreditiert«, »Gendersprache eingeführt«, »Meinungsfreiheit eingeschränkt« oder »CO_2-Hysterie geschürt, um Arbeitsplätze abzubauen«. Hier wird mit dem Versuch, Rechte in den Betrieben zu umwerben, die Arbeitsplatzfrage instrumentalisiert, um gegen Gewerkschaften und Linke zu polemisieren. Mag sein, dass diese Ansprache Resonanz findet, aber mit sozialen Fragen und konkreten Interessen der Arbeiter*innen wie Arbeitszeit oder Arbeitsschutz, hat sie nichts gemein.

Kein Interesse bei der AfD

Weder im Grundsatzprogramm der AfD noch in ihrem Bundestagswahlprogramm findet sich ein Satz zu Rechten der Arbeitnehmer*innen, Mitbestimmung, Betriebsräten oder Gewerkschaften. Und wenn der AfD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Pohl auf eigene Kappe eine Broschüre zu Betriebsräten herausgibt, dann heißt das im Umkehrschluss auch, dass er das als Positionierung der gesamten Partei oder der Fraktion nicht hinbekommen hat. Und auch bei den Neuzugängen in die AfD-Bundestagsfraktion nach der Wahl 2021 hat sich niemand mit besonderem Interesse an sozialen Themen oder gar Arbeiter*innenrechten hervorgetan. Offensichtlich handelt es sich hier – auch wenn Teile der AfD etwas anderes behaupten – nicht um eine Kernkompetenz der AfD. Es ist kein Thema, mit dem man in dieser Partei nach oben kommt.

Die verschiedenen Anläufe der AfD, eigene Arbeitnehmer*innen-Vereinigungen zu gründen, sind gescheitert und nur noch leere Ruinen mit Logos im Netz oder auf dem Papier. Die Sommertour des Thüringer AfD-Chefs, Björn Höcke, vor einigen Betrieben war ein Flop. Der Plan, eine alternative Gewerkschaft »gegen die etablierten« DGB-Gewerkschaften aufzubauen, ist weit von einer Realisierung entfernt.

Wahlerfolg trotz unsozialer Positionen

Das Interesse der AfD, die Arbeitnehmer*innen und »kleinen Leute« als Wähler*innen zu mobilisieren, ist groß. Doch für einen Erfolg braucht es nicht den mühsamen Weg über den Betrieb und die Verankerung dort. Da kann schon soziale Rhetorik und entsprechende Inszenierung in der Öffentlichkeit reichen, wenn parallel die Welle der AfD-Themen wie zum Beispiel Geflüchtete und Migration oder »Deutschland den Deutschen«, mit Erfolg geritten werden kann. Dabei werden soziale Fragen, also soziale Missstände, für Sozialneid funktionalisiert, indem zum Beispiel Kleinstrenten gegen Migrationskosten aufgerechnet werden. Das erweckt dann den Eindruck, die AfD stünde für bessere Renten ein. Dabei ist das Gegenteil der Fall, wie der Blick in die Parteitagsbeschlüsse der AfD zur Rentenpolitik zeigt.

Gibt es eine »Arbeiterbewegung von rechts«?

Die Interessen von Arbeitnehmer*innen, die Höhe von Löhnen, die konkreten Arbeitsbedingungen, das Verhältnis zum Arbeitgeber oder der Betrieb an sich sind nämlich nicht der »Entzündungsherd« für die AfD und extrem rechte Einstellungen. Deswegen führt es auch auf eine falsche Fährte, von einer »Arbeiterbewegung von rechts« zu sprechen. Das ist kein Grund zur Entwarnung, erst recht nicht für Gewerkschaften: Denn der Betrieb ist keineswegs ein vor extrem rechten Interventionen oder AfD-Einstellungen geschützter Raum, auch wenn der Betrieb nicht der Ausgangspunkt dieser Haltung ist. Vielmehr wirkt auch in der Arbeitswelt die massive Verschiebung des gesellschaftlichen Koordinatenkreuzes nach rechts.

Gewerkschaften als Gegenmacht

Gewerkschaften stehen hier in einer besonderen Verantwortung. Sie sind gleichzeitig Akteure und Adressaten in der Auseinandersetzung mit Rassismus und der extremen Rechten. Wider Erwarten sind Gewerkschafter*innen nämlich nicht die besseren Menschen. Gewerkschaften haben aber – im Unterschied zu anderen Akteur*innen – als Massenorganisation Zugang zu vielen Kolleg*innen, den es zu nutzen gilt, um der extremen Rechten in Betrieb und in der gesamten Gesellschaft effektiv entgegenzutreten. Schließlich ist der Kern des gewerkschaftlichen Organisationsgedankens ja, Konkurrenz von Arbeitnehmer*innen untereinander auszuschließen, um gemeinsam mehr Gegenmacht im Interessenkonflikt mit den Arbeitgeber*innen mobilisieren zu können. Damit ist es ihr ureigenes Interesse, gegen die Spaltung der Belegschaft, auch gegen die Ethnisierung von Konflikten vorzugehen und sich für Solidarität stark zu machen. Da ist es eine ausgesprochen gute Nachricht, dass sich Gewerkschaften in den unterschiedlichsten lokalen und überregionalen Bündnissen gegen Rechts engagieren und oft sogar ihr Motor sind. Auch im Betrieb gilt es, den Fehdehandschuh aufzunehmen und stets aufs Neue in die politische Auseinandersetzung zu gehen – auch im Osten der Republik, wo das aufgrund des politischen Mikroklimas besonders schwerfällt.

Chancen für rechte Betriebsratslisten?

Dass Nazis, gleich auf welchem Ticket, aus den Betrieben heraus die Kraft entwickeln könnten, in größerem Umfang eigene Listen für die kommenden Betriebsratswahlen aufzustellen, halte ich für unwahrscheinlich. Eher besteht das Risiko einzelner U-Boote auf anderen Listen und die Ausweitung der Organisation »Zentrum Automobil«, die ja schon mit der Streichung des Zusatzes »Automobil« bei ihrer Außendarstellung ihre Expansionsgelüste zeigt. Sie können auf viel Geld und unter anderem über Jürgen Elsässer auf die Unterstützung des Hochglanz-Magazins »Compact« zugreifen. Ihr Ansatz: Sie setzen auf einzelne Nazis in unterschiedlichen Betrieben, die über das schon bestehende Netz angestiftet und getragen werden.

Fatal wäre allerdings, aus Sorge vor rechten Stimmungen im Betrieb auf den im Vorfeld von Betriebsratswahlen entstehenden Hype einzusteigen und die Chancen von Nazis zu überzeichnen. Das nutzt am Ende nur ihrem Wahlergebnis und erweckt den Eindruck eines betrieblichen Gewichts, das sie gar nicht auf die Waage bringen. So war bei der letzten Betriebsratswahl die Aufmerksamkeit auf »Zentrum Automobil« so hochgedreht, dass sich in den Gewerkschaften Medienanfragen häuften, die den Blick ausschließlich auf Rechte im Betrieb statt auf die elementare Wichtigkeit von Betriebsräten richteten. Auch öffentliche Veranstaltungen zu den Gefahren rechter Betriebsratslisten wären in den Regionen, in denen keine einzige rechte Liste vor hat anzutreten, trotz bester Absichten Wasser auf die falschen Mühlen. Jene Hoffnungen, mit einer solchen Überzeichnung Gewerkschaften oder auch Parteien politisch »Beine zu machen« und sie nach links zu drücken, werden sich genauso wenig erfüllen wie die Hoffnung, mit der Bekämpfung der herrschenden gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten Rechtsradikalismus und Rassismus den Boden entziehen zu können. Auch wenn wir wissen, dass solche Haltungen Ausfluss einer »falschen« Gesellschaft sind, verschwinden sie nicht, wenn wir auf dem Weg zu einer »richtigeren« sind. Strategien zur Überwindung des Kapitalismus oder für eine solidarische Gesellschaft machen Strategien zur Bekämpfung der extremen Rechten nicht überflüssig – im Gegenteil.

Aktiv gegen Rechts

Will man bei der Bekämpfung der extremen Rechten Erfolg haben, müssen verschiedene Handlungsebenen ineinandergreifen. Erstens geht es darum, den Spielraum von organisierten Rechten zu beschränken. Hier ist die Politik genauso gefordert wie die Zivilgesellschaft. Zweitens gilt es, zwischen die Nazis und ihre jeweilige Zielgruppe zu treten, um ihnen die Show zu vermasseln. Zum Dritten ist von zentraler Bedeutung, die demokratischen Gegenkräfte zu stärken und zu unterstützen. Dabei ist ausgesprochen hilfreich, möglichst genau zu wissen, mit wem man es zu tun hat: Wer sind die Akteur*innen, wie ihre Strategien und Ansprachen? Wenn die AfD also zum Beispiel die »kleinen Leute« zu erreichen versucht, indem sie ihrem rassistischen und neoliberalen Geschwätz ein soziales Mäntelchen umhängt, dann kann man diese Versuche mit besten Argumenten durchkreuzen. Die finden sich in Zeitschriften wie »der rechte rand« oder in gewerkschaftlichen Flyern und Bildungsmaterialien.

Wenn Nazis im Betrieb Fuß fassen wollen, greifen sie gern zu einer Kombination von Eliten-Bashing und Selbstinszenierung als »Kümmerer«. Die Gewerkschaft wird in dieser Darstellung flugs den Etablierten zugeordnet. Die Argumentation: »Die ist da oben viel zu weit weg und kümmert sich nicht um Euch, wir schon!« Die Arbeitgeber*innen scheinen für Nazis dabei eigentlich nie das Problem zu sein. Dieses Vorgehen ist eine große Herausforderung für die gewerkschaftlichen Akteur*innen im Betrieb. Sie müssen das Gegenteil immer wieder neu unter Beweis stellen und jeden alten und neuen Weg gehen, um nahe bei den Kolleg*innen zu sein – von aktiven Frühstückspausen bis hin zur Geburtstags-Nachricht an Aktive und Mitglieder. Für diese Auseinandersetzung brauchen die gewerkschaftlichen Multiplikator*innen Unterstützung – Argumentationsmaterial, Flyer, Workshops, Trainings oder auch qualifizierte Beratung, wenn es um konkrete Konflikte im Betrieb und längerfristige Strategien geht. Da ist in den Gewerkschaften und im DGB in den vergangenen Jahren viel geschehen. In dieser Auseinandersetzung die besten Mittel und Wege zu finden und zu nutzen, bleibt gewerkschaftliche Daueraufgabe – nicht nur, aber besonders im Osten der Republik.

Selbstbewusste Arbeitnehmer*innen als Bollwerk

Gut zu wissen, ist – das zeigt eine Studie des Meinungsforschers Richard Hilmer –, dass da, wo Mitbestimmung in den Betrieben gelebte Praxis ist, der Stimmenanteil für die AfD niedriger ist als im Schnitt unter Arbeitnehmer*innen. Je weniger die Kolleg*innen sich hilflos ausgeliefert fühlen oder glauben, alles Gute komme von oben, je mehr sie also ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, desto schlechter kann die AfD bei ihnen landen. Kein Wunder, dass selbstbewusste Arbeitnehmer*innen in der Vorstellungswelt von Nazis keinen Platz haben.

#Unsozial

Marktradikale und völkische Staatspolitik

Die »Alternative für Deutschland« vertritt eine neoliberale Politik und setzt auf Familie statt staatlicher Angebote. Sozial ist das nicht.

von Richard Gebhardt

Seit Jahren streitet die »Alternative für Deutschland« (AfD) über ihren Kurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bislang wurden die gegensätzlichen Lager vor allem von ihrem Bundessprecher Jörg Meuthen und dem thüringischen AfD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke repräsentiert. Während der wirtschaftsliberale Volkswirt Meuthen nach sechseinhalb Jahren an der Parteispitze seinen Posten aufgeben will, konnte der völkische Sozialpopulist Höcke seine Position festigen. Zwar verlief die Bundestagswahl für die AfD insgesamt eher enttäuschend. In Sachsen aber konnte die Partei punkten und zahlreiche Direktmandate erlangen. Und gerade im Osten der Republik sowie in den abgehängten Stadtteilen des Ruhrgebiets findet eine gegen den »Raubtierkapitalismus« gerichtete Rhetorik Anklang. Parolen, wie »Sozial, ohne rot zu werden« oder »Blau ist das neue rot der Arbeitnehmer« bleiben nicht ohne Resonanz – gerade bei Teilen der Lohnabhängigen oder organisierten männlichen Gewerkschaftsmitgliedern findet die AfD mit ihren Forderungen nach exklusiver Solidarität für »einheimische Deutsche« Zuspruch.

Feindbild »Massenmigration«

Dabei zeigt schon die im Programm für die Bundestagswahlen 2021 erneut erhobene Forderung »Mindestlohn beibehalten«, wie dürftig das vermeintliche Sozialprogramm der Partei ist. Nicht nur, dass im fraglichen Passus der Mindestlohn in keiner Weise beziffert wird und somit vor allem symbolpolitische Qualität hat. Klar benannt wird dabei die Funktion, die der Mindestlohn einnehmen soll. Ziel sei es, die Niedriglohnempfänger*innen »auch vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck« zu schützen. Nicht die Interessen der Kapitalseite, sondern die »fremden« Konkurrent*innen auf dem Arbeitsmarkt werden als Ursache für Billiglöhne oder Tarifflucht benannt. So wird auch der Mindestlohn zu einem beliebigen Containerthema, mit dem Front gegen das zentrale Feindbild »Massenmigration« gemacht werden soll.

Sozialpolitik mit den »Altparteien«

In der von der Otto-Brenner-Stiftung Ende 2021 veröffentlichten Studie »Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD« wird deutlich, dass sozialpopulistische Parolen zwar zur schichtenspezifischen Agitation taugen, die realpolitische Praxis aber ebenso wie die ideologische Ausrichtung der Parteidokumente mehrheitlich neo- beziehungsweise ordoliberal ist. »Wettbewerbsfähigkeit«, »Leistungsgerechtigkeit« und »Entbürokratisierung« sind die Schlagworte der AfD, die nicht nur ihr Ehrenvorsitzender Alexander Gauland trügerisch als »Partei der kleinen Leute« präsentiert. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik macht besonders die Bundestagsfraktion der AfD gemeinsame Sache mit den ansonsten verspotteten »Altparteien«. Sie ist in diesem Politikfeld keinesfalls eine »Alternative«, sondern eine Mitläuferin. »Die AfD stimmt bei Anträgen zur Gestaltung des Sozialstaates häufig gemeinsam mit der FDP (in ca. 75 % der Abstimmungen) und teilweise auch mit den Regierungsparteien (in ca. 38 % der Abstimmungen)«, fassen die Autoren der Studie nüchtern zusammen.

Familie als Ersatz-Sozialstaat

Gerade weil die Differenzen zwischen Marktradikalen und völkischen Staatspolitiker*innen in der Partei bisweilen groß sind, wird die AfD vor allem durch gemeinsame Feindbilder und Wertvorstellungen zusammengehalten. Deutlich wurde dies auf dem sogenannten »Sozialparteitag« der AfD im November 2020. Zwar wurde seinerzeit heftig über den Kurs der Partei in der Corona-Pandemie gestritten. Das eigentlich zu verhandelnde »Konzept zur Sozialpolitik« wurde in Kalkar aber beinahe geräuschlos verabschiedet. Gelingen konnte dies, weil die AfD ihren Kulturkampf auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik austrägt. Polemisiert wird gegen einen »vermeintlichen Feminismus«, gegen Gender-Mainstreaming und Gleichstellungsbeauftragte. Gefordert wird hingegen eine »Willkommenskultur für Kinder«. Typisch sind dabei Formulierungen wie die folgende: »Eine Steigerung der Geburtenrate auf ein bestandserhaltendes Niveau von 2,1 Kinder pro Frau ist die einzige Möglichkeit zur Stabilisierung und zum Erhalt unserer Sozialsysteme, aber auch zur Bewahrung unserer Kultur und zum Fortbestand unseres Volkes.« Wirkt die Zahlenangabe »2,1 Kinder pro Frau« wie die unfreiwillige Karikatur der gängigen VWL-Sprache in der Politik, verdeutlicht der Schlussteil des Satzes den reaktionären Gehalt einer Sozialpolitik, die nicht auf die Verteidigung sozialer Rechte für alle, sondern auf die Bewahrung der nationalen Identität zielt. Der Kern dieser Forderung ist sozialpolitisch von zentraler Bedeutung: Die Norm-Familie dient der AfD als Ersatzsozialstaat. Das jüngste Wahlkampfmotto »Deutschland. Aber normal« zielt dabei auf ein Familienidyll, auf das sich die Neo- und Ordoliberalen in der Partei mit den Sozialpopulist*innen einigen können.

Zwar existieren in der AfD nach wie vor Strömungen, die gerade in der Wirtschafts- und Sozialpolitik unterschiedliche Positionen zum Verhältnis von Markt und Staat beziehen. Verbunden werden diese aber durch gemeinsame Feindbilder wie »Massenmigration« oder »Feminismus« – und durch eine patriarchalische Familienideologie, die traditionell das Weltbild der deutschen Rechten prägt.

SOZIAL
OHNE ROT
ZU WERDEN

Faschist Höcke wettert am 1. Mai 2018 in Eisenach gegen Gewerkschaften

#AfD

Verharren in Passivität

Der Verzicht des Bundesvorsitzenden Jörg Meuthen auf eine weitere Kandidatur und die Stimmverluste bei der Bundestagswahl führen bei der »Alternative für Deutschland« zur Diskussion über ihre strategische Ausrichtung. Vorbild könnten die aktionistischen Landesverbände im Osten sein.

von Kai Budler

Nach der Absage ihres im vergangenen Dezember geplanten Bundesparteitages in Wiesbaden muss die »Alternative für Deutschland« (AfD) nicht nur 80 Prozent der Mietkosten für das RheinMain CongressCenter übernehmen, das sie für ihre Veranstaltung gemietet hatte. Auch die Frage, wer neben Tino Chrupalla künftig den Parteivorsitz übernehmen soll, ist weiter offen. Um einer öffentlichen Demütigung und Schlammschlacht in Wiesbaden zu entgehen, hatte der amtierende Vorsitzende Jörg Meuthen vorher seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur erklärt – nicht aber ohne einen Austausch der gesamten Parteispitze zu fordern. Dies wiederum führte zu harscher Kritik: So spottete AfD-Vize Stephan Brandner, Meuthen habe sich seit zwei Jahren »vergaloppiert und geht zunehmend vielen mit seinem besserwisserischen Gequengel auf die Nerven«.

Triumph der Meuthen-Gegner

Tatsächlich ist Meuthens Rückhalt in der eigenen Partei immer weiter geschwunden. Mit seiner Absage an Bündnisse mit Coronaleugner*innen und seinem Aufruf zu einer vermeintlichen Mäßigung hatte er sich beim Bundesparteitag 2020 ins innerparteiliche Aus geschossen. Wem seine Haltung nicht gefalle, »der möge einen Abwahlantrag zum nächsten Parteitag stellen«, hatte er gepoltert und ist nun genau diesem Schritt zuvorgekommen. Nicht nur angesichts dieses Rückzugs triumphiert das Netzwerk des formal aufgelösten »Flügels« und dessen Umfeld. Auch mit Blick auf die Stimmverluste bei der Bundestagswahl wird deutlich: Lediglich in Thüringen unter dem Meuthen-Kontrahenten Björn Höcke gab es ein Plus für die AfD. Die Partei stagnierte ebenso in den anderen Ostbundesländern trotz geringer Verluste auf hohem Niveau – ganz im Gegenteil zu den westlichen Bundesländern. In Sachsen und Thüringen gelang es der Partei bei der Bundestagswahl 2021, jeweils stärkste Partei zu werden. Für den Thüringer AfD-Chef Höcke eine klare Bestätigung für seine im Interview mit dem extrem rechten Netzwerk »EinProzent« ausgegebene Parole »Wir müssen mehr Osten im Westen wagen!«. Dieser Aufforderung folgte der Landesverband Hessen gern und wählte im November neben Robert Lambrou Andreas Lichert zum Vorstandssprecher. Der Anhänger des »Flügels« tauchte 2016 im Kaufvertrag für das ehemalige Haus der »Identitären Bewegung« in Halle als Bevollmächtigter des Käufers auf. Seit Herbst 2020 darf er gerichtsfest als ein »stolzes Mitglied der Identitären Bewegung« bezeichnet werden.

AfD-Tricks für Coronaleugner*innen

Auch thematisch ist es der AfD bislang nur im Osten ansatzweise gelungen, die Aufmärsche gegen die Corona-Schutzmaßnahmen zu bestimmen. Sogar der Herausgeber des extrem rechten Blattes »Compact« beklagt die Passivität der Partei, die bei den Protesten nicht präsent oder randständig sei. Lediglich in Brandenburg hat die Partei bei entsprechenden Aktionen mehr Zulauf und will so lange auf die Straße gehen, »bis wieder das normale Recht hier herrscht und jeder über seinen Körper selbst bestimmen kann«. In Thüringen sammelte die AfD nach eigenen Angaben innerhalb von sechs Wochen rund 10.000 Unterschriften für ein Zulassungsverfahren zur Volksabstimmung gegen Corona-Schutzmaßnahmen. Nebenbei gibt die Landtagsfraktion Coronaleugner*innen Tipps für ihre als »Spaziergänge« kaschierten Aufmärsche. In der von Landessprecher Stefan Möller initiierten »Handreichung« wird unter anderem empfohlen: »Keinen Personalausweis o.ä. dabeihaben. Personenfeststellungen müssen lange dauern. 1000 Spaziergänger ohne Ausweis sind nicht zu kontrollieren.« Auffällig sind die Versuche der AfD, diese Proteste mit den Demonstrationen zum Ende der DDR 1989 zu vergleichen. Damit legitimiert die AfD gewalttätige Umsturzfantasien, indem sie vorgaukelt, mit den Protesten solle eine vermeintliche Diktatur überwunden werden.

Rammbock oder Kooperationspartner?

Angesichts ihrer Mobilisierungsfähigkeit im Osten stellt sich in der Partei einmal mehr die Frage, ob auf dem Vorgehen im Osten »viele weitere strategische Leit- und Zukunftsfragen für die AfD aufbauen« können, wie der ehemalige Bundesleiter der »Identitären Bewegung Deutschland«, Daniel Fiß, in der neu-rechten »Sezession« schreibt. Er fordert von der AfD einen »Strukturplan Ost« mit der Zielsetzung, »den Osten als strategischen Türöffner und Rammbock für die Erweiterung neuer politischer Einflusssphären auf Bundesebene zu sehen«. Der Ehrenvorsitzende Alexander Gauland wirbt in der Frage nach der strategischen Ausrichtung parteiintern um die AfD als Koalitionspartner der Union. Für die Partei und ihre Bundestagsfraktion gehe es darum, »mit Anträgen, die auch ein bestimmter Kreis von CDU-Leuten stellen könnte, den Spaltpilz in die Union (zu) tragen«. Denn ohne die AfD habe die Union im Bund »für lange Zeit keine Regierungsoption mehr – es sei denn, sie fasst eine Kooperation mit uns ins Auge«, so Gauland. Und auch wenn die Union im neuen Bundestag neben der AfD sitzt, ist eine solche Zusammenarbeit zumindest nach den ersten Sitzungen fraglich. Immerhin fielen alle von der AfD-Fraktion vorgeschlagenen Kandidaten für den Vorsitz dreier Ausschüsse durch – auch die CDU hatte gegen sie gestimmt.

#Russlanddeutsche

»Alternativa dlja Germanii« im Bundestag

Die »Alternative für Deutschland« stellt ihren dritten russlanddeutschen Abgeordneten im deutschen Bundestag. Das sind dreimal mehr Russlanddeutsche als alle anderen Parteien seit 1949 zusammen. Als Partei der Russlanddeutschen funktioniert sie dennoch nicht.

von Lara Schultz

Seit September 2021 geht nur noch einer der 736 Sitze des Bundestags an einen Russlanddeutschen – an Eugen Schmidt aus Nordrhein-Westfalen als neuen Abgeordneten für die »Alternative für Deutschland« (AfD). Die beiden Russlanddeutschen Waldemar Herdt (Niedersachsen) und Anton Friesen (Thüringen) sind damit zwei von 241 nicht wiedergewählten Abgeordneten im Bundestag. Beide gehörten zur AfD-Fraktion, die elf Sitze im Vergleich zu 2017 verloren hat. Damals war sie die erste Partei überhaupt, die mit zwei russlanddeutschen Abgeordneten gleichzeitig aufwarten konnte. Was Herdt und Friesen außer ihrer postsowjetischen Herkunft und ihrer Parteizugehörigkeit verbindet: Gleiche Abstimmungspräferenzen auf Parteilinie. So stimmten auch sie gegen die Aufhebung des Transsexuellengesetzes, gegen Klimaschutz und gegen gendergerechte Sprache. Ebenso wie zuvor Herdt und Friesen zählt Schmidt zu den Hinterbänklern – zumindest in Deutschland. In Russland hingegen ist die Wahrnehmung von russlanddeutschen Bundestagsabgeordneten eine andere. Dass Schmidt sich am 16. Dezember 2021 im Bundestag für die Anerkennung der Krim als Teil Russlands stark gemacht hat, fand in deutschen Medien keinen Widerhall. In Russland hat dies jedoch Schlagzeilen gemacht. Auch dass Herdt Anfang September 2021, als die Verlegearbeiten für die umstrittene deutsch-russische Ostseepipeline Nord Stream 2 beendet wurden, erneut seine positive Meinung zu dem Projekt äußerte, interessierte in Deutschland nicht. Russische Nachrichtenagenturen hingegen zitierten breit seine Einlassungen, der staatliche Fernsehsender Rossija 1 bot ihm in der Polittalkshow »60 minut« eine Bühne: Die Angriffe der außenpolitischen Gegner Russlands auf Nord Stream 2 seien »ideologischer Wahnsinn«, die Grünen betrieben mit ihrem Plädoyer für Gas aus den USA lediglich Lobbyarbeit. In russischen Nachrichten und Talkshows wird Herdt als wichtigster außenpolitischer Sprecher der Opposition im Bundestag inszeniert und kann dort seinem Hass auf die Regierung und seinen verschwörungshaften Erzählungen freien Raum lassen: Deutschland sei kein souveräner Staat, sondern ein de facto besetztes Land, weil es noch immer keinen Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika gebe. Laut Herdt bestehe ein geheimes Kanzlergesetz, nach dem jeder neu gewählte Bundeskanzler vom Weißen Haus genehmigt werden müsse. Demnach müsse dieser noch vor der Amtseinführung nach Washington reisen, wo »hinter verschlossenen Türen sicherlich kein Tee« getrunken werde.

Waldemar Herdt, der seine Parteizugehörigkeit zur AfD mit der Nähe vieler Programmpunkte zu seinem Weltbild – die traditionelle Familie, die Ablehnung früher sexueller Aufklärung, die Ablehnung der »Genderideologie« und der Schutz christlicher Werte – erklärt, konnte sich und seine Partei in russischen Medien auch immer wieder als Opfer inszenieren. Die Zeiten seien in Deutschland für oppositionelle Kräfte besonders schwer. Die AfD sei im 19. Bundestag die einzige wahre Opposition gegen die Regierungskoalition und »alle anderen ihr dienenden Satelliten« gewesen. Dass die CDU/CSU bei den jüngsten Wahlen zum 20. Bundestag gegen die SPD verloren habe, »weise darauf hin, dass die Bewegung hin zu einer kontrollierten Demokratie, die an Diktatur grenzt, gerade erst an Fahrt aufnimmt«, so der ehemalige Abgeordnete. Bezüglich der Präsenz in russischsprachigen Blogs und Medien tritt Schmidt nun in Herdts Fußstapfen.

Der russlanddeutsche YouTuber Misha Bur führte kurz vor der Bundestagswahl 2021 ein Interview mit Eugen Schmidt – auf russisch, dementsprechend nennt er seinen Interviewpartner Evgenij statt Eugen. Evgenij durfte hier das Wahlprogramm der AfD und seine eigene Sicht vorstellen: Migration müsse beschränkt werden, Deutschland müsse ein christliches Land bleiben, die Staatsbürgerschaft dürfe nur stark nach Abstammung vergeben und die Renten müssen erhöht werden. Wie auch bei Herdt fällt auf: Innerhalb der AfD vertreten beide typisch rechtskonservative, rassistische, anti-choice und antimuslimische Positionen. Erst wenn sie sich an ein russischsprachiges Publikum wenden, werden auch spezifisch russlandbezogene und russlanddeutsche Themen erwähnt. So forderte Schmidt in dem Interview auch eine Erleichterung bei der Vergabe von Schengen-Visa für Russinnen und Russen und die Anerkennung von in Russland oder anderen postsowjetischen Staaten erworbenen Bildungsabschlüssen sowie Rentenansprüchen für Russlanddeutsche. Bei dieser direkten Ansprache vermittelt Schmidt einen Alleinvertretungsanspruch seiner Zielgruppe.

Das macht die AfD noch lange nicht zu einer Partei für Russlanddeutsche, auch wenn sie sich selbst gerne so sieht. Waldemar Herdt hatte 2018 für den von ihm gegründeten »Volksrat der Russlanddeutschen« eine Wahlumfrage durchgeführt. 75,9 Prozent der Russlanddeutschen hätten bei der Bundestagswahl 2017 ihre Stimme der AfD gegeben. Tatsächlich waren es einer nicht interessengeleiteten Studie zufolge 15 Prozent und somit nur knapp über dem amtlichen Wahlergebnis von 12,6 Prozent. Fest steht also: Vor allem diejenigen Russlanddeutschen, die sich dem AfD-nahen »Volksrat« verbunden fühlen, wählen die AfD. Der Zuspruch im Netz für den von Schmidt bespielten Twitter-Account »Russlanddeutsche für die AfD« hält sich mit gut 4.500 Followern – bei Facebook hat er etwa 14.000 Abonnent*innen – dementsprechend auch in Grenzen.

»Die Russlanddeutschen« hingegen bleiben eine heterogene Gruppe. Sie kamen als Spätaussiedler*innen aus unterschiedlichen Staaten nach Deutschland, die meisten aus Russland und Kasachstan. Die Mehrheit wählt die Unions-Parteien, aber auch die Linke bekam von russlanddeutschen Wähler*innen deutlich mehr Stimmen als die AfD.

#Homosexualität

AfD: Heteronormativ statt homofeindlich

Die Verfolgung männlicher und die Negation weiblicher Homosexualität waren lange Zeit Konsens in der bundesdeutschen Gesellschaft wie auch in der extremen Rechten. 1994 wurde der Paragraf 175 des Strafgesetzbuches endgültig gestrichen, 2001 wurde die eingetragene Lebenspartnerschaft eingeführt und 2017 die Ehe für homosexuelle Paare erlaubt.

von Tanja Gäbelein

In ihrer familien- und geschlechterpolitischen Programmatik äußert sich die »Alternative für Deutschland« (AfD) selten offen homofeindlich, sondern, wie es der Kulturwissenschaftler Patrick Wielowiejski formuliert, »heteronormativ«. So erklärt die Partei in ihrem Europa-Wahlprogramm 2019: »Alle Personen haben das Recht, ihren Lebensstand frei zu wählen. Andere Formen des Zusammenlebens als die Ehe zwischen Mann und Frau sind zu respektieren, damit aber weder gleichzusetzen noch zu fördern.« Dieses Zitat zeigt eine gewisse Anerkennung von homosexuellen Lebensweisen, was gleich darauf jedoch durch den Hinweis eingeschränkt wird, Homosexualität könne niemals ein gleichberechtigter Teil der Norm sein. Sie soll freilich, wie es die AfD Sachsen formuliert, »nicht mehr Raum einnehmen, als sie im Alltagsleben hat«. Homosexuellen Lebensweisen wird damit eine randständige Existenz zugewiesen, die sich unterzuordnen habe.

Leitbild der heterosexuellen Mehrkinderfamilie

Das Bekenntnis zum Leitbild der Familie aus Mutter, Vater und mehreren Kindern steht seit 2017 im Zentrum der Familienprogrammatik der AfD in den verschiedenen Landes-, Europa- und Bundeswahlprogrammen. Familien sollen als »Keimzelle der Gesellschaft« die biologische und kulturelle Reproduktion des deutschen Volkes als Abstammungs- und Wertegemeinschaft langfristig garantieren. Im Programm zur Bundestagswahl 2021 bekennt sich die Partei überdies zum »Leitbild der 3-Kind-Familie (sic!)« , um dem demografischen und »ethnisch-kulturellen« Wandel entgegenzuwirken: »Mehr Kinder statt Masseneinwanderung«, hatte die Partei bereits 2016 in ihrem Grundsatzprogramm formuliert. Diese Losung richtet sich sowohl gegen migrantische und migrantisierte Familien als auch gegen Regenbogenfamilien.

Ablehnung des Adoptionsrechtes für homosexuelle Paare

Die AfD fordert in ihrem Europa-Wahlprogramm 2019, die »privilegierte Position von Vater und Mutter (müsse) im Hinblick auf den Schutz des Kindeswohls (…) in vollem Umfang erhalten werden«. Imaginierten »Adoptionsquoten für gleichgeschlechtliche Paare« hält sie entgegen, Kinder seien »keine Objekte der Bedürfnisbefriedigung, sondern eigenständige Persönlichkeiten mit individuellen Rechten«.

Der Verweis auf den vermeintlichen Schutz des Kindeswohls dient der Partei als moralische Waffe zur Legitimierung der eigenen Ablehnung von homosexueller Elternschaft. Rhetorisch wird eine Nähe zwischen Homosexualität und Pädophilie hergestellt, wie sie in christlich-konservativen und extrem rechten Kreisen immer wieder behauptet wird und vor der es die Kinder zu schützen gelte. Und auch jenseits des Pädophilie-Vorwurfs wird schlicht behauptet, Kinder bräuchten Mutter und Vater, ohne dies näher zu begründen oder gar die Situation von Kindern aus Regenbogenfamilien miteinzubeziehen.

Die Ablehnung homosexueller Elternschaft gründet sich auf der verbreiteten Ansicht, Familie sei dort, wo Kinder sind. Die zunehmende rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Normalisierung von Regenbogenfamilien stellt aus dieser Perspektive die Hegemonie der heterosexuellen Mehrkinderfamilie infrage. An der Frage der Kinder entscheidet sich also die von der AfD eingeforderte Unterscheidung von Homosexualität als akzeptierte, aber deviante Lebensform oder die abgelehnte Toleranz von Homosexualität als Teil der kulturellen Norm. Eben diese (statisch imaginierte) Norm sieht die AfD durch eine kulturkämpferische Gender-Bewegung bedroht. Aufgrund der antifeministischen Konstruktion eines omnipotenten, die heterosexuelle Norm bedrohenden Feminismus schlägt Patrick Wielowiejski die verfremdete Schreibweise »/G/ender« vor. Diese stellt die in antifeministischen Kreisen verbreitete Aussprache mit /g/ als Anlaut heraus und macht deutlich, dass es sich hierbei um eine (extrem) rechte Umdeutung, nicht aber um das soziologische Konzept »Gender« handelt.

»Die AfD ist die einzige echte Schutzmacht für Schwule und Lesben in Deutschland.«

AfD-Co-Vorsitzende Alice Weidel

Feindbild »Gender«

Aktuelle antifeministische Strategien aufgreifend beklagt die AfD einen Kulturkampf, der die Auflösung von Cis-Geschlechtlichkeit und Heterosexualität sowie die Zerstörung der heterosexuellen Mehrkinderfamilie zum Ziel habe. Diesen Kampf verortet die Partei sowohl in gleichstellungspolitischen Projekten als auch in den Gender Studies, in gendersensiblen Sprachregelungen, in der Sexualpädagogik der Vielfalt und in der 2017 beschlossenen Ehe für homosexuelle Paare. Gender wird dabei als omnipotente (homosexuelle) Macht konstruiert, gegen welche die eigene Freiheit behauptet werden müsse.

Diese imaginäre Umkehrung der Machtverhältnisse ermöglicht es der AfD, sich weiter vehement auf das Leitbild der heterosexuellen Mehrkinderfamilie zu beziehen und eine vermeintliche Opferposition einzunehmen. Überdies erlaubt die Konstruktion des Feindbildes Gender der Partei eine Trennung zwischen »guten« Homosexuellen, die die Norm nicht infrage stellen, und »schlechten« Queers, die die soziale Ordnung bedrohen würden. Auf diese Weise kann die Partei dem Vorwurf der Homofeindlichkeit – mit den Worten des neu-Rechten Martin »Lichtmesz« Semlitsch ein »zentraler Hebel im homosexuellen Kulturkampf« – wirkungsvoll begegnen.

Islamfeindliche Homofreundlichkeit

Neben Gender ist auch der Islam im Kontext Homosexualität ein wichtiges Feindbild der AfD. Vor diesem gelte es, die »guten« Homosexuellen zu schützen. Homofeindlichkeit wird in den Programmen der AfD ausschließlich in Abgrenzung zu einem als homogen und homofeindlich konstruierten Islam thematisiert. In diesem Zusammenhang wird die Akzeptanz von Homosexualität, die zuvor in enge Schranken verwiesen wurde, zu einem vermeintlich »nationalen Wert«, den es gegenüber dem muslimischen Anderen zu verteidigen gelte. Diese Akzeptanz homosexueller Lebensweisen bleibt dabei stets prekär und an diverse Bedingungen geknüpft.

Homosexuelle Mitglieder in der AfD

In der AfD gibt es diverse offen homosexuelle Mitglieder, sowohl an der Parteibasis als auch in der Führungsriege. Manche von ihnen waren oder sind Teil einer explizit homosexuellen Parteigruppierung, viele haben sich jedoch dagegen entschieden, da sich ihre Handlungsmöglichkeiten und -grenzen mit der Einnahme einer kollektiven homosexuellen Sprecher*innenposition verändern.

Die erste dezidiert homosexuelle Gruppierung in der Partei war die »Bundesinteressengemeinschaft Homosexuelle in der AfD« (BIG), die von 2014 bis 2017 existierte. Die BIG hatte sich zunächst dafür eingesetzt, die AfD solle die Volladoption für homosexuelle Paare fordern. Diese Forderung stieß in der Partei auf viel Kritik und wurde nach Bernd Luckes Austritt 2015 nicht mehr offen formuliert. Stattdessen sah es der damalige Sprecher Mirko Welsch 2016 als Aufgabe der BIG an, die AfD gegen den Vorwurf der Homofeindlichkeit zu verteidigen und homosexuelle Wähler*innen zu gewinnen. Zentrale Themen der BIG waren zu dieser Zeit die vermeintliche Islamisierung als Gefahr für Homosexuelle und trans* Personen sowie die Ablehnung von Gender. Bei den Themen Ehe und Familie herrschte Uneinigkeit in der BIG. Während einige Mitglieder lediglich den Status quo erhalten wollten, erklärte Welsch, man müsse die heterosexuelle Kleinfamilie schützen. Die BIG setze sich aber dennoch für ein Ende der Diskriminierung von Alleinerziehenden, Patchwork- und Regenbogenfamilien ein. Im Januar 2017 spalteten sich schließlich jene BIG-Mitglieder ab, die dem völkisch-nationalistischen »Flügel« nahestanden. Sie gründeten die »schwul-lesbische Plattform«, aus der schließlich die »Alternative Homosexuelle« (AHO) hervorging.

Die AHO ersetzt die BIG in Fragen der homosexuellen Ablehnung von Gender, insbesondere der gleichgeschlechtlichen Ehe und des Adoptionsrechtes. Zudem betreibt sie aktiv eine homonationalistische Abwertung eines als homofeindlich begriffenen Islams in Abgrenzung zur vermeintlich homofreundlichen deutschen Nation. Kritik an parteiinterner Homofeindlichkeit findet sich hier nicht. Stattdessen positioniert sich die AHO offensiv im nationalen »Wir«: »Denn Schwulen und Lesben liegt Deutschland genau so sehr am Herzen wie jedem anderen liebenden Menschen mit einem Bezug zu Familie, Heimat und Nation!« Im Gegenzug bekommt die AHO Unterstützung durch die Parteiführung, etwa durch einen Besuch des ehemaligen Bundesvorsitzenden Jörg Meuthen auf ihrer Jahrestagung 2018.

Es ist dabei sicherlich kein Zufall, dass dieser Besuch durch den vermutlich heterosexuellen Jörg Meuthen und nicht durch die offen lesbische Co-Vorsitzende Alice Weidel erfolgte. Deren Distanz zu politisch organisierten Homosexuellen erlaubt es ihr, eine andere Sprecher*innenposition in der Partei einzunehmen.

Homosexuelle Einzelpersonen in der AfD

Ähnlich wie es Aufgabe der BIG und der AHO war und ist, die Partei vor dem Vorwurf der Homofeindlichkeit zu schützen, scheint dies auch ein Anspruch von nicht-organisierten homosexuellen Einzelpersonen in der AfD zu sein. Besonders medienwirksam tat dies Weidel 2017 bei einer Wahlkampfrede in Viernheim. Nach ihrem dortigen Outing fragte sie die anwesenden Parteiunterstützer*innen in betont sarkastischem Ton: »Jemand hier, der mich hasst? Nein? Kein einziger hier, der es nicht erträgt, dass ich mein Leben mit einer Frau verbringe? Puh, vielen Dank.«

Zudem betonen offen homosexuelle AfD-Politiker*innen stets die vermeintliche Bedrohung homosexueller Menschen durch die steigende Zahl von Muslim*a in Deutschland und spielen die anhaltende Homofeindlichkeit unter christlichen Deutschen herunter. So erklärte der stellvertretende Vorsitzende der NRW-Landtagsfraktion Sven Tritschler 2017, die »völlig fehlgeleitete Migrations- und Integrationspolitik (setze Homosexuelle) nämlich Gefahren aus, die eine Verurteilung nach § 175 geradezu harmlos erscheinen lassen«.

Auch bemühen sich homosexuelle AfD-Politiker*innen um die Gewinnung homosexueller Wähler*innen. Weidel ließ sich im Wahlkampf 2017 mit den Worten zitieren: »Die AfD ist die einzige echte Schutzmacht für Schwule und Lesben in Deutschland.«

Ein Unterschied zu den Möglichkeiten und Grenzen homosexueller Gruppierungen in der AfD zeigt sich bei der Thematisierung von Ehe und Familie. Diesbezüglich erklärte Weidel, sie »ganz persönlich begrüße jede Verbesserung der Rechte für gleichgeschlechtliche Paare, auch im Zweifel gegen die Mehrheitsmeinung meiner eigenen Partei. So viel Freiheit gestehe ich mir ein.« Allerdings relativiert sie ihre Aussage sogleich, indem sie darauf verweist, es könne »den Schwulen und Lesben in diesem Land (…) am Ende des Tages völlig egal sein, ob ihre Beziehung ‹eingetragene Lebenspartnerschaft› heißt oder Ehe, wenn sie sich kaum noch Arm in Arm auf die Straße trauen können«. Weidel äußert hier ihre Einstellung zu Ehe und Familie zwar sichtbar, jedoch zugleich als »persönliche Meinung«. Sie spricht als homosexuelle Einzelperson und betont, sie habe keine Ambitionen, familienpolitische Sprecherin der Partei zu werden. Darüber hinaus verweist sie auf den Islam als gemeinsamen Feind, dessen Bekämpfung wichtiger sei als der Ausbau der Rechte für Homosexuelle. Sie suggeriert innerparteiliche Meinungsdiversität und Toleranz, ohne letztlich den Status quo auf der Ebene politischer Veränderungen in Frage zu stellen.

Heteronormativ statt homofeindlich

Die gesellschaftliche Entwicklung hin zu einer voranschreitenden Anerkennung von Homosexualität spiegelt sich in der Programmatik der AfD in einer teilweisen Akzeptanz einer angepassten, privaten Form von Homosexualität, welche die Norm der heterosexuellen Mehrkinderfamilie nicht infrage stellt und keine politischen Freiheitsrechte fordert. Insbesondere die rechtliche Gleichstellung mit der heterosexuellen Ehe und die Adoption von Kindern stellen weiterhin, der offiziellen Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare zum Trotz, klare Grenzen dar. In der Benennung und Bekämpfung von Gender und dem Islam als gemeinsame Feinde kann diese Form der Homosexualität Teil der nationalen Gemeinschaft werden.

Offen homosexuelle Parteimitglieder müssen ihre Partei vor dem Vorwurf der Homofeindlichkeit schützen, stattdessen den Islam als zentralen Feind ausmachen und damit homosexuelle Wähler*innen gewinnen. Wenn eine kollektive homosexuelle Sprecher*innenposition eingenommen wird, gilt es zudem, jede Form von rechtlicher oder politischer Verbesserung für homosexuelle Menschen unter dem Begriff Gender aktiv abzulehnen und innerparteiliche Homofeindlichkeit zu akzeptieren, um keine Gefahr für die heterosexuelle Norm darzustellen. Als homosexuelle Einzelperson hingegen kann ein Ausbau homosexueller Rechte als »freie Meinung« geäußert werden, solange damit keine Forderungen nach politischer Umsetzung verbunden werden.

#AfDFrauen

Erfolglose Versuche der Selbstorganisation

Um verstärkt Frauen als Wähler*innen zu gewinnen, gab es in der »Alternative für Deutschland« Versuche, parteiinterne Frauenzusammenschlüsse zu initiieren. Die Projekte scheiterten jedoch und verschwanden in der Versenkung.

von Kai Budler

ITALIENISCH
LEBE ART
RALL
erheit!

*Etwa 800 Teilnehmer*innen folgten am 17. Februar 2018 dem Aufruf der AfD-Frau Leyla Bilge zu einem rassistischen »Marsch der Frauen« in Berlin. Dieser wurde von Antifaschist*innen erfolgreich blockiert.*

Frauen sind »die größte, in der Wählerschaft der AfD unterrepräsentierte Gruppe«, heißt es in einem 2019 vom Bundesvorstand der Partei verabschiedeten Strategiepapier. Neben Rentner*innen und Erstwähler*innen hätten vor allem Frauen aus Sicht der AfD »Sympathieprobleme«. Auch in der AfD-Bundestagsfraktion sind nur elf von 83 Abgeordneten weiblich, damit hat sie den geringsten Frauenanteil der Fraktionen im Bundestag. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Parteimitgliedern: Hier war Ende 2019 weniger als ein Fünftel weiblich, auch wenn die Zahl leicht gestiegen ist. Doch trotz der Männerdominanz gab es Versuche von Frauen, sich innerhalb der Partei zu organisieren – die öffentlich bekannt gewordenen Projekte scheiterten jedoch. Ihren Ausgang nahmen sie im November 2018 auf dem »Alternativen Frauenkongress« in den Räumen des Bundestags, der von Leyla Bilge, der damaligen Referentin für den AfD-Bundestagsabgeordneten Ulrich Oehme, und dem AfD-Bundestagsabgeordneten Marc Bernhard initiiert wurde.

»Keine linksgrünen männerhassenden Frauen«

Laut Bernhard wollte man eine »alternative und konservative Frauenbewegung auf den Weg bringen«. Und so gründete sich im Anschluss an den »Alternativen Frauenkongress« der Verein »FridA – Frauen in der Alternative für Deutschland« mit den Vorstandsmitgliedern Alexandra Kloß aus Thüringen und Beate Prömm aus Berlin sowie der AfD-Bundestagsabgeordneten Nicole Höchst als Schirmherrin. Ziel war es, »die politische Teilhabe von Frauen und ihr Interesse an der Politik der AfD zu fördern«, erklärte Anja Markmann für das »FridA-Gründungsteam«. Man wolle »die Schwelle etwas herabsetzen, die viele Frauen daran hindert, uns Alternative für Deutschland zu kontaktieren, weil sie der üblen Propaganda aufgesessen sind«. Zur Abgrenzung von emanzipatorischen Frauenzusammenschlüssen stellte Markmann klar: »Wir sind eben keine linksgrünen männerhassenden Frauen, die gegen ein vermeintliches Patriarchat kämpfen wollen, sondern Frauen, die allesamt mitten im Leben stehen und sich für eine vernünftige alternative Politik einsetzen.« Mit dem Versuch, Frauen in der AfD sichtbarer zu machen, scheiterte FridA recht schnell. 2019 verschwand der Verein in der Versenkung, weil der Name »nicht zulässig« war, wie Prömm erläuterte. An seine Stelle trat 2019 der in Erfurt gegründete Verein »FrauenAlternative e. V.« (Falter) mit Sitz im bayerischen Schmiechen. Dem Vorstand gehörten Kloß und Prömm ebenso an wie Daniela Förster und Heike Themel von der AfD Bayern. Sie proklamierten »politische und soziale Angebote für Frauen jenseits von ›Gender‹ und ›Quotenforderung‹ (…) eine echte Alternative für alle politisch interessierten Frauen«.

Keine Außenwerbung – nirgends

Im Februar 2020 kündigte Themel einen Frauenkongress von »Falter« in München an, auf dem unter anderem Leyla Bilge und Christiane Christen sprechen sollten. Beide hatten bereits Veranstaltungen wie den »Frauenmarsch« oder »Kandel ist überall«-Aufmärsche organisiert. Kurz zuvor jedoch sagte Themel den Kongress ab. Angeblich sei die Homepage gehackt und die Lokalität bekannt gegeben worden, sodass sie nicht für die Sicherheit der Teilnehmerinnen garantieren könne. Nur sieben Monate nach dem geplatzten Kongress wurde auch dieser Verein aus dem Register gelöscht. Daniela Förster war bereits im Jahr zuvor aus der AfD ausgetreten, die ehemals tonangebende Kreispolitikerin Themel wechselte nach der Bundestagswahl 2021 von der AfD zu »dieBasis« und verhalf der jungen Partei so zu ihrem bundesweit ersten Mandat. Anja Markmann vom »FridA«-Gründungsteam verließ 2020 die Partei. Mit der Auflösung von »Falter« scheint die ohnehin kurze Zeit der versuchten Selbstermächtigung von Frauen innerhalb der AfD beendet zu sein.

#Antisemitismus

Völkische Farce

Der Verein »Juden in der AfD« wurde 2018 gegründet, um dem rechtsradikalen Image der Partei einen neuen Anstrich zu geben. Bleibt die Gruppe auch absolut marginal innerhalb der jüdischen Gemeinden, erfüllt sie für die »Alternative für Deutschland« doch eine nützliche Funktion.

von Tom Uhlig

2018 bezeichnete Alexander Gauland »Hitler und den Nationalsozialismus« als »Vogelschiss in 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte« und relativierte damit die Schoa und den deutschen Vernichtungskrieg. Im selben Jahr scheiterte auch das erste Parteiausschlussverfahren gegen den damaligen, kurz zuvor fraktionslos gewordenen, baden-württembergischen Landtagsabgeordneten der AfD, Wolfgang Gedeon, wegen angeblicher Formfehler. Gedeon hatte 2012 unter einem Pseudonym eine verschwörungsideologische und antisemitische Kampfschrift verfasst, in der er unter anderem eine »Versklavung der Menschheit im messianischen Reich der Juden« herbeihalluzinierte und die »Protokolle der Weisen von Zion« als seriöse Quelle empfahl. Ebenfalls 2018 erschien eine repräsentative Studie des Allensbach Instituts, wonach 55 Prozent der befragten AfD-Anhänger*innen der Aussage zustimmten »Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss«, im bundesweiten Durchschnitt waren es hingegen 22 Prozent. Der Schulterschluss der AfD mit dem neonazistischen Mob zeigte sich dann vollends bei den Ausschreitungen von Chemnitz im September 2018, als unter anderem ein jüdisches Restaurant schwer beschädigt und zahlreiche antisemitische Parolen skandiert wurden.

Gründung

In genau dieser Stimmung wurde im Oktober 2018 in Wiesbaden von etwa 24 Mitgliedern (19 anwesend) der Verein »Juden in der AfD e. V.« (JAfD) gegründet. Die Gründungsmitglieder setzen sich aus Hinterbänkler*innen zusammen mit teilweisen – wie im Fall des aktuellen Vorsitzenden Artur Abramovych – Überschneidungen zur »Neuen Rechten«. Besonders skurril ist die Biografie von Dimitri Schulz, dem jetzigen Schatzmeister der JAfD, der Hausverbot in der Wiesbadener Synagoge bekommen hat, weil er dort christlich missionieren wollte. Bei seiner Vorstellung zur hessischen Landtagswahl 2018 sprach er im Übrigen vom »links-grünen Schuldkult«, bei dem er die »Erinnerung der Gräueltaten am deutschen Volk vermisst«. Die Gründung wurde von mehreren prominenten Führungspersonen der AfD begrüßt, Unmut kam eher in den hinteren Reihen auf. Zum Beispiel kommentierte Stefan Räpple, Schoa-Relativierer und bis 2021 Landtagsabgeordneter der AfD in Baden-Württemberg, die Neugründung gegenüber der Zeitung Die Welt wie folgt: »Die zionistische Ideologie, also die Durchsetzung israelischer Interessen auf deutschem Boden, lehne ich ab.«

Funktion

Plattformen wie die JAfD sind an sich in der Parteienlandschaft nichts Ungewöhnliches: Es gibt beispielsweise auch das »Jüdische Forum in der CDU« oder den »Arbeitskreis Juden in der SPD«. Eine jüdische Organisation innerhalb einer Partei aber, die ständig mit antisemitischen Ausfällen von sich reden macht und an deren Basis Antisemitismus als Grundrauschen immer mitschwingt, musste Aufsehen erregen. Gemessen an der geringen Größe der Vereinigung war das Medienecho enorm – 30 bis 50 Journalist*innen sollen die Pressekonferenz der Gründungsveranstaltung besucht haben. Die deutlichen Gegenreaktionen aus den jüdischen Gemeinden zeigen jedoch, dass hier eine mediale Schieflage entstanden ist. Initiiert vom Zentralrat der Juden in Deutschland haben 46 weitere jüdische Organisationen eine »Gemeinsame Erklärung gegen die AfD« unterzeichnet. In dieser heißt es unmissverständlich: »Die AfD ist eine Partei, in der Judenhass und die Relativierung bis zur Leugnung der Schoa ein Zuhause haben. Die AfD ist antidemokratisch, menschenverachtend und in weiten Teilen rechtsradikal.«

Mitglieder der JAfD gehen mit dieser Kritik um, indem sie einen Widerspruch zwischen den Repräsentationsorganen und den Jüdinnen und Juden behaupten. So sagt Vera Kosova, damals erste Vorsitzende, am Stand der völkischen Wochenzeitung »Jungen Freiheit« auf der Frankfurter Buchmesse 2019: »Wir haben einen riesigen Zuspruch, nur die Funktionäre sind politisch noch so mächtig, dass sie eben den offenen Diskurs oder eben diese Wahrheit nicht zulassen.«

Diese Argumentationsweise ist auch für die AfD im Allgemeinen typisch: Es wird ein verborgener Wille der schweigenden Mehrheit herbeigeredet, der im Widerspruch zu den Repräsentant*innen der Politik stünde. Bei den JAfD konzentriert sich diese Agitation zumeist auf den Zentralrat. Das Moses Mendelssohn Zentrum fasst in einem sehr lesenswerten Gutachten zusammen: »Die Konzentration der Feindbestimmung durch die JAfD auf den Zentralrat ist sehr zweckmäßig. Da sich diese Agitation vor allem an ein nicht-jüdisches Publikum richtet, kann sie an antisemitische Vorurteile anknüpfen, ebenso wie an den in Teilen der deutschen Öffentlichkeit verbreiteten Widerwillen, der durch die bloße Erwähnung des Zentralrats ausgelöst wird.«

Die Vorstellung, für einen Großteil der Jüdinnen und Juden in Deutschland sprechen zu können, ist angesichts der marginalen Stellung der JAfD nicht haltbar. Ihre ständigen Vorwürfe gegen jüdische Organisationen, ihren Geldgeber*innen hörig zu sein, sind selbst antisemitisch grundiert.

Die JAfD repräsentieren in keiner Weise die jüdischen Gemeinden, sondern vorrangig die AfD. Auch ihre konkrete politische Arbeit geht im Meer der völkischen Propaganda ziemlich unter: Bisweilen werden ihre Funktionär*innen in rechten Kreisen zu Gesprächen geladen, manchmal organisieren sie selbst eine kleine Veranstaltung oder teilen in den sozialen Medien Redebeiträge der Revanchistin Erika Steinbach. Ungeachtet ihrer sonstigen politischen Bedeutungslosigkeit erfüllen die JAfD allerdings eine diskursive Funktion. Die Gruppe tritt zu einem Zeitpunkt auf, da sich das Image der AfD als rechtsradikale Partei beginnt öffentlich zu festigen. Sie liefert eine

»Eine jüdische Organisation innerhalb einer Partei aber, die ständig mit antisemitischen Ausfällen von sich reden macht und an deren Basis Antisemitismus als Grundrauschen immer mitschwingt, musste Aufsehen erregen.«

willkommene Strategie, Antisemitismusvorwürfe abzuwehren: Da es Juden und Jüdinnen in der AfD gibt, die ja selbst unmöglich antisemitisch sein können, dürfe es demnach auch keinen Antisemitismus in der AfD geben. Der tollkühnen Behauptung von Frauke Petry, die AfD sei »Garant jüdischen Lebens in Deutschland«, soll so ein Gesicht gegeben werden.

Dieses »Kronzeugenargument« begegnet einem etwa auch bei Unterstützer*innen der antiisraelischen Boykottkampagne BDS, die auch von einigen Jüdinnen und Juden oder sogar Israelis befürwortet wird. Die Immunität gegenüber Vorwürfen soll auf magische Weise auf diejenigen übergehen, die nicht qua ihrer Identität vor ihnen gefeit sind. Die Argumentationsweise sitzt natürlich dem Trugschluss auf, dass Betroffene nicht auch an der Verbreitung von Ressentiments mitwirken können. Bei der Erklärung, warum sie das machen, werden oft psychologisierende Mutmaßungen wie das beliebte Motiv des »jüdischen Selbsthasses« in Stellung gebracht. Das populärste Beispiel in der Geschichte für dieses Bild war wohl der Philosoph Otto Weininger, dessen fanatischer Juden- und Frauenhass sich auch gegen sich selbst richtete und schließlich Anfang des 20. Jahrhunderts zu seinem Suizid führte. Solche Deutungen sind allerdings müßig, weil die Motivlage vollkommen unklar und für die Wirkungsweise der Agitation auch unerheblich ist.

Schwerpunkte

Die JAfD bedienen primär zwei große Themenkomplexe, die ihre Partei immer wieder heranzieht, um von dem Judenhass in den eigenen Reihen abzulenken: Israelbezogener Antisemitismus und Antisemitismus unter Muslim*as. Diese Schwerpunktsetzung ist insofern strategisch klug gewählt, als dass diese Formen des Antisemitismus gesamtgesellschaftlich tatsächlich immer wieder bagatellisiert werden. Allerdings ist der Hinweis darauf wenig wert, wenn damit eine völkische und damit antisemitische Partei beworben werden soll. Die vermeintliche Israelsolidarität – über die sich die AfD auch keineswegs einig ist – hat innerhalb der AfD insofern vornehmlich instrumentellen Charakter, als dass sie gegen Muslim*innen gewendet werden soll. Israel wird vollkommen verzerrt wahrgenommen als eine Art Bastion gegen den Islam, womit negative Israelbilder letztlich bekräftigt und den Jüdinnen und Juden somit ein Bärendienst erwiesen wird. Auch die Thematisierung von Antisemitismus unter Muslim*innen mitsamt der Rede vom »importierten Antisemitismus« dient letztlich der Hetze gegen flüchtende Menschen und nicht den Jüdinnen und Juden. Da die AfD-Anhänger*innen nicht wirklich an der Sicherheit jüdischen Lebens in Deutschland interessiert sind, klammern sie den rechten Antisemitismus systematisch aus. Dabei helfen die JAfD sogar ganz aktiv. Zum Beispiel, wenn ihr Vorsitzender Artur Abramovych im neu-rechten Magazin »Blauen Narzisse« insinuiert, der Attentäter von Halle sei nicht rechts motiviert gewesen. Bisweilen bleibt es nicht nur bei der Verteidigung, sondern es werden selbst antisemitische Bilder kolportiert: Auf der Website werden unter »Positionen« zum Beispiel den politischen Linken eine »exzessiv betriebene Vergangenheitsbewältigung« vorgeworfen und damit der Mythos des »Schuldkults« bedient.

Solche geschichtsrevisionistischen und antisemitischen Positionen kommen nicht zufällig auf, sondern als unweigerliche Folge der Ideologie der Volksgemeinschaft, wie sie die AfD vertritt. Das Volk wird aggressiv bestimmt über sein Anderes, das was nicht dazugehören darf und es von innen angeblich bedroht: Dieses Andere des Volkes ist nicht beliebig austauschbar, sondern historisch unumkehrbar mit der Figur der Jüdinnen und Juden verbunden. Sie verkörpern im völkischen Bewusstsein die Widersprüche und Ambivalenzen, welche die völkische Ideologie verstoßen will, um zu einer phantasmatischen Einheit zu verschmelzen. Gegen sie wird sich der Hass der Völkischen immer wieder richten. Der Auftritt der JAfD bemüht sich, dieses Fundament der Ideologie umzudeuten, wenn sie in ihren Positionen behaupten, dass die »inneren Gegner des Deutschtums ganz überwiegend zugleich auch Gegner des Judentums sind«. Dabei ist bereits die Rede vom »inneren Gegner des Deutschtums« selbst der Kern völkisch-antisemitischer Propaganda. Wenn sie nicht so gefährlich verharmlosend wäre, könnte man diese Verwechslung fast tragisch nennen.

#Landtagswahlen

8. Mai 2022: Landtag in Schleswig-Holstein nazifrei?

Im Frühjahr 2013 wurde in Schleswig-Holstein der Landesverband der »Alternative für Deutschland« gegründet. Die Partei wurde 2017 mit 5,9 Prozent in den Landtag gewählt. Allerdings war die Fraktion unter dem Vorsitzenden Jörg Nobis für die Öffentlichkeit fast nicht wahrzunehmen. Anträge der AfD wurden von den anderen Fraktionen so gut wie immer abgeblockt.

von Thomas Radloff

Die bisherigen Aktivitäten der Landtagsfraktion der »Alternative für Deutschland« (AfD) konzentrierten sich darauf, zuerst am kalten Buffet des Landtages zu erscheinen, Anfragen zu stellen und die Räumlichkeiten des Landtages intensiv für »Informationsveranstaltungen« zu nutzen.

Der erste Eklat für die Partei in Schleswig-Holstein ereignete sich mit dem Ausschluss der AfD-Landesvorsitzenden, Doris von Sayn-Wittgenstein, am 4. Dezember 2018. Der Landesvorsitz ist seitdem vakant. Der Parteiausschluss erfolgte durch das Bundesschiedsgericht der AfD am 28. August 2019. Begründung: Parteischädigendes Verhalten. Doris von Sayn-Wittgenstein hatte unter anderem für den als »rechtsextrem« eingestuften Verein »Gedächtnisstätte e. V.« im thüringischen Guthmannshausen Werbung verbreitet. Ob sie selbst Mitglied des 1992 von der Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck gegründeten Vereins ist, konnte nicht geklärt werden. Allerdings hatte ihre Klage beim Landgericht Berlin gegen den Ausschluss Erfolg und so ist sie seit dem 15. April 2021 wieder AfD-Mitglied. Ob die dem »Flügel« nahestehende von Sayn-Wittgenstein in der schleswig-holsteinischen AfD wieder eine führende Position einnehmen wird, ist eher eine taktische Entscheidung der AfD. Denn es wird befürchtet, dass sie im anstehenden Wahlkampf mehr schaden als nutzen werde.

Den Fraktionsstatus verlor die AfD 2020, sie konnte die Mindestanzahl von vier Abgeordneten nicht erfüllen. Zum einen aufgrund des Ausschlusses von von Sayn-Wittgenstein und zum anderen wegen des Austritts von Frank Brodehl. Dieser wollte nach eigenen Angaben den Rechtsruck in seiner Partei nicht länger hinnehmen. Der circa 900 Mitglieder zählende Landesverband ist seit diesem Eklat zutiefst zerstritten. Auf einem konspirativ vorbereiteten und durchgeführten Landesparteitag am 6. Juni 2021 bei Rendsburg konnte man sich nach zwei Tagen lediglich auf die Aufstellung zweier Kandidaten, Uwe Witt und Gereon Bollmann, für die Bundestagswahl einigen. Bei dieser erhielt sie 6,8 Prozent der Wähler*innenstimmen.

Trotz innerparteilicher Auseinandersetzungen und eines erheblichen Mitgliederrückgangs rechnet die Partei mit sieben Prozent der Wähler*innenstimmen bei der kommenden Landtagswahl. Sie stützt sich dabei auf eine INSA-Wahlumfrage vom November 2021. Dem entgegen steht eine Umfrage des Instituts Wahlkreisprognose vom 13. Dezember 2021, laut der die AfD mit vier Prozent nicht in den Landtag einziehen würde.

Eine Wahlkampfstrategie mit politischen Schwerpunkten ist bei der AfD Schleswig-Holstein kaum zu erkennen, ein Wahlprogramm noch nicht veröffentlicht. Momentan setzt die Partei auf pandemie-bezogene Themen und ihre allseits bekannte rassistische Hetze beim Thema Migrationspolitik.

Grade beim Thema COVID-19 lässt sich zunehmend beobachten, dass die AfD versucht, den Protest der Coronaleugner*innen für sich und ihren Wahlkampf zu vereinnahmen. Über anfängliche Begleitung der Proteste und einem kläglich gescheiterten »Autokorso« durch Teile Schleswig-Holsteins hinaus zeigen sich nunmehr Versuche, die sich radikalisierenden Proteste durch aktive Teilnahme und eigene Aufrufe zu übernehmen. Besonders die Parteibasis zeigt eine rege Teilnahme und fordert mittlerweile offen einen radikalen Umsturz und die Beseitigung der bestehenden politischen Verhältnisse. Auch nehmen Mitglieder der Bundestagsfraktion an den Aufmärschen/Spaziergängen der Coronaleugner*innen teil – zum Beispiel waren Gereon Bollmann nebst Vertreter*innen verschiedener Kreisverbände bei einem »Abendspaziergang« in Preetz bei Kiel. Ob dies als ein Versuch der Bundespartei gelten kann, die sich zunehmend radikalisierte und enthemmte Parteibasis wieder einzufangen und zu kanalisieren, wird sich zeigen. Gegenwind bekommt die AfD bei ihren Versuchen, die Impfgegner*innen-Bewegung für sich zu gewinnen, dabei von unerwarteter Seite. Es ist die Partei »dieBasis«, die selbst zur Landtagswahl antritt, und von Anfang an eine wichtige Rolle in

Das damalige AfD-Mitglied Uwe Witt (mit Hut) mit Thorsten Kempf und Ralph Eitelbach.

der Koordination und Ausrichtung der Proteste einnimmt. Die Partei versucht – machtpolitisch motiviert –, den Bemühungen der AfD um Einflussnahme und Steuerung der Proteste entgegenzuwirken.

Für die AfD gibt es weitere Faktoren, die beim Wahlkampf eine wichtige Rolle einnehmen und einen erfolgreichen Wahlausgang schmälern könnten. Im Fokus steht dabei das Verhältnis zu dem neonazistischen Milieu: Beispielsweise fuhr am 17. Oktober 2020 am Rande einer AfD-Veranstaltung in Henstedt-Ulzburg ein Neonazi mit Tötungsabsicht in eine Gruppe von Gegendemonstrant*innen. Mehrere Personen wurden dabei verletzt, nur durch Glück wurde niemand getötet. Die Hauptverhandlung ist für das Frühjahr am Landgericht Kiel angesetzt. Die Staatsanwaltschaft geht von versuchtem Totschlag in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung und gefährlichem Eingriff in den Straßenverkehr aus. Der Täter war zum Zeitpunkt der Tat eigenen Angaben nach Parteimitglied der AfD Schleswig-Holstein. Der Parteiaustritt erfolgte kurze Zeit später nach einem Gespräch zwischen ihm und Julian Flak, Vorstandsmitglied und Sprecher des AfD Kreisverbandes Segeberg.

Am 30. Dezember 2021 gab Uwe Witt, schleswig-holsteinischer AfD-Bundestagsabgeordneter, seinen Austritt aus der Partei und der Fraktion im Bundestag bekannt. Laut einer der Deutschen Presseagentur vorliegenden Erklärung begründet Witt diesen Schritt mit »Grenzüberschreitungen« anderer AfD-Mitglieder im Bundestag und damit, dass die AfD-Fraktion keine »klare Kante« zeige. Nicht ganz so »klare Kante« zeigte der sich sonst moderat gebende Witt bei einem Bootsausflug mit weiterer AfD-Entourage auf dem Nord-Ostsee-Kanal am 7. August 2021. Zwei Teilnehmer der »Gesellschaft« waren Thorsten Kempf und Ralph Eitelbach. Beide Neonazis waren im engen Umfeld der rechtsterroristischen und bundesweit operierenden »Gruppe S« aktiv. Bereits im Oktober 2020 gab es einen Bootsausflug mit Kempf und Eitelbach. Bei beiden Veranstaltungen übernahmen sie Schutzaufgaben.

Erschwerend für den Wahlkampf der schleswig–holsteinischen AfD ist die erfolgreiche Intervention von Antifaschist*innen. Seit der Gründung des Landesverbandes werden seine Aktivitäten durchgehend von antifaschistischen Protesten begleitet. Für die Partei ist es fast unmöglich geworden, Veranstaltungen oder öffentliche Auftritte ungestört durchzuführen. Dank des antifaschistischen Engagements stellt fast kein öffentlicher oder privater Veranstalter in Schleswig-Holstein der AfD seine Räumlichkeiten zu Verfügung. Dies macht auch die Fokussierung auf das Feindbild »Antifa« deutlich. Der ehemalige Landesvorsitzende Jörg Nobis erklärte das schlechte Abschneiden seiner Partei bei der Landtagswahl 2017 mit den Aktivitäten von Antifaschist*innen.

DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR
BGB !!!

*#Coronaleugner*innen*

Protest-konjunktur

Seit November 2021 hat die Zahl der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen des Bundes und der Länder erneut zugenommen. Nicht zentrale Großdemonstrationen in Berlin wie zu Beginn der Pandemie prägen das Bild. Die Dezentralisierung hat den Protesten neuen Zulauf beschert.

von Robert Andreasch, Toni Brandes und Marcel Hartwig

Bilder vom 3. Januar 2022 aus Rostock. Hinter dem Fronttransparent auch Faschisten der »Identitären Bewegung«

Der Ort, der exemplarisch für den ab Herbst 2021 Aufschwung nehmenden Coronaprotest steht, heißt Zwönitz im sächsischen Erzgebirgskreis. Seit vergangenem Mai gehen dort Coronaleugner*innen gegen die Eindämmungsmaßnahmen und gegen die Impfung auf die Straße. An die Auflagen für Versammlungen hat man sich dort von Anfang an nicht gehalten. Die sächsische Polizei lässt die Protestierenden gewähren. Unternimmt sie den Versuch, das Versammlungsrecht umzusetzen, wird sie angegriffen – und zieht sich häufig in eine beobachtende Rolle zurück. Ermutigt von den Erfolgen der »Querdenker*innen« bei der Eroberung des öffentlichen Raums – real und medial – fanden sich Nachahmer*innen in zahlreichen Städten.

Einer der wirkungsmächtigsten Begriffe der Coronaproteste der vergangenen Monate ist der des »Spaziergangs«. Der Begriff legt nahe, bei den Kundgebungen und Demonstrationen handle es sich nicht um solche, sondern um private, unpolitische Spaziergänge. Das dient der Selbstverharmlosung des politischen Charakters der Coronaproteste. Zudem soll damit der versammlungsrechtliche Rahmen der Veranstaltungen unterlaufen werden. Mancherorts werden stationäre Kundgebungen durch Veranstalter*innen mit dem Hinweis aufgelöst, man gehe im Anschluss »spazieren«.

Wer geht mit wem auf die Straße?

Konservative Politiker*innen verweisen darauf, bei den Coronaprotesten sei eine »bürgerliche Klientel« anzutreffen. Auch die oft bemühte Floskel »Die Sorgen der Menschen müssen ernst genommen werden« findet sich. Die flächendeckende tatkräftige Beteiligung der extremen Rechten wird nicht analysiert, sondern damit erklärt, die

WIR SIND DIE ROTE LINIE
GEWALTLOS FÜR DIE FREIHEIT UND DAS LE

Proteste würden von extrem rechten Akteur*innen unterwandert. Das zeigt, dass das Extremismusmodell der Sicherheitsbehörden zum Verständnis dessen, was sich auf den Straßen tut, nicht taugt. Die Wahrnehmung, Radikalisierung und Gewaltbereitschaft würden von außen in die Coronaprotestbewegung hineingetragen, geht fehl. Von Beginn der Proteste an gaben sich bei den »Hygiene«- beziehungsweise »Querdenken«-Protesten Esoteriker*innen, »Reichsbürger«, Anthroposoph*innen und Heilpraktiker*innen die Klinke in die Hand, zusammen mit Neonazis und Bioladennutzer*innen. Zudem zeigt sich, dass und auf welche Weise Menschen sich radikalisieren, die habituell dem bürgerlichen Spektrum zuzurechnen sind: von der Übernahme extrem rechter Ideologieelemente, dem Versuch, zu den Wohnsitzen von Landes- und Kommunalpolitiker*innen vorzudringen bis zur Konfrontation mit der Polizei – an der Seite von Neonazis und rechten Hooligans. Eine ablehnende Haltung oder räumliche Trennung zu den Rechten oder gar eine Distanzierung von ihnen findet im bürgerlichen Lager nicht statt. Im Gegenteil: Für den größten Teil der Veranstaltungen wird im Netz auf Plattformen wie Telegram geworben. Abonnent*innen und Benutzer*innen dieser Plattformen haben Zugang zu den Äußerungen und Statements der Organisationen und Personen, die zu den Protesten aufrufen. Die dort kursierenden Mord- und Gewaltaufrufe, antisemitischen Ausfälle und verschwörungsideologischen Ausführungen werden allem Anschein nach in Kauf genommen. Auch die nachweislich maßgebliche Teilnahme der Rechten hat nicht für einen Rückgang der Mobilisierung gesorgt.

Die Coronaproteste sind dynamisch. In einigen Regionen scheint der Höhepunkt der Mobilisierung erreicht. Zugleich nahm die Zahl der Orte, an denen Protestveranstaltungen stattfanden, zu. Die zu beobachtende rhetorische Radikalisierung des Protests droht in Gewalt gegenüber Personen und öffentlichen Einrichtungen überzugehen, wenn die Wirksamkeit der Straßenproteste ausbleibt. Ein Teil der jetzigen Protestakteur*innen wird sich zurückziehen, andere radikalisierte Protagonist*innen werden bleiben, und nach anderen Mitteln suchen, ihren politischen Willen durchzusetzen – im Zweifel mit Gewalt.

Angesichts der dynamischen Situation und der Vielzahl der dezentralen Versammlungen, kann im Folgenden nur ein Ausschnitt dessen wiedergegeben werden.

Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt sind die Städte Magdeburg, Halberstadt und Halle/Saale Schwerpunkte des Protests. Kundgebungen und Demonstrationen finden seit Ende November darüber hinaus in zahlreichen Kleinstädten des Landes statt. Zwischen 18.000 und 20.000 Menschen gingen Ende Dezember 2021 in Sachsen-Anhalt auf die Straße. In Magdeburg, wo Ende Dezember bis zu 5.000 Personen an der Coronaprotest-Demonstration teilnahmen, kamen am 8. Januar 2022 ebenfalls 5.000 Menschen zu der bundesweit beworbenen Veranstaltung. Dort ist eine stillschweigende Arbeitsteilung der Protestakteur*innen zu beobachten. In den ersten Reihen der Demonstration waren wiederholt gewaltbereite Hooligans der 1990er Jahre zu sehen. Sie setzten den unangemeldeten Aufzug mit dem Durchbruch von Polizeiketten und gewalttätigen Angriffen auf Polizist*innen durch. Ebenfalls in den vorderen Reihen zu finden: Vertreter*innen der AfD-Landtagsfraktion wie AfD-Fraktionschef Oliver Kirchner und sein Stellvertreter und gesundheitspolitischer

Wir sind das
IMMUNSYSTEM
unserer
MENSCHENRECHTE
Art.20 Abs.4 GG

Sprecher, Ulrich Siegmund. Die AfD trat jedoch bei den »Montagsdemonstrationen« in Magdeburg nicht offensiv als politische Akteurin in Erscheinung.

Dafür konnte die Redner*innenbühne am 8. Januar einige Prominenz aus der Szene der »Querdenker*innen« aufweisen. Aus dem medizinischen Bereich waren die zur Ikone des »Corona-Widerstandes« aufgestiegene Heilpraktikerin Carola Javid-Kistel aus Duderstadt und der ehemalige baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Heinrich Fiechtner anwesend. Letzterer rief die Bewegung auf, ihre Städte »einzunehmen«. Unterstützung gab es von der AfD – die Bundestagsabgeordnete Christina Baum aus Baden-Württemberg (s. drr Nr. 193) wandte sich direkt und ultimativ an die Polizei: »Ihr werdet Euch eines Tages entscheiden müssen, auf welcher Seite ihr steht (...) das ist noch nie so nah gewesen wie heute.« Am Rande der Demonstration in Magdeburg bewegten sich andere extrem rechte Protagonist*innen durch die Stadt, die politische Gegner*innen und Pressevertreter*innen bedrohen und einschüchtern.

In Querfurt (Saalekreis) im Süden des Landes führte der AfD-Landtagsabgeordnete Hans Thomas Tillschneider das Wort. In Halle (Saale) mobilisierten die extrem rechte »Bewegung Halle« und der rechte Aktivist Sven Liebich zu den Protesten. In Halberstadt trat von Beginn an die neonazistische Gruppe »Harzrevolte« als politischer Akteur auf. In Magdeburg und Halberstadt wurden in den Abendstunden Fackeln mitgeführt, ohne dass Polizei und Ordnungsbehörden den Versuch unternommen hätten, das zu unterbinden.

Hamburg

In Hamburg stieg die Zahl der Teilnehmer*innen binnen weniger Wochen auf über 15.000 am Wochenende vor Weihnachten und am ersten Januarwochenende. An den genehmigten Protesten beteiligten sich ebenfalls Aktivist*innen der extremen Rechten – allerdings konnten sie der Veranstaltung nicht ihren Stempel aufdrücken. Es dominierten die bürgerlichen Kräfte, die in Teilen mit Slogans auf Papptafeln, Transparenten, Fahnen oder T-Shirt-Aufdrucken ihre Zustimmung zu Verschwörungsideologien bis hin zu Antisemitismus kundtaten. Im Vergleich zu der aggressiven Stimmung vieler anderer Veranstaltungen, hatten die Demonstrationen in Hamburg fast einen Happening-Charakter.

Bayern

In Bayern gingen allein am 10. Januar 2022, einem Demo-Montag, in über 280 Städten und Gemeinden insgesamt mehrere Zehntausend auf die Straße. In der bayerischen Landeshauptstadt München konnten sich mehrmals bis zu 5.000 Menschen zu »Spaziergängen« versammeln. Nachdem sich am 22. Dezember 2021 die »Querdenker*innen« in der Innenstadt durchsetzen konnten – unter anderem wurden Polizeiketten überrannt und Pressevertreter*innen angegriffen– war die Polizei bei den Folgeveranstaltungen im Vergleich zu anderen Städten – deutlich präsenter. Anders sah es im Norden des Freistaats aus. Im unterfränkischen Schweinfurt kamen im Dezember an den Sonntagen regelmäßig etwa 2.000 bis 3.000 Menschen zusammen, um gegen die Corona-Schutzmaßnahmen zu demonstrieren. Auch hier waren zeitweise Neonazis unter den Teilnehmer*innen der nicht angemeldeten Veranstaltung. Pressevertreter*innen und Polizist*innen wurden regelmäßig aus den Versammlungen heraus angegriffen. Bundesweite Schlagzeilen machte die Stadt, weil am 26. Dezember eine Mutter beim Versuch eine Absperrung zu durchbrechen, ihr vierjähriges Kind dabei hatte, das bei dem Polizeieinsatz mit Pfefferspray verletzt wurde. Für den 19. Dezember hatte die AfD zu einer Kundgebung mit der Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Alice Weidel, nach Nürnberg mobilisiert. Unter den wenigen hundert Besucher*innen waren zahlreiche Neonazis von NPD, »Der III. Weg« oder auch der »Identitären Bewegung«. Auf einer zeitgleich stattfindenden Demonstration mit etwa 10.000 Teilnehmer*innen aus dem bürgerlichen Milieu nahmen ebenfalls extrem Rechte teil. Auch hier wurden Slogans und Parolen mit verschwörungsideologischem und antisemitischem Inhalt gezeigt.

Sachsen

In Sachsen ist es der extrem rechten Vernetzungsstruktur »Freie Sachsen« gelungen, die Proteste im eigenen Sinne zu dirigieren. Zentral für die Mobilisierung ist dabei der Messangerdienst Telegram. Ihre Sprache nimmt Anleihen beim Vokabular des Bürgerkriegs, in

MEINE
MEINE

*Bei vielen Demonstrationen ist es gerade die Mischung der Teilnehmer*innen, die sie besonders machen.*

Bild links: Friedenstaube, Deutschlandfahne, Lebensrune am 19.12.2021 in Nürnberg

Bild ganz rechts: Neonazis wie Christian Worch (mit Maske) und Alexander Deptolla (links daneben) am 3. Januar 2022 in Rostock

der die Polizei als »Kretschmer Milizen« und »Besatzungstruppen« bezeichnet wird. Wie schon 2018 bei den damaligen rechten Mobilisierungen spielt dabei der für die »Freien Sachsen« auftretende Rechtsanwalt und Chemnitzer Stadtrat, Martin Kohlmann, eine Schlüsselrolle.

Mecklenburg-Vorpommern
Auch in der Hansestadt Rostock versammeln sich seit Mitte Dezember 2021 immer mehr Menschen zu »Spaziergängen« gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Bei der Veranstaltung in Rostock am 3. Januar 2022 konnte ein ähnliches Bild wie in anderen Städten beobachtet werden: Wie anderswo wurden Abstandhalten und Masketragen nur von einer Minderheit umgesetzt. Die 4.000 Teilnehmer*innen – unter ihnen Gruppen von Männern, die über eine jahrzehntelange Erfahrung in neonazistischen Gruppen verfügen – reihten sich hinter dem Fronttransparent mit dem Motto »Wir sind die rote Linie« ein. An der Veranstaltung beteiligten sich Neonazis wie Sven Sydow, Oliver Fischer, Ivo Studzinski, Christian Worch und Alexander Deptolla. Auch Daniel Sebbin, der im Sommer maßgeblich an den Corona-Demos in Ribnitz-Damgarten beteiligt war, soll dabei gewesen sein.
Nachdem es in den sozialen Medien Morddrohungen gegen die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) gegeben hatte, sorgte die Polizei zumindest dafür, dass die angemeldete Route nicht verlassen wurde. Am 10. Januar wiederholte sich das Szenario. Allerdings mit einem großen Unterschied; um den Marsch durchzusetzen, durchbrachen Rechtsradikale erfolgreich Polizeiketten.

Brandenburg
In Cottbus ist der örtliche AfD-Vorsitzende Jean Pascal Hohm einer der Köpfe des Coronaprotests. Die AfD ist vor Ort eng mit dem extrem rechten Bündnis »Zukunft Heimat« und der in Sachsen ansässigen extrem rechten Kampagnenagentur »EinProzent« verzahnt. Der Kontakt in die örtliche Neonazi- und Hooligan-Szene ist eng. Auch hier kamen ab Mitte Dezember regelmäßig Gegner*innen der Corona-Schutzmaßnahmen zusammen. Bei den teils von der AfD organisierten, häufig von Neonazis dominierten Veranstaltungen kam es immer wieder zu Angriffen auf Presse und Polizei. Letztere hat sich auch den Sprachgebrauch der »Querdenker*innen« vom »Spaziergang« zu eigen gemacht.

Baden-Württemberg/Niedersachsen
In Baden-Württemberg, 2020/21 ein Schwerpunkt der Coronaproteste, beteiligten sich in der ersten Januarwoche über 35.000 Menschen an öffentlichen Veranstaltungen gegen die Regierungspolitik. Im Flächenland Niedersachsen konnten Ende 2021/Anfang 2022 an den Montagen jeweils mehrere tausend Menschen gegen die Coronapolitik mobilisiert werden. Auffällig dabei war, dass es im Osten des Bundeslandes – Braunschweig, Gifhorn und Wolfsburg – die größte Beteiligung gab.

Reaktionen
Ab dem 15. Januar 2022 mobilisierten in Städten wie Hamburg, Hannover, Freiburg und Karlsruhe verschiedene Initiativen gegen die »Spaziergänge«.
Im Zentrum der Gegenmobilisierung steht das Einfordern gesellschaftlicher Solidarität und die Absage an Antisemitismus und Verschwörungsideologien. Auch wurde explizit auf die Situation der Pflegekräfte hingewiesen, deren Überlastung und die zunehmenden Anfeindungen und Übergriffe. An den Demonstrationen nahmen insgesamt mehrere tausend Menschen teil.

#kleinbürgerlich

Individualistische Bewegung

von Andreas Speit

Die Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie halten an. In verschiedenen Städten der Bundesrepublik ist die äußert heterogene Bewegung seit Dezember 2021 wieder auf den Straßen. Die selbsternannten Freiheits- und Grundrechteverteidigenden haben eine dynamische Aktivität entwickelt, die nicht ausläuft, sondern sich ausdehnt. Der friedliche Protest mit Demonstrationen und Meditationen geht mit militanten Aktionen wie der Erschießung eines Mitarbeiters einer Tankstelle, Übergriffen auf Gastronomieangestellte und Polizei und Bedrohung von Ärzt*innen und Pfleger*innen einher. Die Proteste offenbaren erneut, wie divers die Protestierenden sind und wie unterschiedlich ihr Agieren ist. Die Affinitäten liegen tiefer, könnten auf Grundvorstellungen beruhen.

In Hamburg fand am 8. Januar eine der größten Demonstrationen seit Wochen statt. »Der Freiheitsvirus hat Hamburg erreicht«, dröhnte es aus dem Lautsprecherwagen. Ein Slogan aus der »Querdenker«-Szene um Michael Ballweg. Die Bewegung, die das Label von dem Unternehmer mit Yoga-Interesse hat, läuft längst ohne das frühere Netzwerk von »Querdenken 711«. »Freiheit ist die Einzige, die fehlt«, war auch über die Lautsprecher zu hören. Die Hymne von Marius Müller-Westernhagen wird gerne gespielt. Unter dem Motto »Das Maß ist voll – Hände weg von unseren Kindern« kamen über 13.700 Protestierende. Ein Spektrum, wie Sie, Du und ich, das diese Demonstration erneut dominierte. Bieder und bürgerlich, alternativ und ökologisch. Die rechten Teilnehmer*innen von der AfD-Bürgerschaftsfraktion bis zu RechtsRockfans dominieren hier an der Elbe nicht.

Mit der Kindertrommel in Schwarz Rot Gold auf der Straße.

Von der Hansestadt rauf nach Magdeburg; hier waren – ebenfalls am Samstag – über 5.000 Besorgte gegen Masken und Impfen auf der Straße. Hier ist der Protest eher kleinbürgerlich als gediegen bürgerlich, beobachtete David Begrich. Er führt aus, dass in Sachsen-Anhalt zum »Kleinbürgertum, auch der Rechtsextreme gehört, der in den 90er Jahren gegen Asylunterkünfte vorging und heute ein Kleinunternehmen mit zwei/drei Angestellten führt«. Von einer bürgerlichen Mittelschicht wie im Westen könne schon »rein soziologisch« nicht gesprochen werden. Im Osten hingen die Menschen immer noch im Niedriglohnsektor fest – ohne Rücklagen, ohne Erbschaften. Zudem befeuere ein anderes Narrativ, so Begrich, die Demonstrationen: Die Erfahrung, dass durch Protest auf der Straße ein System zusammenbrechen kann. In der Landeshauptstadt ist die Forderung bei den Protesten längst »Das System muss weg«, nicht wie im Stadtstaat Hamburg »ein runder Tisch« müsse eingerichtet werden. Die unterschiedlichen Forderungen wirken sich auch im unterschiedlichen Auftreten aus. Hier körperliche Angriffe auf Polizei und Presse, da verbale Anfeindungen gegen Politik und Medien. In Magdeburg, sagt Begrich, sei »die Polizei ausschließlich im Rückwärtsgang«.

West und Ost so klar zu unterscheiden?

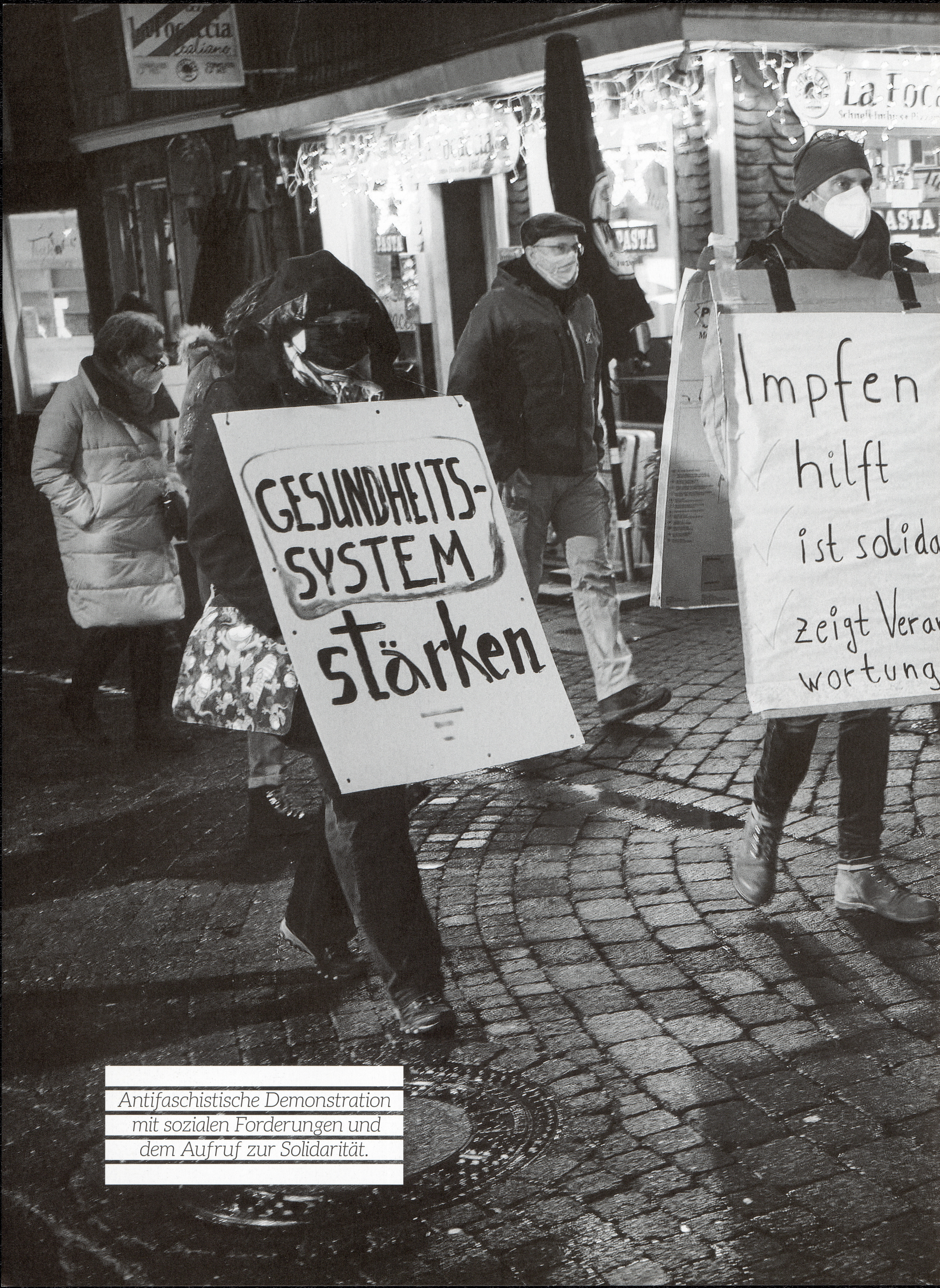
Im November vergangenen Jahres legten Oliver Nachtwey und Nadine Frei die Studie »›Querdenken‹-Bewegung in Baden-Württemberg« vor. Sie stellten fest, dass bei den Protestierenden in Ostdeutschland der Anteil der AfD-Wähler*innen höher ist als in Baden-Württemberg. Vor allem in Sachsen sei der Protest »stärker von der extremen Rechten geprägt«. Keine statische Situation. Andrea Röpke beobachtete, dass auch in Niedersachsen extrem Rechte einzelne Proteste anführen. Die latente Radikalität schlug nicht bloß im Osten in offene Militanz um: Am 18. September erschoss ein Maskenverweigerer im rheinlandpfälzischen Ida-Oberstein einen Tankstellen-Mitarbeiter, der ihn auf die Maskenpflicht hinwies. Am 27. Dezember erfolgten im bayerischen Schweinfurt aus dem Protest Angriffe auf die Polizei, eine Frau nutzte ihr vierjähriges Kind als Schutz, beim Versuch, eine Absperrung zu durchbrechen.

In einer der ersten Studien zur »Politische(n) Soziologie der Corona-Proteste« stellten Oliver Nachwey, Robert Schäfer und Nadine Frei bereits im Dezember 2020 fest, dass die Protestierenden ihrem Wahlverhalten nach eher von links kämen, aber nach rechts gingen. Das Linkssein beschränke sich vor allem auf den »Lebensstil der Körperpolitik und der Selbstverwirklichung«, der »Idee der Ganzheitlichkeit«, der »spirituellen Überzeugung« und ein »libertäres Freiheitsverständnis«.

Dieses Sein prägt längst auch die bürgerliche Mitte mit alternativem Habitus. Der bürgerliche Firnis scheint jedoch von einer »rohen Bürgerlichkeit« durchbrochen zu werden. In der Langzeitstudie zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hat Wilhelm Heitmeyer früh vor jener Bürgerlichkeit gewarnt, die »Konkurrenz und Eigenverantwortung« kennzeichnet und nicht »Solidarität und Fairness«. Das eigene Ich, die proklamierte eigene Leistung und die eigenen Werte sind leitend. Etabliertenvorrechte werden eingefordert, so Heitmeyer in »Autoritäre Versuchungen« (2018) – und Einschränkungen nicht hingenommen, darf seit 2020 ergänzt werden. In Zeiten der Pandemie hat dieses bürgerliche Milieu, das das Kleinbürgertum einschließt, das Maskentragen hoch emotional politisch als »Maulkorb« angefeindet und empfindet das Impfen nun als direkten Angriff auf den eigenen Körper. Extrem Rechte waren von Anbeginn der Proteste involviert. Die Radikalisierung erfolgt allerdings vor allem aus der Logik der bürgerlichen Mitte der Bewegung. Bei Kritik wird auf Angriff geschaltet.

Die Selbstzuschreibung der Besorgten und Herzensmenschen dürfte ein Selbstbetrug sein. Sie stört an den Maßnahmen gegen COVID-19, was sie stört. Sie möchten keine Maske tragen, sie möchten keine Impfung, sie wollen ihren Berufs- und Freizeitalltag selbst bestimmen. Das Pochen auf das Recht des Schutzes des eigenen Körpers ignoriert allerdings den Schutz der fremden Körper. Diese Ignoranz geht in Egomanie über. Die Bewegung ist eine individualistische, die eine solidarische Gesellschaft nicht mitdenkt. Dieser »rohen Bürgerlichkeit« ist auch eine Sehnsucht nach Überschaubarkeit und Einfachheit immanent. Eine »autoritäre Versuchung« in der Bewegung, die dennoch ein antiautoritärer Impuls antreibt. »Der Regierung« und »dem Staat« wird die Kompetenz abgesprochen, aber sogleich neuen Autoritäten mit Know-how zugesprochen. In diesem Fall den Stars der vermeintlich Querdenkenden. Bereits Erich Fromm erfasst diesen Typ in »Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reichs«, 1929/30, als »rebellischen-autoritären Typen«.

In der Studie zu Baden-Württemberg betonen die Autor*innen, das diese vermeintlich kritischen »Querdenkenden« Kritik an ihrer angeblichen Wahrheit weder selbst formulieren, geschweige denn akzeptieren. Ihre »Idee der Ganzheitlichkeit« hinterfragt nicht bloß logisches Denken und wissenschaftliche Studien, sie sucht auch eine vermeintlich harmonische Ursprünglichkeit, in der die Natur romantisiert und das Denken remythologisiert wird. Eine antimoderne Sehnsucht, die bereits historisch Affinitäten nach Rechts implizierte und aktuell virulent ist. In Hamburg konnten die »Jungen Nationalisten« in der bürgerlichen Demonstration einen eigenen Block bilden. Die extrem rechte Parole »Das System ist am Ende, wir sind die Wende!« war zu hören. Bei PEGIDA hoffte die extreme Rechte, über die Asyl- und Flüchtlingspolitik in der gesellschaftlichen Mitte nachhaltig mehr Akzeptanz zu gewinnen. Sichtbar auf der Straße. Im Westen fand die Bewegung gegen die »Islamisierung des Abendlandes« nicht den erhofften Zuspruch. Mit »Querdenken« finden sich jetzt neue Allianzen – von Nord bis Süd, West bis Ost. Alleine die Warnung vor extrem Rechten schützt nicht vor der Entkultivierung des Bürgertums.


GESUNDHEITS-
SYSTEM
stärken
Impfen
hilft
ist solida
zeigt Verar
wortung
La Foca
PASTA

Antifaschistische Demonstration mit sozialen Forderungen und dem Aufruf zur Solidarität.

accia
risch
nt-
!Impfen hilft!
Ich möchte weiterhin zur Schule und zum Sport gehen!
GEREC
UMVERTEILU
der PANDEMIE-
GEWINNE

#Anthroposophie

Ein Schicksalsjahr

Waldorfschulen wurden als Hochburgen der Querdenkerei bekannt, anthroposophische »Mediziner*innen« machten Stimmung gegen Impfungen und Teile der Bio-Szene stehen wegen Faktenleugnung in der Kritik.

von Oliver Rautenberg

Das Pandemie-Jahr 2021 wurde für Anthroposoph*innen zum Schicksalsjahr. Aus der esoterischen Weltanschauung »Anthroposophie« des Hellsehers Rudolf Steiner entstammen alternative »Heilmittel«, ganzheitliche Waldorfschulen oder tierfreundliche Bio-Landwirtschaft. Doch der gute Ruf bröckelt, denn »alternative Fakten« nehmen unter Gläubigen überhand.

Legt der Staat den Anthroposoph*innen plötzlich dieselben Regeln auf wie Normalsterblichen, kratzt er an ihrem Status als Avantgarde der Alternativgläubigen. Der Soziologe Oliver Nachtwey spricht von »Etablierten, die egalisiert werden« – ein Affront für die esoterisch Erleuchteten. Dass Vater Staat in ihre »Freiheit des Denkens« und auch des Handelns eingreift, ertragen viele kaum. Nachtweys Studie unter »Querdenkern« hatte ergeben, dass diese stark anthroposophischen Thesen anhängen. So sagte Justus Wittich vom Vorstand der »Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft« dem ZDF: »Es kann nicht ein vormundschaftlicher Staat plötzlich sozusagen das Regime übernehmen.« Doch – in einer Pandemie kann und muss er es. Offenbar mangelt es hier grundsätzlich an Akzeptanz für unseren Staat. Auch dadurch nähern sich Esoteriker*innen und Rechtsradikale immer weiter an.

Waldorfschulen weiter im Fokus

In vielen Presse-, Radio- und Fernsehberichten wurde die Anthroposophie kritisch beleuchtet. War das Jahr 2020 noch geprägt von Meldungen, nach denen sich viele aus der Waldorfbewegung an »Querdenken«-Demonstrationen beteiligten, fielen esoterische Ersatzschulen 2021 durch massive Corona-Ausbrüche auf – unter anderem in Müllheim, Schloss Hamborn, Schopfheim, Überlingen und in den drei Waldorfschulen in Freiburg. Brisant: An diesen Schulen lehnten Lehrkräfte und Eltern zuvor Schutzmaßnahmen vehement ab und besorgten sich gefälschte »Masken-Atteste«.

Einsicht ist also Fehlanzeige. Innerhalb der Anthroposophie wird weitgehend geleugnet, ein Problem zu haben. Um den Rest vom guten Ruf zu wahren, erkennt man in Pressemitteilungen nun sogar »Impfungen« an. Doch zwischen den Zeilen wird die querdenkende Klientel adressiert. Ein wackeliger Spagat: Man will die breite Öffentlichkeit milde stimmen, ohne die dogmatischere Anhänger*innenschaft zu verschrecken.

Anthroposophie-Zentrale warnt vor »Corona-Diktatur«

Der Hauptsitz und »Thinktank« der Anthroposophie, das »Goetheanum« im schweizerischen Dornach, vergleicht unverblümt die Corona-Politik mit dem Nationalsozialismus: »Wissenschaftler_innen« diktierten Politiker*innen und Medien die Inhalte, eine »postfaktische Realität« werde »mit Gewalt durchgesetzt«. Dagegen helfe, »sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, statt sich von den Vormündern in Wissenschaft, Politik und Medien entmündigen zu lassen«.

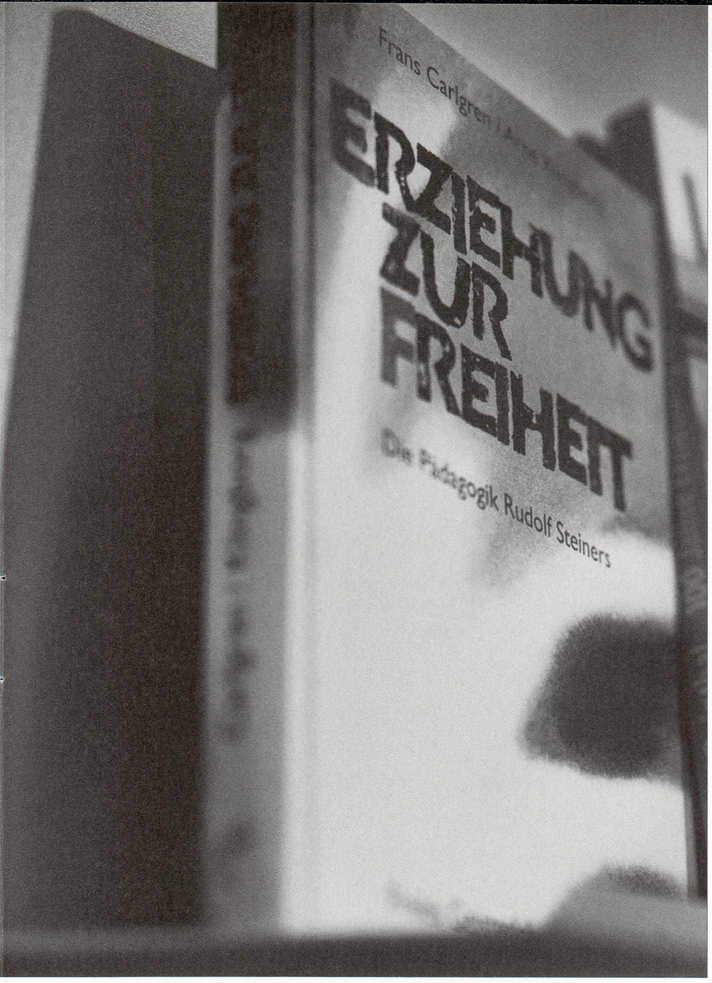
Das ist »Querdenker«-Sprech zwischen Demokratie- und Wissenschaftsfeindlichkeit, gepaart mit massiver Corona-Verharmlosung. Dornach hat die höchste Corona-Inzidenz in der Region, die angrenzende Rudolf-Steiner-Schule und auch das »Goetheanum« selbst sind Corona-Hotspots. Dass Ungeimpfte nach Schweizer Recht trotzdem nicht hineindürfen, nennt man »wissenschaftlich nicht gerechtfertigt«.

Neue Protestparteien mit anthroposophischen Konzepten

Aus der »Querdenker«-Szene gründeten sich Protestparteien wie »dieBasis« und »WiR2020«, die aus Waldorfschulen und rechtsesoterischen Kleinparteien wie »Deutsche Mitte« und »Neue Mitte« Zulauf erhielten. Den Parteien schrieb der Waldorfschulen-Funktionär und »Querdenken«-Redner Christoph Hueck anthroposophische Konzepte wie die »Soziale Dreigliederung« in die Parteiprogramme. »Basis«-Bundestagskandidat Sucharit Bhakdi hatte im Juli geäußert, die »Juden« hätten von den Nazis das »Erzböse« gelernt und Israel durch Corona-Schutzmaßnahmen »in etwas verwandelt, was noch schlimmer ist, als Deutschland war«. Die Partei distanzierte sich nicht von den Aussagen, doch die Generalstaatsanwaltschaft Schleswig hat Ende 2021 erneut Ermittlungen wegen Volksverhetzung gegen Bhakdi aufgenommen.

Demeter

Ein Artikel im Kund*innen-Journal des anthroposophischen Bio-Verbandes »Demeter« sorgte Anfang des Jahres für Aufsehen: In der Zukunfts-Utopie »Wenn wir uns trauen, zu vertrauen« ging es um eine Welt ohne Forschung und Kontrollen, in der »das Zeitalter zerstörerischer Geisteseliten« überwunden ist und »Schwarmvertrauen« herrscht. Das klingt nach Verschwörungsmythos, Anti-Aufklärung und bedenklichen Sprachmustern. Zum Erreichen dieser »unkontrollierten Alltagsfreiheit« gingen »Menschen auf die Straße«, um eine »Revolution« zu starten – was als Verweis auf die »Querdenken«-Bewegung gewertet wurde. Wie diese »Freiheit« gemeint ist, lässt sich ahnen: Man will eine Gleichwertigkeit von Fakt und Fiktion herstellen, Belege durch Vertrauen ersetzen, Kritik als Angriff auf die Freiheit werten; auf die Freiheit, alternative Fakten unwiderlegt behaupten zu dürfen. Nach Kritik zog Demeter den Artikel zurück und löschte alle Hinweise auf eigene okkult-esoterische Methoden aus dem Netz.



Rechte und Verschwörungsideolog*innen zeigen sich solidarisch

Applaus für Demeter gab es von Katrin-Ebner Steiner aus dem völkisch-nationalistischen Flügel der »Alternative für Deutschland«: Sie bedankte sich via Twitter für die »Anregung zum Denken« und verteidigte den Verband gegen »Wutbürger«. Ähnlich äußerte sich Die-Welt-Autor Rainer »Don Alphonso« Meyer auf Twitter: Die »Impf-Hexenjagd« gegen »Rudolf Steiner, Anthroposophie und Waldorf« widere ihn an. Der ehemalige NZZ-Autor Milosz Matuschek forderte gar »Lasst die Anthroposophen in Ruhe!« und warf dem »Mainstream« »Hetzjagden« und »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« vor. Als die Berliner Tageszeitung über die Ablehnung von Corona-Schutzmaßnahmen an Freiburger Waldorfschulen berichtete, sprang ihnen der Veranstalter des rechtspopulistischen »Neuen Hambacher Fests«, Max Otte, bei und sprach von »medialer Gleichschaltung«. Und nach einer WDR-Dokumentation über die Unterwanderung »Freier Schulen« durch Rechte, wie den Holocaust leugnenden Waldorflehrer Bernhard Schaub, schimpften Eltern über »linksextreme Propaganda«. Der rechtsradikale Verschwörungsideologe Attila Hildmann kommentierte auf Facebook: »Daumen runter für die Hetze der Kommunisten!«

Der Ton wird schärfer

Bei Anthroposoph*innen und ihren Unterstützer*innen wird der Ton immer schärfer. Die Tagesschau berichtete im November von Ungeimpft-»Judensternen« in Telegram-Chatgruppen: Dort »tauschen sich Waldorfanhänger offen aus«. Vergleiche mit der Judenverfolgung fänden sich ebenso wie Verschwörungserzählungen oder Anleitungen zur Masken-Manipulation. Der »Bund der Freien Waldorfschulen e. V.« (BdFWS) bezeichne dies zwar als »Fehldeutungen des Freiheitsgedankens«, »befeuere« die »Querdenker« aber mit »Einladungen zum Regelbruch«. Der Waldorfbund löschte danach maßnahmenkritische Texte von seiner Webseite. Eine Studie der UNESCO stellt passend dazu eine »ungewöhnliche Verbrüderung« von Rechtsradikalen mit Corona-Leugner*innen, Impfgegner*innen und Alternativmedizin-Gläubigen im Internet fest – man teile »gemeinsame Überzeugungen«.

Der Anthroposophie-nahe Arzt Steffen Rabe vom Verein »Ärzte für individuelle Impfentscheidung« bezeichnete die Corona-Politik als »Gleichschaltung«, »Ermächtigungsgesetz« und »Faschismus«. Im MDR sagte er zum Thema Impfpflicht, Deutschland sollte mit seiner »unseligen Vergangenheit mit medizinischen Eingriffen« besser »sehr vorsichtig« sein. Auf Rabe verweisen Waldorfschule und Demeter – genau wie die Neonazi-Gruppe »Freie Sachsen«.

Der Vize-Chef für »Medizin« am »Goetheanum«, Georg Soldner, wünscht sich derweil eine breite Durchseuchung, da die Impfung gefährlich, ja tödlich sein könne. Er empfiehlt vorbeugend Homöopathie und warnt vor Kritiker*innen, die »Andersdenkende ausschalten« wollten – was nach 1945 schwer geworden sei. Impfkritik und Corona-Relativierung von Mediziner*innen wie dem Havelhöhe-Klinikleiter Harald Matthes werden derweil von Rechten übernommen. Die Esoteriker*innen liefern die Steilvorlagen, die Hetzer*innen verwandeln sie: Matthes' Thesen finden sich auf rechten Blogs neben Holocaust-Vergleichen wieder.

Die anthroposophische Zeitschrift »die Drei« beklatschte auf Twitter den Angriff dänischer Hooligans auf Polizist*innen bei einer Corona-Demo – sie ließen sich »nicht einschüchtern«. Chefredakteur Claudius Weise verbreitet dazu Inhalte der »Anti-Antifa« und des neu-rechten Influencers Niklas »Nikitheblogger« Lotz. Weises Co-Redakteur, der Verschwörungsideologe Christoph Hueck, hatte Rechtsradikale auf Demos stets geleugnet, dann aber Toleranz gezeigt: »Sollten tatsächlich ein paar Rechtsradikale mitgelaufen sein, dann stört mich auch das nicht.« Auch Jens Heisterkamp von der anthroposophische Zeitung »info3« spricht von Pandemie, »Eugenik« und »Faschismus«. Er twitterte den Slogan »Impfen macht frei«, der an das Nazi-Motto »Arbeit macht frei« angelehnt ist.

Dennoch setzt mancher auf »Dialog« mit den esoterischen Fanatiker*innen: Der Baden-Württemberger Antisemitismus-Beauftragte Michael Blume gab Heisterkamp sogar ein Interview, in dem er die Anthroposophie verteidigte: Es sei leicht, sie als »esoterisch« anzugreifen, doch dürfe die sich aufgrund der Kritik keinesfalls »in die Defensive« begeben – das wäre ein »Verlust für das ganze Land«.

Klageflut gegen Kritik

Das haben sich die Anthroposoph*innen scheinbar zu Herzen genommen: Sie gehen in die Offensive. Nicht mit interner Aufarbeitung, sondern mit einer beispiellosen Klagewelle geht der Waldorf-Bund seit Jahresende gegen kritische Berichterstattung vor. Journalist*innen, Autor*innen und Blogger*innen wurden von namhaften Anwält*innen mit hohen Summen abgemahnt, Sendeanstalten mit Programmbeschwerden überzogen. In einer Pressemitteilung des Waldorf-Bundes gegen »Fake News« [sic!] heißt es dazu: »Es reicht! Damit ist jetzt Schluss.«

Ganz im Gegenteil. Die Berichterstattung über Skandale in der Anthroposophie endet erst dann, wenn auch die Skandale enden.

N'SCHEISS
MUSS ICH

#Auswandern

»Deutschland verlassen«

»Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!« ist eine beliebte Parole der extremen Rechten. Nun wandern immer öfter Rechte und Verschwörungsideolog*innen aus, weil sie Impfungen, 5G-Mobilfunk oder eine »Ökodiktatur« fürchten.

von Lucius Teidelbaum

Während Martin Sellner auf »Sezession Online« über eine »Sammlung im Osten« als »Plan B« schreibt, scheinen andere eher schon auf einen »Plan C« zu setzen, der in der Auswanderung besteht. Viele wenden sich jedoch gegen solche Pläne. »Auswandern ist der falsche Weg«, schreibt Jürgen Elsässer im »Compact«-Magazin. Trotzdem wird im selben Heft das im »Kopp«-Verlag erschienene Buch »Richtig auswandern und besser leben« von Norbert Bartl beworben.

Auswanderung und Flucht ins Ausland

Rechte Auswanderer*innen aus Deutschland sind grundsätzlich kein neues Phänomen, aber derzeit scheint es eine größere Auswanderungswelle zu geben.

Sie verlassen das Land, weil sie frustriert sind von ihrem (national-)revolutionären Subjekt und weil sie sich den juristischen Folgen ihrer Aktivitäten entziehen möchten. Andere wandern aus, weil sie eine Impfpflicht fürchten oder die generelle Schul- und die pandemiebedingte Maskenpflicht ablehnen. Einige fliehen auch vor »Chemtrails« oder 5G. Dem politischen Gegner scheinen ebenfalls manche mit der Auswanderung entgehen zu wollen. So haben aus unterschiedlichen Gründen in den letzten Jahren prominente Rechte und Verschwörungsideolog*innen Deutschland verlassen beziehungsweise sind regelrecht ins Ausland geflüchtet.

PEGIDA-Mitgründer Lutz Bachmann lebt auf den Kanaren, Bodo Schiffmann flüchtete sich nach Tansania, Eva Herman und ihr Lebensgefährte Andreas Popp leben im kanadischen Neufundland, Michael Wendler ging in die USA und Oliver Janich zog auf die Philippinen.

Daneben gibt es auch Länder, die zum Ziel von Gruppen-Auswanderungen werden.

Ziel: Ungarn

Innerhalb von Europa scheint Ungarn ein beliebtes Auswanderungsziel zu sein. Wegen der deutschsprachigen Minderheit existieren in dem Land deutschsprachige Bildungseinrichtungen und zudem garantiert Regierungschef Viktor Orbán in den Augen einiger den

»Schutz« vor Geflüchteten.

Prominente Vertreter der extremen Rechten aus ganz Europa hat es daher nach Budapest gezogen. Etwa Jim Dowson, den Mitgründer von »Britain First«, oder den US-amerikanischen Blogger Matt Forney. Genauso wie den aus Schweden stammenden Verleger Daniel Friberg, laut dem österreichischen Magazin »profil« »Shootingstar der internationalen ultrarechten Szene«. Seit 2010 soll François Lavallou als französischer Staatsbürger in Ungarn leben. Er ist Gründer und Chefredakteur des Newsportals »Visegrád Post«. Bereits seit 1988 wohnt Jan Maika in der ungarischen Hauptstadt. Der Chefredakteur und Herausgeber der »Budapester Zeitung«/»Budapest Times« schreibt gelegentlich für die »Junge Freiheit«, meist um Orbán zu verteidigen. Dazu hat sich 2021 noch der aus der Schweiz eingewanderte extrem rechte YouTuber Ignaz Bearth gesellt, der laut eigenem Bekunden an den Balaton gezogen ist. Dort versucht er eine »deutschsprachige Auswanderergemeinschaft« zu initiieren. Daneben gab es Pläne für Gruppen-Ansiedlungen. Eines dieser Projekte nannte sich »Arche«. Das an der »Anastasia-Bewegung« orientierte Projekt »Weltleben« in Ungarn scheint nicht mehr zu existieren.

Ziel: Südamerika

Andere zieht es weiter weg. Besonders beliebt ist derzeit der Binnenstaat Paraguay. Verlockend ist für viele offenbar, dass dort Heimunterricht möglich ist. In Paraguay leben neben einer deutschsprachigen Minderheit, die meist aus der religiösen Gruppe der Mennoniten besteht, bereits rechte Aussteiger*innen, die sozusagen als Pionier*innen fungierten. Hier siedelten sich bereits vor Jahren mehrere deutsche Anastasia-Anhänger*innen mit ihren Familien an. Land war besonders im dünn besiedelten Osten des Landes günstig zu kaufen. Doch das große Kaufinteresse der Deutschen dürfte mancherorts die Bodenpreise auch für die im Schnitt ärmeren Einheimischen ansteigen lassen. Die Alt-Auswander*innen geben den Neuen Hinweise und scheinen auch an ihnen zu verdienen, indem sie ihnen zum Beispiel Land verkaufen. Die Werbung für eine Ansiedlung an bestimmten Orten geschieht teilweise per Schneeballprinzip.

So warb die Website »Paraguay Spirit« mit einer gehörigen Portion Untergangsstimmung für eine Auswanderung: »Impfzwang, ein Euro kurz vor dem Crash, 5G Masten vor der eigenen Haustür und vieles mehr, bringen momentan selbst Menschen, die nie Pläne zum Auswandern hatten, dazu, ihrem Land den Rücken zu kehren. Eines ist sicher: Hier in Paraguay treffen sich Gleichgesinnte. Wache Menschen, die eigenverantwortlich und selbstbestimmt leben möchten. Ich selbst bin immer wieder verblüfft, welch großartige Menschen der neuen Zeit sich hier in Paraguay treffen: Heiler, mediale Menschen, Experten für Permakultur oder der Neuen Medizin nach Dr. Hamer.«

Ein Beispiel für einen Geschäftemacher ist der Ex-Scientologe Erwin Annau, der mit seiner Frau Sylvia Annau die deutschsprachige Privatkolonie »El Paraiso Verde« bei Cáazapa begründete und häppchenweise Grundstücke dort verkauft. Daneben ist der aus Österreich stammende Helmut Pilhar, wichtiger Vertreter der Medizin-Sekte »Germanische Neue Medizin«, an dem Projekt beteiligt. Auch der selbst ernannte »Reichspräsident« Matthes Haug soll dazugehören. Geplant ist sogar eine eigene »Schauberger-Tesla-Reich-Universität El Paraiso Verde«, die bisher aber wenig Substanz haben dürfte. Ein 2018 erlassenes Verbot von Baumaßnahmen, da Umweltauflagen nicht erfüllt wurden, dürfte inzwischen wieder aufgehoben sein.

Auch anderorts scheint es in Paraguay Publikum für rechte Inhalte zu geben. Am 24. Juli 2021 hielt der Neonazi und Verschwörungsideologe Wolfgang R. Grunwald in der deutschsprachigen »Colonia Independencia« einen Vortrag zum Thema »Von der Zwangs-Impfung zur Enteignung – Neue Welt-Ordnung«, über den die Website »Wochenblatt« aus Paraguay berichtete. Grunwald lebt inzwischen offenbar selbst in der »Colonia Independencia«.

Wer aus Sorge vor Kriminalität aus Deutschland nach Paraguay auswandert, muss allerdings die dort um den Faktor 24 höhere Mordrate ignorieren.

Die rechte Auswanderung nach Paraguay hat eine lange Tradition, die bereits vor der Fluchtroute der NS-Täter*innen – auch als »Rattenlinie« bekannt – einsetzte. Der Ort »Nueva Germania«, circa 150 km nördlich von der Hauptstadt Asunción gelegen, wurde im Jahr 1886 von dem Antisemiten Bernhard Förster und seinen Getreuen gegründet. Darunter war auch seine Frau Elisabeth Förster-Nietzsche, eine Schwester von Friedrich Nietzsche. Allerdings ging die Siedlungsgesellschaft bankrott und Förster beging 1889 Selbstmord.

Das rechts-esoterische Blatt »Kent-Depesche« machte in der Ausgabe 19-21/2021 Auswandern zum Hauptthema. Da heißt es über ein Projekt in den Anden von Bolivien: »Man kann dort als Anleger einsteigen, mit ansehnlicher Rendite investieren oder aber den Begriff ‹Zufluchtsort› wortwörtlich nehmen, d. h. sich dort ein Haus bauen (lassen) und die enger werdenden Fesseln des deutschen Wahnsinns (urlaubsweise oder dauerhaft) hinter sich lassen.«

Im Interview mit dem Projektgründer, dem Deutsch-Bolivianer Enrique Rosenthal, bringt dieser seine Angst vor einer linken »Ökodiktatur« in der Bundesrepublik deutlich zum Ausdruck.

Unklar ist, wie erfolgreich das »Projekt Finca Bayano«, ein Aussiedler*innendorf für Deutsche, ist. Es wird von der Firma »Rainforest Invest S. A.« von Achim Wendland und Stefan Mudry organisiert. Der »PI-News«-Autor Mudry wanderte im Dezember 2009 nach Panama aus. Für seine »Finca Bayano« wurden Online-Anzeigen auf »PI-News« und »Journalistenwatch« geschaltet und zwar mit dem Slogan »Wandere aus, solange es noch geht!«.

Neue »Colonia Dignidad«?

Die Diskussion um eine Impfpflicht verstärkt wohl die Exitpläne des harten Kerns. Die Süddeutsche Zeitung schrieb zuletzt, in manchen Orten Paraguays seien die Hotels voll belegt. Zwar mehren sich die Berichte über Umzüge, doch offizielle Zahlen existieren nicht. Die Gefahr des Scheiterns dürfte für jene groß sein, denen es an Sprachkompetenz und Erspartem fehlt. Rechte Influencer*innen können zwar per Internet eine Verbindung zum Publikum in Deutschland halten und damit auch Geld verdienen, aber das Aufstacheln aus der Ferne dürfte auch für Kritik aus den eigenen Reihen sorgen.

Im Internet werden im Zusammenhang mit den Auswanderungen des Öfteren Vergleiche mit der deutschen Sektensiedlung »Colonia Dignidad« in Chile gezogen, wo während der Pinochet-Diktatur gefoltert und gemordet wurde. Davon sind wir allerdings heute weit entfernt, wenngleich bei einigen radikalisierten Exil-Rechten solche Visionen sehr wohl die Runde machen dürften.

NS-Verehrung

Wunsiedel. Für den 14. November 2021 – dem Volkstrauertag – hatte die neonazistische Kleinstpartei »Der III. Weg« nach Wunsiedel in Oberfranken mobilisiert. Insgesamt 150 Personen folgten dem Aufruf, um gemeinsam der »Ahnen« zu gedenken. Dabei geht es auch um den 1987 durch Selbstmord ums Leben gekommenen Rudolf Heß. Jahrzehntelang war das 2011 aufgelöste Grab des Stellvertreters von Adolf Hitler ein Wallfahrtsort für Neonazis aus ganz Europa, zu Hochzeiten marschierten Tausende in der Kleinstadt auf. 2009 untersagte das Bundesverfassungsgericht das Gedenken an Heß. Die jährlichen Versammlungen am Volkstrauertag sind kaum verklausulierte Versuche, das Verbot zu umgehen. Die Inszenierung des Aufmarschs mit uniformierten Teilnehmer*innen, Flaggen, Fackeln und Trommeln verliert jedoch zunehmend an Attraktivität. 2020 nahmen noch 200 Neonazis an der Veranstaltung teil.

Neonazis: Parteigründung

Magdeburg. Am Wochenende des 13. bis 14. November 2021 fand der erste Bundesparteitag der »Neue Stärke Partei« in Magdeburg statt. Vorläufer der neuen Partei war der 2015 eingetragene Erfurter Verein »Volksgemeinschaft e. V.«, der seit 2018 von Enrico Biczysko und Michel Fischer geleitet wurde. Mit der Gründung einer neuen Partei wollen die Neonazis ihr Betätigungsfeld ausbauen und den Aktionsradius vergrößern. In Magdeburg wählten die Anwesenden den langjährig aktiven Neonazi Fischer aus Erfurt und Bryan Kahnes aus Gera als Bundesvorsitzende. Stellvertreter wurden Enrico Biczysko aus Erfurt, Florian Grabowski aus dem rheinland-pfälzischen Wöllstein und Patrick Schmidt aus Magdeburg. Eigenen Angaben nach hat die Partei, die sich dem »organisationsübergreifenden Widerstand« verpflichtet fühlt, eine »mittlerweile dreistellige Mitgliederzahl« und kann über »zwei Anlaufpunkte in Deutschland« verfügen – einen davon in der Region Magdeburg.

Hausdurchsuchungen: »Berserker Clan«

Berlin. Am 20. Oktober 2021 führte die Polizei Durchsuchungen in Berlin, Esslingen (Baden-Württemberg), Schleswig-Holstein und Hessen bei Anhänger*innen des »Berserker Clan« durch. Die Berliner Generalstaatsanwaltschaft wirft der Gruppe unter anderem vor, einen bewaffneten Aufstand geplant zu haben. In der von den Behörden überwachten Kommunikation der Gruppenmitglieder spielten immer wieder Vorbereitungen auf einen sogenannten »Tag X« eine Rolle. Insgesamt wurden 14 Objekte von 15 Beschuldigten durchsucht. Ihnen wird die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Ihr Anführer soll aus Berlin-Lichtenberg kommen. Bei den Durchsuchungen wurden Schusswaffen, Schreckschusswaffen, Munition, Hieb- und Stichwaffen, Datenträger, Devotionalien der Vereinigung sowie Betäubungs- und Dopingmittel beschlagnahmt.

Hausdurchsuchung: Sprengkörper und rassistisches Manifest

Frankfurt am Main. Am 11. November 2021 teilte die Staatsanwaltschaft Frankfurt mit, dass gegen einen 20-Jährigen aus Spangenberg (Schwalm-Eder) wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat sowie wegen Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz ermittelt wird. Der Auszubildende steht unter Verdacht, rechtsterroristische Anschläge geplant zu haben. Wie eine Sprecherin der Anklagebehörde berichtete, war die Wohnung des Verdächtigen anfangs nur wegen eines möglichen Waffendelikts durchsucht worden. Bei der Razzia seien dann mehrere hundert selbstgebaute Kleinsprengkörper sowie weitere sechs unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV), Rohrbomben sowie Brief- oder Paketbomben gefunden worden. Auf der Computer-Festplatte des Beschuldigten stellten die Ermittler*innen eine Art Manifest sicher, »in dem er sich gegen den Bestand der BRD wendet und zum totalen Rassenkrieg auffordert«.

Frankreich: Waffen und Munition bei mutmaßlichen Neonazis

Évreux, Frankreich. Am 23. November 2021 durchsuchte der französische Zoll die Wohnungen von zwei 25-jährigen Männern. Dabei wurden insgesamt 130 Waffen – 77 davon in einem unbrauchbaren Zustand – sowie 200 Kilogramm Munition gefunden. Außerdem wurde rechtes Propagandamaterial sichergestellt. Einer der beiden Verdächtigen ist Soldat der französischen Armee. Im Nachgang der Durchsuchungen wurde bekannt, dass der Geheimdienst beide Männer wegen der Nähe zur extrem rechten Szene beobachtet hatte. Die beiden Verdächtigen wurden in Untersuchungshaft genommen.

»Druide« vor Gericht

Mannheim. Am 7. Januar 2022 begann vor dem Mannheimer Landgericht der Prozess gegen vier »Reichsbürger«. Den Männern im Alter von 57 bis 71 Jahren wirft die Staatsanwaltschaft unter anderem unerlaubten Besitz von Munition vor. Nach den Hausdurchsuchungen 2017 bei dem selbst ernannten »Druiden« Karl Burghard Bangert und sechs weiteren Personen aus dem Milieu der »Reichsbürger« stand der Vorwurf der Bildung einer terroristischen Vereinigung im Raum – diesen hat die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklage nicht bestätigt. Sie wirft den vier Angeklagten vor, sich im Zeitraum zwischen 2015 und 2017 zum Selbstschutz und aus der Überzeugung heraus, dass die staatliche Ordnung zusammenzubrechen drohe, bewaffnet zu haben. Der 71-jährige Bangert hatte in der Vergangenheit in sozialen Netzwerken zahlreiche Beiträge verbreitet, in denen er den Holocaust leugnete, zum Mord an Juden aufrief und gegen Geflüchtete hetzte. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, eine feindselige Haltung gegenüber diesen Bevölkerungsgruppen erzeugen und zu »erheblichen rechtswidrigen Taten« gegen sie aufrufen zu wollen. Für den Prozess sind zehn Verhandlungstage vorgesehen.

#Waffen

Von Waffen und Sprengversuchen

Das Amtsgericht Tübingen verhandelte im Sommer 2021 gegen vier Angeklagte wegen »Verbrechen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz«. Der Prozess offenbarte gefährliches Potenzial: Der Hauptangeklagte Robert H. hatte sich eine umfangreiche Waffensammlung zugelegt und mit Sprengversuchen begonnen.

von Lucius Teidelbaum

Es war nur eine Unvorsichtigkeit, welche die Polizei auf die Spur des Hauptangeklagten Robert H. (36) geführt hatte. Dieser kaufte über Amazon am 2. Mai und am 5. August 2020 Aluminiumpulver, Schwefel und Salpeter, also Bestandteile für Sprengstoff. Ein Sachverständiger ging später davon aus, der Verurteilte hätte mit den bestellten Waren drei Kilo »Blitzknallsatz« herstellen können, welches enorme Explosionen verursachen kann. Die Meldung des Online-Händlers an die Behörden führte am 14. August 2020 schließlich zu Hausdurchsuchungen im Landkreis Calw. Dabei fanden die Behörden unter anderem zwei vollautomatische Sturmgewehre, sieben automatische Pistolen der Marke »Glock«, neun Schalldämpfer und 24 Zielmarkierer. Die Waffen hatte Robert H. in seiner Wohnung in Wildberg und in seiner Werkstatt in Ostelsheim sowie in einer Lagerbox in Simmozheim untergebracht. Selbst im Zimmer seiner nur wenige Monate alten Tochter war eine scharfe Waffe versteckt. Außerdem hatte er auf öffentlich zugänglichen Wiesen in Althengstett drei Erdbunker angelegt.

Während der Hausdurchsuchung holte die zweite Angeklagte, Denise K. (24), in ihrer Freizeit eine Sportschützin, mit den beiden anderen Mitangeklagten belastendes Material aus der Werkstatt ihres Partners, darunter zwei Maschinenpistolen der Mark Uzi sowie Chemikalien. Ziel war es, sie vor der Polizei zu verstecken. Das Material wurde knapp zwei Monate später bei Hausdurchsuchungen in Magstadt (Landkreis Böblingen) beschlagnahmt. Denn der Polizei war aufgefallen, dass bis dahin nicht alle Waffen aufgefunden wurden, die Robert H. in seinen Aussagen aufzählte. Er hatte den Erwerb und Besitz von Kriegswaffen eingestanden.

In Erdbunkern versteckt

Bei den Hausdurchsuchungen wurden zudem fast 200 Gramm »Blitzknallsatz« beschlagnahmt, abgepackt in zwei Nuckelflaschen. Vor Gericht räumte der Beschuldigte zwar den Waffen-Besitz ein, bestritt aber, etwas mit Explosivstoffen zu tun zu haben. In einer ersten Aussage gab er an, die Chemikalien zum Pökeln von Fleisch und gegen Hautkrankheiten bestellt zu haben. Das Gericht überzeugte das nicht. Zudem hatte er bereits Sprengversuche unternommen.Der Mitangeklagte Andre B. war daran entweder beteiligt oder wusste davon. Auf jeden Fall hatte dieser zwei Wochen vor der Verhaftung von Robert H. nachts einen Erdbunker ausgehoben und die darin deponierte Munition für Kriegswaffen mitgenommen.

Laut Gericht erwarb Robert H. von Mitte 2016 bis 2018 Waffen von vier verschiedenen Händlern. Insgesamt habe er dafür 63.000 Euro ausgegeben. Am 31. August 2021 wurde im Prozess das Urteil verkündet. Der Hauptangeklagte muss für drei Jahre und sechs Monate in Haft. Die weiteren Beschuldigten erhielten Bewährungsstrafen: Andre B. ein Jahr und drei Monate, Denise K. zehn Monate und Patrick K. acht Monate.

Größeres Arsenal als »Gruppe S«

Der Prozess zog nur die Aufmerksamkeit der regionalen Presse auf sich. Während am Oberlandesgericht in Stuttgart-Stammheim gegen die so genannte »Gruppe S« wegen Gründung einer rechtsterroristischen Vereinigung verhandelt wurde (s. drr Nr. 189), kamen die Angeklagten in Tübingen glimpflicher davon. Dabei sind hier weitaus mehr Waffen und Sprengmittel im Spiel, nur fehlten die Beweise für konkrete Anschlagsplanungen. Die Hinweise deuten aber darauf hin, dass der Verurteilte kurz davor war, sie zu benutzen.

Im Prozess gab er zu den Motiven für einen Waffenerwerb an: »Ich habe 2015 aufgrund der Flüchtlingskrise damit begonnen und mich wegen der Unruhen bedroht gefühlt.« Er habe eine Bürgerwehr gründen wollen, aber angeblich noch keine Mitglieder angesprochen.

Die Richterin kommentierte das mit den Worten: »Ich glaube Ihnen das nur bedingt.«

Denn für eine Bürgerwehr brauche man keine Schalldämpfer.

Verbindung zu früherem Anschlag?

Noch etwas deutet darauf hin, dass der verurteilte 37-jährige gebürtige Thüringer Robert H. mit seinen Waffen mehr vorhatte als von ihm zugegeben: Am 10. August 2000 wurde auf einen türkischen Imbiss in Eisenach ein Sprengstoffanschlag verübt. Der damalige Haupttäter war 16 Jahre alt und bekam eine Jugendstrafe von acht Monaten auf Bewährung. Sein Name: Robert H.

#TerrorGeschichte(n)

Blinde Flecken. Unbekannte Orte des Rechtsterrorismus in Deutschland

Text: Barbara Manthe
Fotografie: Mark Mühlhaus

Vor hundert Jahren, am 24. Juni 1922, ermordeten Mitglieder der rechtsterroristischen »Organisation Consul« in Berlin-Grunewald den deutschen Außenminister Walther Rathenau. Dem Attentat war eine rechte Hetzkampagne vorangegangen, in der Rathenau als Jude und »Erfüllungspolitiker« der Weimarer Republik angegriffen und verunglimpft wurde. An das Verbrechen erinnert heute an der Berliner Königsallee ein schlichter Gedenkstein. Genau wie in Grunewald sind überall in Deutschland zahlreiche Orte rechten Terrors zu finden, doch oft fehlen Hinweise darauf, was dort geschehen ist. In unserem kollektiven Gedächtnis existieren nur wenige Bilder von den historischen Orten des Rechtsterrorismus, denn er ist kaum visualisiert. Vielen bekannt sind zwar Fotografien aus den letzten zehn Jahren: das ausgebrannte Wohnmobil der Mitglieder des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU), das Wohnhaus des 2019 von einem Rechtsterroristen ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU), niedergelegte Blumen an den Tatorten nach den antisemitischen und rassistischen Anschlägen in Halle und Hanau.

Der historische Ort

Die Orte des Rechtsterrorismus der Jahrzehnte davor, vor allem des Zeitraums der Nachkriegszeit und der »alten« Bundesrepublik 1945 bis 1990, bleiben jedoch in erstaunlichem Maße bilderlos. Geläufig dürften die Fotografien des Haupteingangs des Münchner Oktoberfests sein, wo am 26. September 1980 ein Attentat 13 Tote und über 200 Verletzte forderte. Weitgehend unbekannt sind aber die Orte der meisten anderen Taten. Wir wollen mit der Bildstrecke nicht nur die Vielfältigkeit und Allgegenwärtigkeit der Tatorte und die lange Kontinuität des Rechtsterrorismus zeigen, der bereits kurz nach Kriegsende einsetzte. Die Bilder verweisen ebenso auf blinde Flecken, die nicht nur kartographisch zu verstehen sind, sondern im übertragenen Sinn auch als Wissenslücken. Anhand ausgewählter Beispiele, die keinesfalls den Anspruch auf Vollständigkeit erheben, will die Fotostrecke die Aufmerksamkeit auf die eher unbekannten und unerforschten historischen Orte des Rechtsterrorismus lenken.

Einer der Gründe, weswegen die Geschichte des Rechtsterrorismus so wenig präsent ist, mag darin liegen, dass ihm, wie dem Rechtsradikalismus im Allgemeinen, bislang nur ganz am Rande ein Platz in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik zugewiesen wurde.

Kontinuitäten und Diskontinuitäten

Bis in die späten 1970er Jahre war der Terrorismus von rechts explizit antikommunistisch ausgerichtet. Die deutsch-deutsche Grenze sowie Einrichtungen der DDR und der Sowjetunion wurden besonders häufig attackiert. In den späten 1970er und den frühen 1980er Jahren griffen rechtsterroristische Gruppen, ausgehend von einem explizit rechts verstandenen Antiimperialismus, Soldaten der in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte der USA an. Ab den späten 1970er Jahren rückten auch People of Color in das Blickfeld rechtsterroristischer Akteur*innen. Begleitet wurde diese Veränderung von einer zunehmend rassistisch geführten gesellschaftlichen Migrationsdebatte in der Bundesrepublik. Rassismus wurde in den frühen 1980er Jahren ein dominierendes Motiv des Rechtsterrorismus und auch rechter Gewalt im Allgemeinen und ist dies bis zum heutigen Tag.

Walther Rathenau wurde am 24. Juni 1922 in der Königsallee/Ecke Wallotstraße in Berlin erschossen.

Aber es sind auch Kontinuitäten zu beobachten: Neben politischen Gegner*innen – insbesondere Linke – war immer die jüdische Bevölkerung Ziel rechtsterroristischer Angriffe. Antisemitismus, Verherrlichung des Nationalsozialismus und Revisionismus bildeten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die ideologische Hintergrundfolie bei Anschlägen, die sich gegen den kritischen Umgang mit dem Nationalsozialismus richteten, so etwa gegen Erinnerungsorte, Ausstellungen und Gedenkstätten.

Deutungskämpfe und Erklärungsangebote

Die eingangs festgestellten Lücken im historischen Wissen über den Rechtsterrorismus dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass er zeitgenössisch immer wieder Gegenstand von kontrovers ausgetragenen Deutungskämpfen war, wenngleich mit deutlichen Aufmerksamkeitskonjunkturen. Besonders rege und kritische Debatten entstanden, wenn Vertrauensleute enttarnt wurden, mit denen die Verfassungsschutzämter die Aktivitäten der Gruppen zu erfassen suchten. 1980, als der Rechtsterrorismus in Deutschland mit zahlreichen Todesopfern einen Höhepunkt fand, stritten die Medien und die politischen Parteien einige Wochen lang erbittert darüber, welche Gefahr denn nun tatsächlich der Gesellschaft drohe und was dagegen zu tun sei.

Die Aufmerksamkeit für den Rechtsterrorismus seit Ende der 1970er Jahre schlug sich in einer verstärkten Suche nach Interpretationsangeboten für seine Ursachen und nach möglichen Lösungs- und Präventionsstrategien nieder. Das politische und wissenschaftliche Interesse an den Täter*innen und ihren Motiven war groß; nach den Belangen und Geschichten der Betroffenen wurde im Vergleich dazu kaum gefragt. Rechte – und rechtsterroristische – Gewalt wurde ab den frühen 1980er Jahren verstärkt als Jugendproblem und als Ausdruck einer gewalttätigen Skinheadkultur wahrgenommen. Mit der Verlagerung der Gewalt in die jugend- und subkulturelle Sphäre, als deren Ursachen vorrangig persönlicher Frust, Gruppendynamik und Gewaltlust ausgemacht wurden, schwand allerdings die öffentliche Aufmerksamkeit für den Rechtsterrorismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen.

Auch die Szenestrukturen und die Gewalt selbst hatten sich verändert: Die Zeit der konspirativ agierenden und überregional vernetzten rechtsterroristischen Gruppen war vorbei und gewaltbereite Neonazis waren eher in lokalen Zusammenschlüssen organisiert. Es fiel zunehmend schwer, eine Grenze zwischen Rechtsterrorismus und extrem rechter politischer Gewalt zu ziehen.

Die Folgen der Vereinigung

Der Fall der Mauer und die deutsch-deutsche Vereinigung veränderten den Blick auf den Rechtsterrorismus nachhaltig. Die Zahl extrem rechter Gewalttaten stieg auf ein in der Bundesrepublik bislang nicht gekanntes Niveau. Erklärt wurde diese Entwicklung vor allem mit einer ausufernden »Jugendgewalt«. Das Ende der deutsch-deutschen Teilung brachte aber auch ein neues Narrativ hervor: Die Akteur*innen der Gewalt in den neuen Bundesländern wurden als frustrierte DDR-Bürger*innen interpretiert, ihre Motive vorrangig mit einem Gefühl von Benachteiligung und Sozialisationserfahrungen vor und nach der Teilung erklärt. Die Rolle westdeutscher Neonazis als Gewaltakteur*innen, aber auch die Gewaltkontinuitäten und Gewalterfahrungen der alten Bundesrepublik gerieten aus dem Blickfeld.

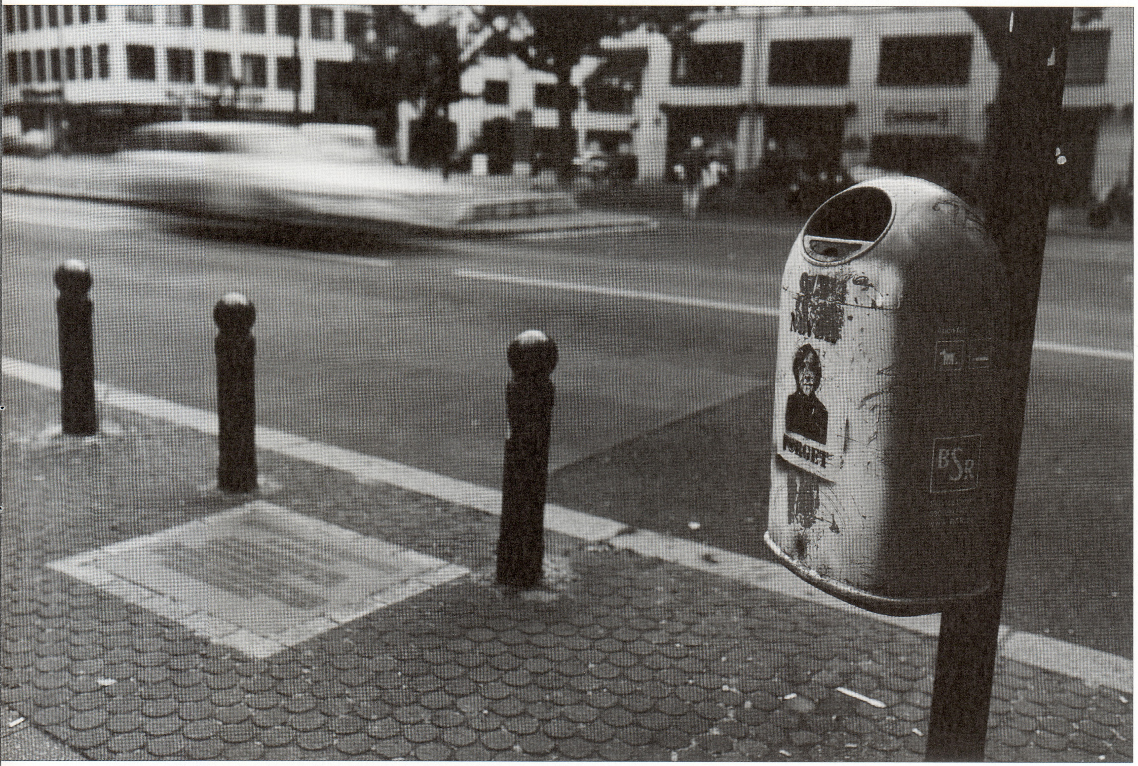
Ab dem Ende der 1990er Jahre wurde einerseits kaum über den Rechtsterrorismus gesprochen; andererseits gingen die NSU-Kernmitglieder in den Untergrund und verübten 2000 ihren ersten Mord. Debatten über rechte Gewalt fanden zwar durchaus statt, so der von Bundeskanzler Gerhard Schröder angesichts antisemitischer Taten 2000 ausgerufene »Aufstand der Anständigen« oder anlässlich der Verhaftung einer rechtsterroristischen Gruppe um den Neonazi Martin Wiese in München 2003. Sie ebbten aber bald wieder ab. Das Jahr 2011 stellte dann einen Bruch dar: Als im November die Taten des NSU bekannt wurden, entwickelte sich eine größere, länger anhaltende Aufmerksamkeit für den Rechtsterrorismus. Erstmals fanden nun die Stimmen von Betroffenen breiteres Gehör; darüber hinaus veränderte sich retrospektiv die Bewertung früherer Taten. Auch neue Wege der Erinnerung wurden betreten, die nun den lokalen Kontext verließen. Es entstand eine Debatte darum, wie und wo der Opfer des Rechtsterrorismus angemessen gedacht werden solle. Sie entzündete sich nicht nur an einzelnen, ganz konkreten Fällen, sondern stellte sich auch übergeordneten Fragen von Repräsentation und Sichtbarkeit.

Der Text und die Bilder sind eine gekürzte und leicht angepasste Fassung eines Beitrags für den Band »Zeitbilder. Terrorismus im 21. Jahrhundert« der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) dar, der im Dezember 2021 erschienen ist. Bestellung: https://www.bpb.de/shop/buecher/zeitbilder/344841/terrorismus-im-21-jahrhundert

SPD
KARL-BRÖGER-HAUS

Im Herbst und Winter 1946/47, rund eineinhalb Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, erschütterten nationalsozialistisch motivierte Sprengstoffanschläge die Geschäftsstellen von Spruchkammern in Stuttgart und Nürnberg. Die Taten, die einen Beginn des Rechtsterrorismus im Nachkriegsdeutschland markierten, waren keine Einzelfälle. Auch in anderen Teilen der westdeutschen Besatzungszonen richtete sich in diesen Monaten Gewalt gegen die alliierten Besatzungsbehörden und gegen die in der deutschen Bevölkerung unpopuläre Entnazifizierungspolitik. In Nürnberg wurde am 1. Februar 1947 ein Bombenanschlag auf das Karl-Bröger-Haus verübt; die Tat richtete sich gezielt gegen das darin befindliche Büro des Landgerichtspräsidenten Camille Sachs, der zu dieser Zeit Vorsitzender in einem Spruchkammerverfahren gegen den ehemaligen Reichskanzler Franz von Papen war.

Im hessischen Dörfchen Wald-Michelbach spielten sich Anfang der 1950er Jahre erstaunliche Szenen ab: Auf einem Anwesen hielt der rechtsterroristische »Technische Dienst« (TD) Lehrgänge ab, um sich als paramilitärische »Guerillagruppe« auf den befürchteten Einmarsch der Sowjetunion in Westdeutschland vorzubereiten. Initiiert wurde die Gruppe von dem US-amerikanischen Nachrichtendienst CIA. Wie andere westliche Nachrichtendienste in diesen Jahren unterstützte die CIA antikommunistische Zusammenschlüsse in der Bundesrepublik – auch solche am rechten Rand. Die Existenz des »Technischen Dienstes« kam 1952 ans Licht, ebenso die Unterstützung durch die Amerikaner, und sorgte für große Empörung in der westdeutschen Öffentlichkeit. Die Mitglieder hatten nämlich – vermutlich ohne das Wissen der CIA – auch »Feindeslisten« von jüdischen und politisch missliebigen Personen angelegt.



Rudi Dutschke, linker Aktivist und Wortführer der westdeutschen Studentenbewegung der 1960er Jahre, ist sicherlich eines der bekanntesten Opfer des Rechtsterrorismus, auch wenn der Mordanschlag selbst lange Zeit nicht als rechtsterroristisch interpretiert wurde. Dutschke wurde am 11. April 1968 auf offener Straße am West-Berliner Kurfürstendamm von Josef Bachmann niedergeschossen, der antikommunistische und extrem rechte Motive für seine Tat angab. Am 24. Dezember 1979 starb Dutschke an den Spätfolgen der Schussverletzungen. An das Attentat erinnert heute eine Gedenktafel, die in den Gehweg vor dem Haus Kurfürstendamm 141 eingelassen ist. Auf einem Mülleimer mahnt das aufgesprühte Graffito mit Dutschkes Konterfei: »Never forget.«

Am Abend des 18. Januar 1979 detonierte eine Sprengladung bei dem Fernmeldeturm »Longinus« in Nottuln bei Münster; es war die zweite Explosion an diesem Abend. Schon 20 Minuten zuvor hatte eine Bombe einen Sendemast in der Nähe von Koblenz beschädigt. Der Anschlag richtete sich gegen eine einführende Dokumentation im Vorfeld der deutschen Erstausstrahlung der US-amerikanischen TV-Serie »Holocaust«. Die Serie, die das Verfolgungsschicksal der fiktiven jüdischen Familie Weiss im Nationalsozialismus darstellte, erhielt in der Bundesrepublik große Aufmerksamkeit. Die extrem rechte Szene reagierte mit heftigen und antisemitischen Anfeindungen und feierte die Anschläge auf die Sendemasten als politischen Erfolg.

Die beiden Explosionen zeigten erhebliche Wirkung; Medienberichten zufolge konnten hunderttausende Zuschauer*innen an dem Abend des Anschlags kein Bild empfangen. Erst 1987 stellte sich heraus, dass die Tat aus dem Umfeld der Rechtsterroristen Peter Naumann und Heinz Lembke heraus begangen worden war.

Eine regelrechte Bombenkampagne führten die »Deutschen Aktionsgruppen« (DA) um den Rechtsterroristen Manfred Roeder 1980 durch. Die DA gehörten zu den ersten rechtsterroristischen Zusammenschlüssen, die gezilet Anschläge gegen Migrant*innen begingen. Nach rassistischen Anschlägen in Zierndorf und Leinfelden verübten sie am 17. August einen Sprengstoffanschlag auf eine Unterkunft in Lörrach, die die Täter*innen mithilfe ortsansässiger Gleichgesinnter aus dem Netzwerk Manfred Roeders ausgekundschaftet hatten. Ein Rechtsterrorist platzierte auf einem Fenstersims am Haus einen Sprengsatz. In dem Zimmer dahinter schliefen sechs minderjährige Mädchen, die aus Eritrea nach Deutschland geflüchtet waren. Drei Mädchen wurden bei der Explosion verletzt, eines davon schwer. Den letzten Anschlag vor ihrer Verhaftung verübte die Gruppe auf ein Übergangswohnheim für Geflüchtete in Hamburg am 22. August 1980. Dabei kamen zwei junge vietnamesische Geflüchtete ums Leben.

Dass sich westdeutsche Neonazis seit Mitte der 1970er Jahre zunehmend mit Waffen und Sprengstoff versorgten, war kein Geheimnis. Das Ausmaß des Waffen-, Munitions- und Sprengstoffarsenals, das der Neonazi Heinz Lembke aufgebaut hatte, überraschte die westdeutsche Öffentlichkeit aber doch sehr. Ende Oktober 1981 wurde durch Zufall ein Waffendepot in der Lüneburger Heide entdeckt, das sich ganz in der Nähe von Lembkes Haus in Oechtringen befand. Es stellte sich heraus, dass Lembke ein riesiges Arsenal mit über 30 Erddepots angelegt hatte.

Lembke spielte in den späten 1970er Jahren als Waffenbeschaffer und Netzwerker eine wichtige Rolle in der rechtsterroristischen Szene in Westdeutschland. Er wurde nach dem Auffinden der Depots verhaftet; bevor er jedoch substanzielle Aussagen über die Herkunft der Waffen und über seine Verbindungen in die rechtsterroristische Szene machen konnte, erhängte er sich am 1. November 1981 in seiner Zelle.

Die Gruppe um die Neonazis Odfried Hepp und Walther Kexel verübte in den frühen 1980er Jahren neben diversen Banküberfällen eine Reihe von Sprengstoffattentaten gegen Angehörige der in der Bundesrepublik stationierten US-amerikanischen Streitkräfte. Zuvor hatten Hepp und Kexel öffentlich zum »Kampf gegen die Amerikaner« aufgerufen, den sie als explizit antiimperialistisch präsentierten.

Mitte Dezember 1982 montierten Mitglieder der Gruppe Sprengsätze an den Autos von US-Soldaten; eines der Opfer wurde bei der Explosion seines Fahrzeuges schwer verletzt. Am 14. November 1982 hatte die Gruppe bereits versucht, in Frankfurt-Eschborn einen Sprengsatz in der Tiefgarage eines von US-Soldaten bewohnten Hochhauses explodieren zu lassen. Es war Zufall, dass die Bombe nicht detonierte und zahlreiche Menschen tötete.

Lan Imbiss
ACAB

Die rechtsterroristische Gruppe »Freikorps Havelland« verübte von August 2003 bis Mai 2004 eine Reihe von Anschlägen auf türkische und vietnamesische Kleinunternehmen in Brandenburg und verursachte hohe Sachschäden. Ein Brandanschlag auf einen asiatischen Imbisswagen am 31. August 2003 in Nauen war besonders zerstörerisch, da das Feuer auf ein angrenzendes Einkaufszentrum übergriff. Als eine der wenigen Gruppen in den frühen 2000er Jahren wurden die Neonazis des »Freikorps Havelland« 2005 als Mitglieder einer terroristischen Vereinigung verurteilt.

Peter Bierl
Katharina Kulenkampff
DIE LEGENDE von den STRIPPENZIEHERN
Verschwörungsdenken im Zeitalter des Wassermanns

Verschwörungsdenken

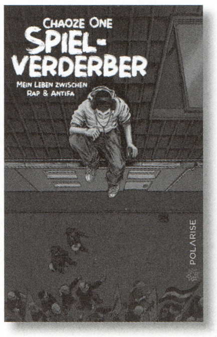
von Paul Wellsow

Zur richtigen Zeit hat der Journalist Peter Bierl einen Essay über die Aktualität und die Quellen des Verschwörungsdenkens veröffentlicht. Angesichts der »Querdenken«-Bewegung, Corona-Leugnung, Wissenschaftsfeindlichkeit oder auch der von Verschwörungsideologien befeuerten militanten Proteste gegen die Abwahl des US-Präsidenten Donald Trump hat ein Thema Bedeutung und Aufmerksamkeit auch in Politik, in den Medien und selbst in den Sicherheitsbehörden erlangt, das bisher abseits einer überschaubaren Zahl von Kritiker*innen gesellschaftlich akzeptiert und höchstens als ungefährlicher Blödsinn angesehen wurde. Waldorfschulen, Globuli und Schicksalsglauben sind verbreitet – gerade auch in der »Mitte« der Gesellschaft. In den aktuellen Bewegungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen finden jedoch noch die abseitigsten und radikalisiertesten »Verschwörungen« Niederschlag wie zum Beispiel »QAnon« oder die Existenz von »Echsenwesen«, aber auch klassische Vorstellungen von »Verschwörungen« durch »Freimaurer« oder »Illuminaten«.

In seinem Essay zeigt Bierl – der auch für das Magazin »der rechte rand« schreibt –, dass zur »Grundausstattung« der Verschwörungsideologien Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und »ein Unbehagen am entfesselten Raubtierkapitalismus« zählen. Der Autor ordnet den Aufschwung dieses Denkens in aktuelle Krisen ein – also die eines entfesselten Kapitalismus und der Zerstörung der Natur. Sie würden oft »als unlautere Machenschaften von Strippenziehern hinter der Bühne« gedeutet und es werde auch »eine heimliche Weltherrschaft der Juden halluziniert«, schreibt Bierl. Das mische sich mit »Wahnvorstellungen, einer breit aufgestellten Esoterikszene, einem linken Bauchgefühl, dem Relativismus der Postmoderne sowie einem Sozialdarwinismus als Ausdruck des Konkurrenzkampfes«. Durch die neuen Formen digitaler Kommunikation fänden diese Vorstellungen, die »dem finsteren Mittelalter entsprungen« scheinen, Verbreitung. Dieses Denken, aber auch moderne Formen der Wissenschaftsfeindlichkeit, würden für eine »Auflehnung gegen den Status quo« gehalten, seien aber nur »Scheinrebellion (…), die tatsächlich die Gesellschaftsordnung gar nicht in Frage stellt« und den Kapitalismus und die Gesellschaft falsch analysieren.

Bierl zeichnet auf nur gut 30 Seiten eine aktuelle Skizze von Ideologie und Erscheinung der »Querdenken«-Bewegung und des Phänomens des Verschwörungsdenkens. Der knappe Umfang des lesenswerten Essays bedingt Vereinfachung. Aber Verweise auf andere Autor*innen und eine Einordnung der Phänomene in gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen ermöglichen gezieltes Weiterlesen. Illustriert ist das Buch von Katharina Kulenkampff.

Peter Bierl: Die Legende von den Strippenziehern. Verschwörungsdenken im Zeitalter des Wassermanns. Augsburg 2021, Maro Verlag, 36 Seiten, 16 Euro.



Kleinstadt-Antifa-Leben mit Beat

von Lucius Teidelbaum

Etwa 200 Seiten umfasst die 2019 erschienene Autobiografie »Spielverderber: Mein Leben zwischen Rap & Antifa« des Musikers »Chaoze One«, der mit bürgerlichen Namen Jan heißt. Chaoze One schildert darin sein Aufwachsen und Erwachsenwerden ab den 1980er Jahren. Es gab einige Einschläge in seinem Leben. Zum Beispiel einen Nazi-Übergriff auf seinen Bruder, einen Punk, Ende der 1980er Jahre. Der Bruder begeht später Selbstmord.

Der junge Jan ist wütend über das »Verschwinden« seines Bruders und bringt seine Wut über seine Kleidungscodes zum Ausdruck: Er ist eine Art Punk. Anfang/Mitte der 1990er Jahre in Neustadt an der Weinstraße kann das allerdings schnell zu Problemen mit Rechten führen. Doch er findet in der Jugendhausinitiative Gleichgesinnte und später auch in der lokalen Antifa. Aus seinem Engagement in der Kleinstadt-Antifa kann er von einigen Anekdoten und Abenteuergeschichten berichten. Anfang der 2000er Jahre wird er zum Rapper Chaoze One, der 18 Jahre lang auf der Bühne stand und 600 Konzerte gab. Von ihm stammen anklagende Zeilen wie: »Anleitung für Brandsätze: zwei Drittel Schweigen, ein Drittel Hass.«

Das Buch vereint außerparlamentarische, linke Bewegungsgeschichte mit HipHop-Geschichte. So schreibt der Buchautor von seinem Treffen mit der Crew Microphone Mafia und der daraus entstehenden Freundschaft, genauso wie von den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Das Leben eines Musik-Aktivisten stellt ihn irgendwann nicht mehr zufrieden. Er ist völlig erschöpft von dem Predigen zu den Bekehrten. Heute würde man dabei von der eigenen »Bubble« sprechen. Ebenso ist er genervt von Vorwürfen, zum Beispiel von Polit-Veganer*innen, denen einzelne Zeilen nicht gefallen. Alte Zeilen werden ihm vorgeworfen ebenso wie Musik-Kolleg*innen. Er schreibt: »In der Tat sind Songs, die man veröffentlicht, so etwas wie eine Tätowierung, mit dem Nachteil, dass sie sich durch kein Langarmshirt der Welt mehr verdecken lassen.« Gleichzeitig reflektiert er mehr und ist nicht mehr so absolut wie in seiner politischen Sturm-und-Drang-Phase. Im Rückblick sieht er zu wenig Opferperspektive in seinen Songs und seinem Antifa-Engagement – sicher eine Einsicht, die nach der NSU-Selbstenttarnung viele hatten. Er will nicht nur Polit-Rapper sein und engagiert sich bei »Viva con Aqua«. Chaoze One ist in seinem Halb-Lebens-Rückblick selbstkritisch und meinungsstark. Die Lektüre empfiehlt sich vor allem Menschen, die selber eine Antifa-Biografie haben. Sie werden sich vermutlich in vielem wieder entdecken.

Chaoze One: Spielverderber: Mein Leben zwischen Rap & Antifa. Heidelberg 2019, Polarise, 200 Seiten, 16,95 Euro.

TOBIAS GINSBURG
DIE LETZTEN MÄNNER DES WESTENS
SPIEGEL Bestseller
Antifeministen, rechte Männerbünde und die Krieger des Patriarchats
rowohlt POLARIS
Mit einem Vorwort von Günter Wallraff

Toxische Männlichkeit

von Maik Peters

Nach seinem Reportage-Erfolg »Reise ins Reich. Unter Rechtsextremisten, Reichsbürgern und anderen Verschwörungstheoretikern« hat Tobias Ginsburg nun ein neues Buch vorgelegt. Ein erneutes Abtauchen in eine Szene und eine Ideologie, die in den vergangenen Jahren scheinbar omnipräsent war: Es geht um Männlichkeit, um Antifeminismus, ja um Terrorismus.

In dem Buch »Die letzten Männer des Westens. Antifeministen, rechte Männerbünde und die Krieger des Patriarchats« hat sich Ginsburg wieder auf die Reise begeben. Mit neuem Bart und neuer Brille war er 2019 und 2020 in Deutschland, Polen und den USA unterwegs, um sich die »Alphamännchen« in ihren verschiedenen Ausprägungen anzuschauen. Für Ginsburg ist die »Wut auf Feminismus, sexuelle Minderheiten und die ‹Genderideologie›« nicht nur ein »Klebstoff«, der die »verschiedenen Milieus der radikalen Rechten zusammenhält«, er macht die Szene auch anschlussfähig. Wie schon in seinem Vorgängerbuch begibt sich Ginsburg auch dieses Mal unter falschem Namen und ausgestattet mit einer fiktiven Identität als einer der ihren in die verschiedenen Milieus »echter Männer«. Dazu gehören Organisationen wie der »Bundesverband liberaler Männer« ebenso wie die extrem rechte Szene um den Rapper Kai Naggert, Burschenschaften, ein Konzert des Rappers Kollegah oder die elitäre polnische Organisation »Ordo Iuris«.

Auch wenn Ginsburg wichtige Analysen toxischer Männlichkeit, wie die von Klaus Theweleit, eingearbeitet hat, liegt die Stärke des Buches vor allem in der Anschaulichkeit und im Reportage-Stil. Was man zuletzt analytisch in verschiedenen Publikationen nachlesen konnte, wird in »Die letzten Männer des Westens« greifbar. Das Buch kann ein guter Einstieg in das Thema sein und ist durch Ginsburgs lockeren und aufdeckenden Schreibstil ein wirklich schön lesbares Buch. Immer wieder schafft es der Autor, die Absurdität dieser Männlichkeits-Ideologie und die teils dahinterstehende Angst und Traurigkeit herauszuarbeiten. Die letzten Kapitel über die zahlreichen internationalen Netzwerke der Antifeministen wirken aber etwas unpassend, da sie den Reportage-Stil verlassen und eher eine klassische Recherche sind. Hier hätte man sich auf den Kern und die Stärke des Buches konzentrieren können. Die Darstellung des Kampfes polnischer Aktivist*innen gegen antifeministische Netzwerke und Politik ist ein gutes Ende des Buchs, dessen Message klar ist: »Das Patriarchat wird nicht von alleine aufhören.«

Tobias Ginsburg: Die letzten Männer des Westens. Antifeministen, rechte Männerbünde und die Krieger des Patriarchats. Hamburg 2021, Rowohlt Verlag, 336 Seiten, 16 Euro.

Anzeige

DAUERAUFTRAG:
NAZIS STOPPEN!
Jetzt
Supporter:in
werden
KEIN BOCK
auf NAZIS
DEINE STIMME GEGEN
DEN RECHTSRUCK
www.keinbockaufnazis.de

Im Abo erhältlich
6 x im Jahr

**Magazin
von und für
Antifaschist*innen**

Twitter: @derrechterand
Facebook: facebook.com/
derrechterand
Instagram: der.rechte.rand

www.der-rechte-rand.de

Photos

Roland Geisheimer / attenzione (Seiten 1, 3, 32, 36)
Jonas Wresch / Agentur Focus (Seite 6)
Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 8, 11, 15, 26, 27, 29, 34, 40, 42-44)
Privat (Seite 10)
Christian Ditsch (Seite 21)
Autonome Antifa-Koordination Kiel (Seite 25)
Robert Andreasch (Seite 28)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN 1619-1404

Mach' meinen Kumpel nicht an!
Für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e.V.

WERDE AKTIV UND NUTZE UNSER ANGEBOT!

Diskriminierung in Betrieben und Verwaltungen, rassistische Schmierereien oder rechte Stammtischparolen am Arbeitsplatz oder in der Schule, Hass und Fake News in kollegialen Chats kommen immer wieder und überall vor. Daher machen Aktionen gegen Rassismus und für Solidarität immer Sinn – auch wenn es im Alltag noch andere Probleme gibt.

Sei gut informiert und folge uns auf

www.facebook.de/gelbehand

www.instagram.com/gelbe_hand/

www.youtube.com/user/DieGelbeHand

oder abonniere unseren Online-Newsletter

„Aktiv für Chancengleichheit":
www.gelbehand.de/newsletter

P.S.: Die gedruckte Ausgabe kannst Du für Deinen Betrieb bestellen.

WETTBEWERB „DIE GELBE HAND":

Jährlicher Wettbewerb „Die Gelbe Hand" für Azubis, Berufsschüler*innen und Gewerkschaftsjugend
www.gelbehand.de/wettbewerb

BILDUNG VOR ORT:

Vorträge und Workshops vor Ort für Betriebe, berufsbildende Schulen und gewerkschaftliche Gliederungen. Melde Dich bei uns: info@gelbehand.de

BILDUNGSMATERIALIEN:

Bildungsmaterialien für Ausbildungsbetriebe, Berufsschulen und JAV-Seminare.
www.gelbehand.de/informiere-dich/publikationen

DEMOKRATIEFÖRDERUNG IN DER BERUFLICHEN BILDUNG:

Als Kompetenznetzwerk „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung" Fachstelle „Fachpersonal" entwickeln wir Angebote für Ausbilder*innen und Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen, um ihre demokratiefördernde Arbeit mit jungen Menschen zu stärken.
www.gelbehand.de/demokratiefoerderung

KOMPETENZNETZWERK
DEMOKRATIEFÖRDERUNG
IN DER BERUFLICHEN BILDUNG

FACHSTELLE
FACHPERSONAL

minor

DGB
BILDUNGSWERK
BUND

UNSER VEREIN

Unser Verein **Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e.V.,** auch **Kumpelverein** oder **Gelbe Hand** genannt ist Teil des gewerkschaftlichen Engagements gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Er wurde 1986 von der Gewerkschaftsjugend gegründet und ist somit eine der ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland.

Der Weg zu uns:

Franz-Rennefeld-Weg 5,
40472 Düsseldorf,
Tel.: 0211 43 01-290,
E-Mail: info@gelbehand.de,
www.gelbehand.de

GEGEN HASS UND GEWALT

Das, was im Fußball die Rote Karte ist, ist die Gelbe Hand im Betrieb:
Unser Logo, die Gelbe Hand, kannst Du auf Plakate, Flyer oder Broschüren setzen. Unsere Anstecker, Aufkleber und Fahnen eignen sich hervorragend für Aktionen gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung.
www.gelbehand.de/werde-aktiv/materialien

#derrechterand

das antifaschistische Magazin

*Wir verachten die AfD und wir bekämpfen Faschist*innen.*

Recherche. Analyse. Perspektive. gibt es beim #AntifaMagazin im Abo.